

Preussische Allgemeine



Nr. 46 · 19. November 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Bündnis ohne Strahlkraft

Nach hoffnungsfrohen Sondierungen gerieten die Verhandlungen über eine Ampelkoalition zuletzt ins Stocken. Woran das Projekt noch scheitern kann
Seite 2



Im Gespräch Historiker und Denkfabrik-Gründer Andreas Rödder **Seite 3**



Geschichte Neues zur Entdeckung Amerikas durch die Wikinger **Seite 11**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M), IMAGO/MAUERSBERGER/FRUGGO

AUFGEFALLEN

Wie eine Nation ihre Truppen ehrt

Es wird nicht viele PAZ-Leser geben, die sich die Spiele der US-Profiliga im American Football ansehen. Doch dieser Tage kann man dort interessante Beobachtungen machen.

Die National Football League (NFL) begeht gerade den „Salute to Service Month“, was man etwa mit „Salut dem Dienst-Monat“ übersetzen kann. Dazu tragen alle Trainer und sonstigen Betreuer sämtlicher Teams ihre Jacken und Shirts im Camouflage-Stil der US-Army. Das eigene Vereinslogo ist jeweils nur in Schwarz aufgedruckt. Vor den Spielen schmettern Sänger in Uniform laut die Nationalhymne, währenddessen auf den TV-Bildschirmen und auf den Videowänden in den Stadien Fotos von US-Soldaten im Einsatz an anderen Enden der Welt gezeigt werden. Und in den Werbepausen während der Spiele werden freundliche Soldaten eingebildet, die dazu aufrufen, die eigene Armee und deren Veteranen zu achten.

Sicherlich ist manches daran für deutsche und europäische Verhältnisse etwas zu dick aufgetragen. Doch sind derlei Aktionen Zeichen der engen Verbundenheit einer demokratischen Nation mit ihren Streitkräften, die in Deutschland undenkbar wären. Oder kann sich jemand vorstellen, dass die Betreuer von Bayern München während eines Meisterschaftsspiels im Schneefleckturn der Gebirgsjäger herumlaufen? Oder der Stab von Hertha BSC im Berliner Olympiastadion die Farben des Wachbataillons trägt? Wohl kaum ... *neh*

UN-KLIMAGIPFEL

Für Deutschland wird Glasgow ein Desaster

Die Politik feiert die Ergebnisse der Weltklimakonferenz als Erfolg für die Welt. Doch es gibt klare Sieger und Verlierer. Für Letztere ist das Resultat verheerend

VON HANS HECKEL

Die Abschlussreden des zweiwöchigen UN-Klimagipfels in Glasgow strahlten von Zufriedenheit. „Es geht voran, alles wird gut“, jubelte auch eine große deutsche Tageszeitung.

Dass Industrieländer ihre „Klimaschutz“-Investitionen auch in anderen Staaten, etwa in Entwicklungs- und Schwellenländern, tätigen können, um auf diese Weise ihre Klimabilanz zu verbessern, gilt schon seit sechs Jahren. Doch das Verfahren galt als schwer überprüfbar. In der schottischen Hauptstadt wurde nun ein „Regelbuch“ beschlossen, womit die CO₂-Ausstöße genau gemessen und bilanziert werden können, wie es heißt.

Mit anderen Worten: Ein an sich falsches System funktioniert in Zukunft vielleicht ein bisschen besser. Falsch aber bleibt es, und zwar von Grund auf. China, Indien und andere Schwellen- und Entwicklungsländer mussten sich auf der Konferenz lediglich verpflichten, sich um weitere CO₂-Reduktion zu „bemühen“. Für Länder wie Deutschland dagegen gelten strenge, klar definierte Zahlen zum Abbau der Emissionen.

Damit ist die Abwanderung großer Industrien forciert worden, von Deutschland in den Fernen Osten, wo China sich die Hände reibt. Nicht nur werden die Energiekosten in Deutschland – ohnehin

schon die höchsten der Welt – weiter steigen. Auch wird der halsbrecherische rasante Umstieg von grundlastfähigem Strom aus Kohle oder Atom auf die unsicheren Lieferanten Sonne und Wind die Stabilität der deutschen Stromversorgung untergraben. Gleichzeitig sollen immer mehr E-Autos rollen, was den Strombedarf erhöht, und wir sollen Milliarden an Schwellen- und Entwicklungsländer zahlen, damit diese ihre „Klima-Anstrengungen“ auch finanzieren können.

Wie nach einem verlorenen Krieg

Zusammengefasst: Die industrielle Basis Deutschlands wird untergraben, Abwanderung von Industrie in Länder mit billigerem und vor allem weiterhin zuverlässigem Strom ist vorherbestimmt. Und diesen Aderlass sollen die Deutschen auch noch selbst bezahlen, solange sie bis zur Zerrüttung ihrer immer noch stolzen Industrie dazu in der Lage sind.

Manch Beobachter fühlt sich angesichts von Glasgow an einen Diktatfrieden nach einem verlorenen Krieg erinnert, an Demontagen und Zwangszahlungen („Reparationen“), die mit Kriegsschuldbehauptungen gerechtfertigt werden. Das Absurde besteht darin, dass es unsere eigenen Regierungen sind, die ihre Völker wie einst Besiegte dastehen lassen.

Klima-Aktivist*innen sind tatsächlich in eine verräterische Rhetorik verfallen, die solche Vergleiche stützt. So sprach Greta

Thunberg unlängst von der „historischen Schuld“, die Deutschland auf sich geladen habe. Womit? Sei meint damit allen Ernstes die Industrialisierung, die seit dem frühen 19. Jahrhundert alle klassischen Industrienationen erfasst hatte.

Dass Wohlstand, Gesundheit oder Freiheit der Lebensgestaltung, wie wir sie heute genießen, ohne diese Pionierleistungen nie denkbar gewesen wären, vergräbt Thunberg unter ihrer Schuldzuweisung. Auch verschweigen die Klima-Apokalyptiker, dass noch nie so wenige Menschen (insbesondere gemessen an der Gesamtbevölkerung) in Naturkatastrophen sterben mussten wie in unserer Epoche, ebenfalls ein direktes Ergebnis der Errungenschaften des hart erarbeiteten industriellen Fortschritts.

Die Klima-Apokalyptiker legen es darauf an, Angst in die Herzen der Menschen zu pflanzen und ihnen aberwitzig begründete Schuldkomplexe einzureden. Warum tun sie das? Weil sie (oder ihre Stichwortgeber) wissen, dass Schuldgefühle und Angst zwei Treiber sind, mit denen man Menschen und ganze Gesellschaften schon seit jeher gefügig machen und vor sich her jagen konnte.

Dahinter sind unschwer nationale Ziele (wie im Falle Chinas und anderer), schlichtes Streben nach Macht über die Menschen und nicht zuletzt massive finanzielle Interessen zu erkennen. Und unsere Politik schreitet vorneweg.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Angst russischer Regimekritiker, als Agenten dargestellt zu werden
Seite 6

Kultur

Eine Münchner Ausstellung zeigt das Ende der Adels-herrschaft vor 100 Jahren
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Zwei alte preussische Brücken erstrahlen in neuem Licht
Seite 16

HINWEIS

Bruderhilfe Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Treuespende bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Ampel-Koalition Nach der anfänglichen Euphorie und Betonung der Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und FDP treten nun zusehends die grundsätzlichen Unterschiede und Differenzen in den Vordergrund

Die Zwickmühle der FDP

Sowohl ein Einknicken gegenüber Rot-Grün als auch ein Verhandlungsabbruch bergen Gefahren

VON NORMAN HANERT

Die Freie Demokratische Partei befindet sich derzeit in einer Lage, die weniger komfortabel ist, als dies das gute Abschneiden bei den Bundestagswahlen vermuten lässt. Die Partei hat am 26. September von Wählern profitiert, denen die AfD politisch zu rechts, die Union aber zu weit nach links gerutscht ist. Sollte sich die FDP in der angestrebten Ampel-Koalition zu weit auf die Positionen von SPD und Grünen zu bewegen, besteht für die Liberalen die Gefahr, dass diese bürgerlich orientierten Wechselwähler enttäuscht werden und für die FDP wieder verloren gehen.

Diverse Bewährungsproben

Die angepeilte Ampel-Koalition hält für die Liberalen diverse Bewährungsproben bereit. Speziell die Wunschliste der Grünen für Investitionen in den „Klimaschutz“ ist lang und kostspielig. Zwar haben SPD, Grüne und FDP in ihrem Sondierungsgespräch vereinbart, die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse zu respektieren. Als möglichen Ausweg hatte die grüne Co-Chefin Annalena Baerbock allerdings die Idee ins Spiel gebracht, die derzeitige Lockerung der Schuldenbremse zu nutzen, um Schulden auf Vorrat zu machen.

Verfassungsrechtler schätzen derartige Pläne allerdings als unzulässige Umgehung der Schuldenbremse ein. „Ich halte das Vorgehen für verfassungswidrig“, kritisierte beispielsweise Kyrill-Alexander Schwarz, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Würzburg, derartige Schuldenpläne. Auch Christoph Gröpl, Lehrstuhlinhaber für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität des Saarlandes, sprach mit Blick auf den Verschuldungsplan von einem „Verfassungsbruch par excellence“. Sollte das Bundesverfassungsgericht eines Tages zu einem ähnlichen Urteil kommen, wäre der Rufschaden für die FDP als selbsterklärte Rechtsstaatspartei, die sich der Einhaltung von Recht und Gesetz besonders verpflichtet fühle, erheblich.

Eine ähnliche Glaubwürdigkeitsfalle droht der FDP in der Europapolitik. Die Regierungen Frankreichs und Italiens versuchen derzeit beispielsweise, die



Reicht die grün-gelbe Schnittmenge für eine längerfristige Koalition auf Bundesebene? Die Parteivorsitzenden der Grünen, Robert Habeck und Annalena Baerbock (l.), sowie der FDP, Christian Lindner (r.), mit dem designierten Kanzler Olaf Scholz von der SPD

Maastricht-Kriterien ganz offiziell zu „reformieren“, also abzuschaffen.

Empfindlich könnten die Wähler der Freidemokraten auch reagieren, wenn die Ampel-Koalition unter dem Etikett des „Subventionsabbaus“ faktisch Steu-

ern erhöht. Wie dies in der Praxis aussehen könnte, hat Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann bereits skizziert. Der Grünen-Politiker schlug vor, Mehrausgaben im Bundeshaushalt über die Abschaffung des

Dienstwagenprivilegs oder Steuervorteile für Besserverdienende bei der Pendlerpauschale gegenzufinanzieren.

Folgen eines Verhandlungsabbruchs

Andererseits könnte ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen auch für enttäuschte FDP-Wähler sorgen. Nach der Bundestagswahl 2017 waren die Liberalen aus den Sondierungsgesprächen für eine schwarz-gelb-grüne Koalition ausgestiegen. Den Abbruch der Gespräche mit der Union und Grünen begründete FDP-Chef Christian Lindner seinerzeit mit den Worten: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ Sollten die Liberalen nun vier Jahre später abermals aus Verhandlungen zur Bildung eines Regierungsbündnisses aussteigen, würde das zwar möglicherweise ein Teil der Wähler als erneuten Beweis für Prinzipientreue honorieren, doch könnten gerade Wechselwähler einen solchen Schritt als Zeichen deuten, dass die FDP im Grunde gar nicht regieren will oder kann.

Kurzporträts



Der CSU-Chef **Markus Söder** warnte: „Es droht eine Koalition aus vermeintlich Besserverdienenden der Grünen und Besserverdienenden der FDP.“



Der FDP-Vize **Wolfgang Kubicki** erteilte Plänen von SPD und Grünen zur Kreditfinanzierung von staatlichen Investitionen durch öffentliche Unternehmen eine Absage.



Luisa Neubauer, Aktivistin von „Fridays for Future“, sagte zu den Ampel-Gesprächen: „Was wir aus den Verhandlungen hören, lässt Schlimmes vermuten.“

RISIKEN

Nicht alles lässt sich als normale Startschwierigkeiten verbuchen

Die Grünen fordern ein Primat der „Klimarettung“ und setzen im Gegensatz zu den Liberalen auf Verbote

Bereits beim ersten gemeinsamen Gesetzesprojekt von SPD, Grünen und FDP werden feine Differenzen deutlich. Ihr in den Bundestag eingebrachter Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes, der vorsah, den Rechtsstatus der epidemischen Notlage am 25. November auslaufen zu lassen, stieß nicht nur bei der oppositionellen Unionsfraktion auf Kritik, sondern auch bei den grünen Gesundheitsministern aus Baden-Württemberg, Hessen und Brandenburg.

Angesichts steigender Infektionszahlen und der Situation in den Krankenhäusern forderten Manfred Lucha, Kai Klose und Ursula Nonnemacher, den Bundesländern gesetzliche Möglichkeiten zu ge-

ben, um im Notfall selbst weitergehende Pandemiemaßnahmen beschließen zu können. Berichtet wurde zudem, dass Gesundheitspolitiker der SPD unzufrieden seien, dass beim Gesetzentwurf für das Infektionsschutzgesetz zu stark dem Drängen der FDP nachgegeben worden sei. Resultat der Unzufriedenheit war eine kurzfristige Nachbesserung des Entwurfs.

Zum Teil mag es sich dabei um Startschwierigkeiten gehandelt handeln. Sichtbar wurde aber auch ein drohender Grundkonflikt der künftigen Ampel-Koalition zwischen den Grünen, die schon bislang immer wieder mit Verbotsforderungen auf allen möglichen Gebieten aufgefallen sind, sowie der FDP, die sich als

Verteidiger der Eigenverantwortung der Bürger sieht.

Schon unter normalen politischen Verhältnissen wäre es schwierig genug, so unterschiedliche Einstellungen unter einen Regierungshut zu bringen. Mit ihrer Forderung, die Regierungspolitik auf die „Klimarettung“ auszurichten, haben die Grünen die Latte möglicherweise zu hochgelegt, als dass die anderen darüber springen könnten und wollten.

Obendrein wird eine Ampel-Koalition von Beginn an unter dem Druck von gut organisierten außerparlamentarischen Kräften stehen. Anhänger von Greenpeace luden beispielsweise am 10. November Müll und Überbleibsel aus der Flutkatast-

Eine Ampel-Koalition wird von Beginn an unter dem Druck gut organisierter außerparlamentarischer Kräfte stehen

rophe von Ahrweiler vor der SPD-Partei-Zentrale in Berlin ab. Verbunden war dies mit der Forderung, Olaf Scholz solle seine Ankündigungen zum Klimaschutz wahr machen. Greenpeace warf dem SPD-Politiker vor, was bisher aus den Koalitionsverhandlungen der Ampel-Parteien bekannt geworden sei, würde weit hinter den Versprechungen im Wahlkampf zurückbleiben. Bei einem Treffen mit Klimaaktivisten bekam Scholz wiederum die Forderung nach einer Agrarwende 2030 mit auf den Weg. Sollte die künftige Ampel-Koalition diese nicht noch in diesem Jahr auf den Weg bringen, werde es „gewaltlose, aber massive“ Proteste im Januar geben, so die Ankündigung der Klimaaktivisten. N.H.

ALTERNATIVEN

Rot-Schwarz wäre eine Möglichkeit

Sollten die Grünen die Koalitionsverhandlungen platzen lassen, käme es nicht zwangsläufig zu Bundestagsneuwahlen. Diese sind sogar unwahrscheinlich. Ein Weg, Wahlen herbeizuführen, würde darin bestehen, dass der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflöst. Voraussetzung wäre dabei, dass der Kanzler im Parlament bei der Vertrauensfrage keine Mehrheit gefunden hat. Ob ein lediglich noch geschäftsführender Bundeskanzler überhaupt ein Misstrauensvotum stellen darf, ist verfassungsrechtlich sehr zweifelhaft. Eine zweite Variante, die zu Neuwahlen führen könnte, wäre das Verfehlen der einfachen absoluten Mehrheit bei der Wahl des neuen Bundeskanzlers.

Wie schon beim Platzen der Sondierungsgespräche zu einer Jamaika-Koalition im Jahr 2017 kommt dem Bundespräsidenten bei der Auslösung von Neuwahlen eine Schlüsselrolle zu. Als sich im November 2017 zehn Wochen nach der Bundestagswahl noch immer keine Regierungsmehrheit abzeichnete, lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Spitzen von CDU und SPD in seinen Amtssitz ein, um mit ihnen über die Wiederaufgabe einer Großen Koalition zu reden. Letztendlich intervenierte Steinmeier mit Erfolg.

Nun, vier Jahre später, bräuchte die CDU möglicherweise nicht einmal eine Anregung von außen, um die Vorteile eines Weiterregierens zu erkennen. Die Christdemokraten wären zwar nur noch Juniorpartner der SPD, allerdings wären die Einflussmöglichkeiten doch erheblich größer als auf der Oppositionsbank. Obendrein würde die Union auf diese Weise Neuwahlen vermeiden, bei der die Partei in ihrer derzeitigen Lage möglicherweise noch schlechter abschneiden würde als am 26. September. Auch für Olaf Scholz könnte die Aussicht auf eine Kanzlerschaft mit der Union als handzähler Juniorpartner verlockender erscheinen als permanent den Streit-schlichter zwischen FDP und Grünen spielen zu müssen. N.H.

„Eine existentielle Herausforderung“

Über die Ziele einer neu gegründeten Denkfabrik, die Definition bürgerlicher Politik und entscheidende Themenfelder der nächsten Jahre

IM GESPRÄCH MIT ANDREAS RÖDDER

Während sich die politische Landschaft neu sortiert, gründen Historiker, Politologen und Ökonomen sowie ehemalige Politiker einen liberalkonservativen Think Tank, um der zuletzt orientierungslos wirkenden bürgerlichen Mitte neue Impulse zu geben. Kopf des Projekts ist der Mainzer Historiker Andreas Rödder, selbst Mitglied der CDU und des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung – und oft genug an der Politik der Union in den letzten Jahren verzweifelt. Sein Ziel: nicht geliebt zu werden, sondern respektiert.

Herr Professor Rödder, warum haben Sie mit einigen Mitstreitern die „Denkfabrik Republik 21“ gegründet?

Wir wollen Konzepte und Strategien bürgerlicher Politik entwickeln, diese in die öffentliche Debatte und auch in die praktische Politik einbringen. Wir wollen mit unserer Denkfabrik sowohl eigene Impulse geben als auch mit unserem Rat politischen Akteuren, die bürgerliche Politik betreiben wollen, dabei helfen, ihrerseits Akzente zu setzen.

Sind aus den Reihen der Union schon Politiker auf Sie zugekommen, um Ihr Angebot anzunehmen?

In der Tat haben wir bereits zahlreiche Gespräche geführt. Wir haben das Glück, dass wir mit unserer Initiative in eine Zeit hinein kommen, in der die Union vor der elementaren Aufgabe steht, sich selbst neu zu erfinden. Deshalb sind die Ohren derzeit offener als sie es vielleicht in den vergangenen Jahren gewesen wären.

Nun herrscht innerhalb der CDU noch ziemliche Unklarheit darüber, wie groß denn die Neuorientierung der Partei ausfallen soll. Was meinen Sie dazu?

Die Union muss sich wieder breiter aufstellen und das gesamte Spektrum christdemokratischer Politik abdecken. Und sie muss ein Profil entwickeln, das von anderen Mitbewerbern unterscheidbar ist. Das ist eine sehr grundsätzliche Aufgabe. Es geht nicht nur darum, zu einzelnen Themen Positionen zu finden, sondern Politik aus christdemokratischen Prinzipien heraus neu zu begründen.

Dabei rate ich der Union dringend, mit Etiketten sorgsam umzugehen. Man spricht in der internen Kommunikation gern von den „drei Wurzeln“ der Partei. Diese befinden sich jedoch allzu oft nicht in einem Miteinander, sondern eher in einem Gegeneinander. Insbesondere, wenn „die Konservativen“ mit der Absicht etikettiert werden, sie als ewiggestrigt oder gar „rechts“ abzuwerten. Die drei Wurzeln – die christlich-soziale, die wirtschaftsliberale und die konservative – haben sich schon vor Jahrzehnten zu etwas Neuem verbunden, zur Christdemokratie. Und die DNA von Christdemokratie ist das Prinzip der Subsidiarität, der Mischung aus Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Solidarität.

Wenn die Union sich darauf wieder besinnt, und das hat sie in den letzten Jahren zu wenig getan, dann wird sie auch wieder eigenständige und auch zukunftsfähige Positionen entwickeln können. Ein solches Bewusstsein hilft mehr, als sich gegenseitig mit irgendwelchen Etiketten zu belegen und damit im Grunde nur andere Parteifreunde zu stigmatisieren.

„Eigenständig“ ist sicherlich ein Schlüsselwort. Eine Ihrer wichtigsten Mitstreiterinnen ist die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder, die bei der Vorstellung von „R21“ sagte, dass die Programmatik der Union in den letzten Jahren zu-



„... vor der elementaren Aufgabe, sich selbst neu zu erfinden“: Die CDU nach der verlorenen Bundestagswahl

Foto: pa

meist daraus bestanden habe, die Positionen anderer Parteien zu übernehmen und davon zehn Prozent abzuziehen ...

... eine schöne Formulierung ...

... in der Tat. Wie wollen Sie die programmatische Eigenständigkeit der Union wiederherstellen?

Indem die Union wieder aus ihren eigenen christdemokratischen Prinzipien heraus argumentiert. In der Europapolitik, um nur ein Beispiel zu nennen, bedeutet Subsidiarität, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen muss – ohne deshalb gleich der Ideologie von der „immer engeren Union“ hin zu einem europäischen Bundesstaat oder finanzpolitisch zu einer europäischen Transunion zu folgen.

Ein anderes Beispiel ist die Familienpolitik, wo man sagen kann: Familien erfüllen einen zentralen Zweck für das Gemeinwohl, indem sie Kinder erziehen. Deswegen ist es wichtig, Familien Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen, was sowohl heißen kann, ihnen Möglichkeiten für außerfamiliäre Betreuung zu geben, als auch – wenn sie dies wollen – die Kinderbetreuung anderweitig oder selbst zu leisten. Die Aufgabe des Staates hierbei ist lediglich, Hilfe zu einer selbstbestimmten Lebensführung zu leisten – und nicht, Familien vorzugeben, wie sie leben sollen.

Mit dieser Verknüpfung von individueller Freiheit und Gemeinwohl kann die Union sehr schnell wieder zu unterscheidbaren Positionen kommen. Und wenn sie aus ihren eigenen Grundüberzeugungen heraus Positionen formuliert, braucht sie sich auch nicht darum zu kümmern, ob irgendwelche Wettbewerber in Einzelfragen ähnlich argumentieren wie die Union.

Konrad Adenauer soll kurz vor seinem Ausscheiden aus der Politik gesagt haben, dass wenn die Union den Anspruch aufgibt, eine Weltanschauungspartei zu sein, sie früher oder später auseinandergehen wird. In den letzten Jahren hat die Union jedoch eher das Gefühl vermittelt, am liebsten ganz auf programmatische Grundsätze verzichten zu wollen, um pragmatisch die Zeitläufte gestalten zu können. Glauben Sie, dass die CDU überhaupt wil-

lens und in der Lage ist, wieder eine an programmatischen Grundsätzen orientierte Partei zu werden?

Die Union ist sicherlich immer eine pragmatische Partei gewesen, aber gleichwohl eine Partei mit inhaltlichen Leitplanken. Und bei allem für das Regieren erforderlichen Pragmatismus hat sie über die Jahrzehnte hinweg immer ihre Grundprinzipien und ihr Koordinatensystem gehabt. Deshalb gefährdet der Eindruck, dass dies nicht mehr so ist, die Partei in ihrer Identität und letztlich in ihrer Existenz. Insofern bin ich zuversichtlich, dass auch andere Akteure schnell begreifen werden, wie wichtig es ist, Politik auf Basis der eigenen Grundüberzeugungen zu formulieren und nicht nur dem Zeitgeist hinterherzulaufen.

Sehen Sie die gegenwärtige Krise der Partei also auch als Chance?

Ich sehe die Krise zunächst einmal als eine reale Gefahr. Die Beispiele der italienischen „Democrazia Cristiana“ Anfang der 1990er oder auch der französischen bürgerlichen Rechten in den letzten zehn Jahren zeigen uns, wie real diese Gefahr ist. Deshalb ist es eben auch so eine existentielle Herausforderung für die Union, sich wieder neu zu beleben. Und das ist zugleich die Chance.

Wie reagieren eigentlich die Partei-nahen Stiftungen von Union und FDP auf Ihre Initiative?

Wir verstehen uns als Partner der bürgerlichen Parteien und ihrer Institutionen – sehr bewusst übrigens, weil wir vorher viel über die Union gesprochen haben, der bürgerlichen Parteien allgemein. Da ich selbst Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung bin und der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung, Karl-Heinz Paqué, Mitglied in unserem Beirat ist, wird deutlich, dass wir keine Konkurrenten der bestehenden bürgerlichen Parteistiftungen sind.

Wie definieren Sie eigentlich „bürgerlich“? Man muss sehr aufpassen, dass „bürgerlich“ nicht zu einer allgemeinen Leerformel für alles und jedes wird. Wir definieren Bürgerlichkeit über vier Elemente: erstens Selbstverantwortung und Subsidiarität, zweitens Freiheit und Pluralismus – das ist etwas anderes als

Es wäre selbstmörderisch für das bürgerliche Lager, wenn man meinte, man könnte Kulturkämpfe dadurch führen, dass man sie umgeht

Zur Person

Prof. Dr. Andreas Rödder ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg Universität Mainz. Anfang 2021 gehörte er zu den Gründern des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit, das für freie und kontroverse Sachdebatten sowie gegen Cancel Culture und Political Correctness eintritt. Zuletzt erschien „Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland“ (C.H. Beck 2019). Weitere Informationen zur „Denkfabrik Republik 21“ unter: <https://denkfabrik-r21.de>

eine nach Gruppenzugehörigkeiten gegliederte Diversität –, drittens Rechtsstaatlichkeit sowohl als Garant der Ordnung als auch als Garant der Humanität, was übrigens dieses Prinzip nach links und nach rechts abgrenzt. Sowie viertens Ordnungspolitik mit dem Bekenntnis zu Marktwirtschaft, Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit.

Im laufenden Semester sind Sie Gastprofessor an der Johns Hopkins University in Washington. Haben Sie sich dort angesehen, wie US-amerikanische Think Tanks funktionieren?

In der Tat ist ein großer Vorzug meiner Zeit in Washington, die Arbeit dortiger Denkfabriken beobachten zu können und Kontakte zu ihnen herzustellen. Ob man daraus etwas für die europäische oder deutsche politische Landschaft übernehmen kann, vermag ich im Moment noch nicht abzuschätzen.

Wer finanziert Ihre Arbeit?

Wir haben drei Quellen: Die erste und bislang entscheidende sind Eigenleistungen der Gründer. Zweitens wollen wir Spenden einwerben und drittens für die erbrachten Beratungsleistungen unserer Denkfabrik perspektivisch auch Honorare einnehmen.

Das Ziel ist, dass wir auf der einen Seite selbst aktiv werden, dass wir uns zweitens als Plattform mit anderen Experten assoziieren und uns drittens auch einen eigenen Apparat aufbauen wollen. Aber das müssen wir nacheinander tun. Ein Unternehmensberater in unserem Initiatoren-Team hat mir unser Geschäftsmodell als „inkrementell arbeitendes Start-Up“ erklärt. Meine simple Übersetzung dafür ist: „klein anfangen und groß herauskommen“.

Mit welchen Themen betritt die Denkfabrik „Republik 21“ die politische Bühne?

Wir beginnen mit vier Oberthemen: „Moderner Staat – starke soziale Marktwirtschaft“, „Freiheit und plurale Gesellschaft“, „Smarte Politik für morgen“ sowie „Deutschland – Partner in Europa und in der Welt“. Zum Start haben wir zwei Positionspapiere vorgelegt: zur Einwanderungsgesellschaft mit einem weltoffenen Patriotismus sowie zu Maastricht 3.0, einer nachhaltigen Reform der Europäischen Währungsunion. Nach und nach wollen wir die Breite unserer Themen erweitern. Der nächste Schritt ist die Erarbeitung einer ordnungspolitischen Klimapolitik, die eine Modernisierung unserer Volkswirtschaft auf der Basis marktwirtschaftlicher Grundsätze anstrebt anstelle von regulatorischen Eingriffen von oben.

Bei der Vorstellung von „R21“ drückte Kristina Schröder die Erwartung aus, dass die FDP in der kommenden Ampel-Koalition die „identitätspolitischen Übergriffe von Rot-Grün abwehrt“. Um den Begriff der Identitätspolitik haben die bürgerlichen Parteien bislang einen Bogen gemacht, während er auf der linken Seite des politischen Spektrums schon seit geraumer Zeit Gegenstand grundlegender Auseinandersetzungen ist. Welchen Beitrag wollen Sie zur Identitätspolitik leisten?

Es ist eine entscheidende Herausforderung für bürgerliche Politik, die Kulturkämpfe unserer Zeit – die ja da sind – anzunehmen und offensiv zu führen. Unser Anspruch ist es, das Aktionsfeld in diesen kontroversen Deutungskämpfen unserer Zeit aktiv zu bearbeiten. Es wäre selbstmörderisch für das bürgerliche Lager, wenn man meinte, man könnte Kulturkämpfe dadurch führen, dass man sie umgeht. Wir wollen mit intellektueller Satisfaktionsfähigkeit offensiv in diese Debatten eingreifen und nicht nur halbherzige Abwehrschlachten führen. Wir wollen nicht geliebt, sondern respektiert werden.

Das Interview führte René Nehring.

MELDUNGEN

Erhöhtes Impfrisiko

Langen – Im neuesten Sicherheitsbericht des Bundesinstitutes für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel (Paul-Ehrlich-Institut) wird die Zahl der Personen, die in Deutschland zwischen dem 27. Dezember 2020 und dem 30. September 2021 im direkten zeitlichen Zusammenhang mit einer „Immunisierung“ gegen COVID-19 starben, mit 1802 angegeben. Dem gegenüber stehen lediglich 456 Todesfälle in Verbindung mit allen sonstigen Impfungen im Zeitraum von 2000 bis 2021. Bezogen auf die Menge der Geimpften gab es somit im Nachgang zu den Corona-Impfungen 54-mal mehr Tote als bei der Verabreichung der übrigen Vakzine innerhalb der Jahre ab 2000. W.K.

Herzprobleme bei Fußballern

Berlin – In einem Bericht hat die „Berliner Zeitung“ Fälle aufgelistet, in denen Fußballspieler aus dem Profi- und dem Amateurbereich in der jüngsten Zeit kollabiert sind. Erwähnt wurden die Herzstillstände des Dänen Christian Eriksen, der bei der diesjährigen Europameisterschaft vor laufenden Kameras zusammengebrochen war, des 25-jährigen Belgiers Jente Van Genechten, den es bei einem Pokalspiel traf, und eines 13-jährigen Nachwuchsspielers des italienischen Vereins Janus Nova, den es ebenfalls auf dem Spielfeld erwischte. Hinzu kamen weitere Fälle bei denen Herzprobleme für Fußballspieler, Trainer oder Schiedsrichter tödlich endeten. Im Bericht wurde auf Daten des deutschen Registers zum plötzlichen Herztod beim Sport hingewiesen, denen zufolge es sich bei 96 Prozent der betroffenen Sportler um Männer handelt. N.H.

Demonstration gegen NABU

Düsseldorf – Bisher wurde der unlösbare Konflikt zwischen dem politischen Ziel des stetigen Windkraftausbaus sowie dem dadurch beeinträchtigten Natur- und Artenschutz weitgehend fern von der Öffentlichkeit ausgetragen. Am vorletzten Mittwoch jedoch demonstrierten 100 Unternehmer der Windbranche in der Nähe der nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsstelle des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in Düsseldorf. Die im Landesverband Erneuerbare Energien (EEE) NRW organisierten Windkraft-Unternehmer werfen dem NABU in NRW vor, den Bau neuer Windparks in Nordrhein-Westfalen mit Klagen und Interventionen zu erschweren. Da der NABU von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht hatte, durfte die Kundgebung nur in rund 100 Metern Entfernung von der Geschäftsstelle stattfinden. Auf einem Transparent war zu lesen: „Warum beklagt der NABU Windprojekte? Windenergie ist globaler Artenschutz.“ Dazu erklärte die Vorsitzende des NABU in NRW, Heide Naderer, dass der NABU stets auf der Basis klar umrissener Verstöße gegen das Artenschutzrecht klage. Niemand könne verlangen, dass der NABU sein Kernanliegen des Artenschutzes zugunsten der Interessen einzelner Investoren beiseitelege. D.J.



Der amtierende Bundesvorstand: Jörg Meuthen, Tino Chrupalla, Alice Weidel, Stephan Brandner, Beatrix von Storch und Bundeschatzmeister Klaus-G. Fohrmann (v.l.) auf dem zehnten Bundesparteitag 2019 in Braunschweig, auf dem sie gewählt wurden

AFD

Wer wird Jörg Meuthens Nachfolger als Vorsitzender?

In drei Wochen müssen die Delegierten auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf einen neuen Bundesvorstand wählen

VON PETER ENTINGER

Wiesbaden droht vom 10. bis 12. Dezember ein heißes Wochenende. Weil die AfD im dortigen RheinMain CongressCenter (RMCC) ihren Bundesparteitag abhalten wird, rechnen die Sicherheitsbehörden mit erheblichen Protesten.

Doch auch drinnen in der Halle dürfte es turbulent zugehen. Schließlich wählen die Delegierten einen neuen Bundesvorstand. Bundessprecher Jörg Meuthen, der als Vertreter des liberalen Flügels seit dem turbulenten Essener Parteitag im Juli 2015 an der Spitze steht, zieht sich zurück. Mit zu vielen Parteimitgliedern hat sich Meuthen verkracht, seit er eine scharfe Abgrenzung nach Rechtsaußen durchsetzen wollte. Die Mehrheit des Bundesvorstands hat der Europaabgeordnete noch hinter sich, und mit dieser hat er kürzlich noch ein Parteiausschlussver-

In der AfD gilt traditionell das „Mikado“-Motto: „Wer sich zuerst bewegt, verliert“

fahren gegen den niedersächsischen Vorsitzenden Jens Kestner eingeleitet. Nun dürfte der Vorwurf, Kestner habe versucht, eine Neuaufstellung der niedersächsischen Landesliste zu erzwingen, kaum für einen Rauswurf reichen.

Tino Chrupalla scheint gesetzt

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ forderte Meuthen zudem, die komplette erste Reihe des Bundesvorstands möge sich zurückziehen. Ein nachvollziehbares Manöver, hat sich Meuthen doch mit seinem Sprecherkollegen Tino Chrupalla sowie den Stellvertretern Stephan Brandner, Alice Weidel und Beatrix von Storch überworfen.

„Wer konstruktiv und kollegial für den Erfolg der Alternative für Deutschland gekämpft hat, braucht nicht die Segel zu streichen“, konterte Chrupalla. Die Zusammenarbeit mit seinen Stellvertretern sei gerade im Wahlkampf sehr harmonisch verlaufen. Das bestärke ihn darin,

sich erneut als Bundessprecher zur Wahl zu stellen. Der Görlitzer Malermeister, parteiintern Pinsel genannt, muss um seine Wiederwahl kaum fürchten. Beide Parteiflügel halten ihn für vertretbar. Die Rechten glauben, dass Chrupalla sie gewähren lasse. Die Moderaten halten ihn für kontrolliert genug, um keinen Schaden anzurichten. Sie setzen zudem darauf, dass nach Chrupalla kein weiterer Mitteldeutscher für das oberste Parteiamt kandidieren werde. Damit wäre der Thüringer Björn Höcke aus dem Rennen.

Kaum profilierte Landespolitiker

In der AfD gilt traditionell das „Mikado“-Motto: „Wer sich zuerst bewegt, verliert.“ Drei Wochen vor dem Parteitag hat lediglich der NRW-Vorsitzende Rüdiger Lucassen erklärt, sich eine Kandidatur vorstellen zu können. Er hat einen zahlenmäßig starken, aber äußerst zerstrittenen Verband hinter sich. Viele in der Partei wünschen sich neben Chrupalla aus dem Osten der Republik eine Frau aus dem Westen an seiner Seite. Doch die Auswahl ist dünn. Die Hessin Joanna Cotar, die gerne Spitzenkandidatin für die diesjährige Bundestagswahl geworden wäre, ist nicht wirklich beliebt. Corinna Miaza aus Bayern hat gerade den Landesvorsitz verloren.

Fast zwangsläufig kommt man auf die Fraktionsvorsitzende Weidel. Aber über ihr schwebt das Damoklesschwert eines Finanzskandals. Zudem gilt sie nicht als sonderlich fleißig, und eine Menschenfängerin ist sie schon gar nicht. Das Hauptargument gegen sie wäre aber die Ämterhäufung. Ein Duo Chrupalla-Weidel gibt es schon an der Spitze der Bundestagsfraktion. „Diese Doppel-Funktion halte ich für schwierig“, sagt Lucassen.

Dennoch ist die Konstellation nicht völlig ausgeschlossen, denn die Berlinerin Beatrix von Storch hat derzeit ein großes Problem. Die Delegierten ihres Verbandes wurden vom Schiedsgericht kassiert. „BvS“ soll in unzulässiger Art und Weise Druck ausgeübt haben.

Kurz vor dem Parteitag stellt sich bei der AfD ein großes Problem heraus. Profilierte Landespolitiker hat sie kaum noch. Das Machtzentrum ist die Bundestagsfraktion, und so ist es kein Wunder, dass der Bundestagsabgeordnete, Vorsitzende des Haushaltsausschusses und bayerische Spitzenkandidat für die letzte Bundestagswahl, Peter Boehringer, als neuer Parteichef gehandelt wird. Er werde auf jeden Fall für den Vorstand kandidieren, teilte der gebürtige Schwabe mit. Fachlich gilt er als durchaus versiert. Anhänger des liberalen Flügels könnte allerdings abschrecken, dass ihm nachgesagt wird, dem „Höcke-Flügel“ nahestehen.

REDEFREIHEIT

Unterstützung für Verfassungsschutzkritiker

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, Dietrich Murswiek und Fritz Söllner haben sich bereits positioniert

Der Politikwissenschaftler Martin Wagener, dem nach seiner Kritik am Verfassungsschutzamt Hausverbot an seiner bundeseigenen Berliner Hochschule erteilt worden ist, hat aus mehreren Richtungen Unterstützung erhalten. Vergangene Woche veröffentlichte das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, ein Zusammenschluss von 600 Wissenschaftlern, eine Pressemitteilung. Man sehe „das aktuelle Vorgehen gegen Martin Wagener mit einer gewissen Sorge“, auch wenn man es ausdrücklich begrüße, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seine gesetzlichen Aufgaben gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen ob rechts-, linksextremistischer oder islamistischer Art ernst nehme, heißt es in der Stellungnahme. Bei sicherheitsrelevanten Daten sei besondere Wachsamkeit angezeigt. Ein Eingriff in die Freiheit

der Lehre dürfe aber „nur auf verfassungsfeindliche Tendenzen, nicht auf wissenschaftliche Kritik an der Behörde



Martin Wagener Foto: Immanuel Giel

allein, wie sie jüngst von Wagener geäußert wurde, gestützt werden“.

Wagener hatte in seinem Buch „Kulturkampf um das deutsche Volk“ und in Gastkommentaren in der „Neuen Zürcher Zeitung“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“ dem Verfassungsschutzamt ein Überschreiten seines Mandats beim „Kampf gegen rechts“ vorgeworfen. Ende Oktober reagierte der Verfassungsschutz und schrieb einen „Sicherheitshinweis“ an den Bundesnachrichtendienst. Der BND, auf dessen Gelände in Berlin Wagener an der Hochschule des Bundes Studenten unterrichtet, musste ihm daraufhin den Zutritt verweigern.

Wie Wagener auf seiner Homepage schreibt, hat inzwischen der Freiburger Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek ein Gutachten vorgelegt und kommt darin zum Schluss, das Buch enthalte „keine

verfassungsfeindliche Positionierung“. Auch der Volkswirtschaftsprofessor und Migrationspolitikforscher Fritz Söllner stellte sich hinter Wagener.

In einer neuen Folge seines Podcasts, einer privaten Radiosendung, betont dieser, dass er das Vorgehen des Bundesverfassungsschutzes gegen ihn als Professor als politisch motiviert ansehe. Abermals übt er scharfe Kritik an dem Kölner Amt. Ein Mitarbeiter des VS habe Details des Falles „in illegaler Weise“ an einen ARD-Journalisten durchgestochen. „Mich entsetzt, wie oft einzelne Mitarbeiter der Behörde sehenden Auges bereit sind, das Grundgesetz, das sie ja schützen sollen, zu brechen.“ Das „Sündenregister des Verfassungsschutzes“ weise schon eine gewisse Länge auf, kritisiert Wagener. Er sieht den Inlandsgeheimdienst nun selbst unter Druck, sich zu erklären. Robert Mühlbauer

CORONA

Und wieder herrscht das Chaos

Nichts gelernt aus den Fehlern der Vergangenheit? Harte Kritik an Brandenburgs Pandemie-Management

VON HERMANN MÜLLER

Kaum über die Grenzen seines Bundeslandes bekannt, konnte Matthias Platzeck (SPD) als damaliger Landesumweltminister Brandenburgs beim Oderflutwasser 1997 seine Bekanntheit so steigern, dass sein Name fortan auch bundesweit ein Begriff war und mit Worten wie „Krisenmanager“ in Verbindung gebracht wurde.

Ein völlig anderes Bild liefern die Politiker ab, die derzeit in Brandenburg in Regierungsverantwortung stehen. Bereits als die Corona-Infektionszahlen vor einigen Wochen wieder sprunghaft anstiegen, fiel Beobachtern auf, dass sich Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) in der Öffentlichkeit noch rarer gemacht hat als dies ohnehin für ihn typisch ist. Selbst im öffentlich-rechtlichen Sender rbb befand ein Kommentator mit Blick auf den Ministerpräsidenten: „Er scheint regelrecht abgetaucht.“ Die Fraktion der Linkspartei im Landtag warf dem Ministerpräsidenten sogar ganz direkt vor, sich aus der Verantwortung gezogen zu haben. „Je höher die Infektionszahlen steigen, desto tiefer ist Woidke abgetaucht“, kritisiert der Linke-Fraktionschef Sebastian Walter. Der Politiker diagnostizierte zudem: „Wir erleben wieder ein Regierungsversagen.“

Wette der Politik ging nicht auf

Brandenburg steht wie ganz Deutschland vor einer weiteren Corona-Welle. Schon bisher hat die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen im Laufe der Pandemie mehrmals das Bild von Überforderung geliefert. Im Frühjahr des laufenden Jahres kam unter der Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) beispielsweise die Covid-Impfkampagne nur so schleppend in Gang, dass Brandenburg zeitweise bundesweites Schlusslicht war.

Obwohl landesweit mittlerweile mehr als 90 Prozent der Bewohner von Alten- und Pflegeheimen eine Impfung gegen die Krankheit erhalten haben, sorgte im Oktober ein Corona-Ausbruch in einem Pflegeheim in der Schorfheide bundesweit für Aufsehen. Dabei hatten sich Dutzende Senioren infiziert, die Zahl der Todesopfer unter den meist vorerkrankten Bewohnern ist mittlerweile auf 17 gestiegen.



„Desto tiefer ist Woidke abgetaucht“: Impfwillige in einem Einkaufszentrum in Berlin-Pankow

Foto: pa

Angesichts landesweit steigender Infektionszahlen hat die Landesregierung inzwischen eine neue Corona-Eindämmungsverordnung in Kraft gesetzt. Mit der Verordnung haben in Brandenburg nur noch Geimpfte und Genesene Zugang zu vielen öffentlichen Einrichtungen wie Restaurants und Kinos. An den Grundschulen gilt mit der Verordnung nun wieder eine Maskenpflicht für alle Schüler ab der ersten Klasse.

Woidke verteidigte die Wiederverschärfung der Regeln mit Hinweis auf das Vorliegen einer „echten Notfallsituation“. Ganz klar als Fehler benannte er die Abschaffung der kostenlosen Corona-Tests. Diese Tests seien nötig, um zu wissen, wer sich wann infiziert habe, so Brandenburgs Regierungschef.

Wenn nun mit Wucht eine Pandemie-Welle Fahrt aufnimmt, spricht das dafür, dass mehr als nur die Teststrategie schiefgelaufen sein muss. Im Kern beruhte die Corona-Politik der Bundesregierung und auch der Landesregierungen bislang auf der Hoffnung auf die neuartigen Impfstoff-

fe. Stark vernachlässigt hat die Gesundheitspolitik dagegen, sich beispielsweise um medikamentöse Therapiemöglichkeiten bei schweren Covid-Verläufen zu kümmern.

Diese Wette der Politik ist offensichtlich nicht aufgegangen. Wie die steigenden Zahlen von sogenannten Impfdurchbrüchen, etwa beim Impfvorreiter Großbritannien, zeigen, können sich auch doppelt Geimpfte infizieren, Coronaviren weitergeben und schwere Krankheitsverläufe aufweisen. Studien aus den USA belegen inzwischen zudem einen dramatischen Rückgang der Schutzwirkung der Covid-Impfstoffe bereits nach sechs Monaten.

Schweden steht besser da

Der Bonner Virologe Hendrik Streeck warnt, dass sich die Hoffnung auf die Auffrischungsimpfungen, die sogenannten Booster, als Lösung gegen die vierte Pandemiewelle als trügerisch erweisen könnten. Befürworter der Auffrischungsimpfungen verweisen regelmäßig auf das Beispiel

Israel. Streeck äußerte allerdings die Vermutung, dass nicht die Booster-Impfungen, sondern ein bisher unbekannter Faktor die vierte Pandemiewelle in Israel gebrochen habe.

Auch bei anderen Wissenschaftlern macht sich die Erkenntnis breit, dass die Pandemie ganz eigenen Regeln folgt, die bislang noch immer nicht erkannt wurden. Tatsächlich gleicht das Agieren der Politik in vielen Bereichen noch immer einem Stochern im Nebel. Beispielsweise stehen Länder wie Schweden, die auf harte Einschränkungen verzichtet haben, mittlerweile besser da als Staaten, die auf einen strengen Maßnahmenkatalog gesetzt haben.

Fragen wirft ebenso eine paradoxe Entwicklung in Irland auf. Dort ist der Waterford City District mit einer Impfquote von 99,7 Prozent der Erwachsenen eine Region mit einer der höchsten Covid-Impfquoten weltweit. Gleichzeitig liegen dort aber die Corona-Infektionszahlen dreifach über dem irischen Durchschnitt.

WOHNUNGSPOLITIK

Richter kippen Berliner Vorkaufsrecht

Eigentumsrecht von Miethausbesitzern gestärkt – Rot-Rot-Grün scheitert nach Mietendeckel erneut

Erneut muss der Berliner Senat in Sachen Wohnungspolitik eine Schlappe einstecken. Das Bundesverwaltungsgericht hat die bisherige Praxis der Ausübung eines Vorkaufrechts der öffentlichen Hand bei der Veräußerung privater Wohnhäuser an andere private Erwerber untersagt.

Eigentlich hätten die betroffenen Akteure schon vor dem Urteil wissen können, dass sie sich auf zumindest unsicherem Terrain befinden. Der Paragraph 26 Nr. 4 Alt. 2 BauGB regelt dies auch für einen juristischen Laien verständlich. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist es nach dem Urteil möglich, ein Vorkaufrecht auszuüben.

Dies betrifft beispielsweise „zweckentfremdete Schrottimmobilien“. Insbesondere in den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wurde in den vergangenen Monaten das sogenannte

Vorkaufrecht extensiv ausgeübt. Nach dem Scheitern des sogenannten Mietendeckels vor dem Bundesverfassungsgericht ist dies das zweite Mal, dass die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung mit ihren rechtswidrigen Versprechungen an die Mieter juristisch gescheitert ist. Auch im SPD-regierten München versuchte sich die Stadtregierung mit dem Instrument des Vorkaufrechts. Die bayerische FDP will nun prüfen lassen, ob die Stadt für ausgeübte Vorkaufrechte schadenersatzpflichtig sei.

Jetzt Ruf nach einem Bundesgesetz

Es folgten wütende Reaktionen. Bausenator Sebastian Scheel (Linkspartei): „Die heutige Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts lässt mich fassungslos zurück.“ Kreuzbergs umstrittener Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne): „Die heutige

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist ein herber Schlag im Kampf gegen die Spekulation mit Wohnraum und gegen die Verdrängung von Menschen aus ihrer Nachbarschaft – nicht nur in Berlin, sondern auch in allen anderen Städten.“ Der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild: „Der Stärkung des Gemeinwohls durch das Vorkaufrecht der Bezirke wird damit ein herber Schlag versetzt.“ Beide hoffen nun auf eine Änderung der Bundesgesetze, damit die öffentliche Hand wieder ein Vorkaufrecht ausüben kann, nützt das den Wohnungssuchern gar nichts, denn wenn öffentliche Gelder im Ankauf von Immobilien versickern, kann damit nichts Neues gebaut werden.

Die FDP dürfte sich auf Bundesebene gegen derartige Gesetzesvorhaben im Rahmen der „Ampel“ sträuben. Für die

Wähler der Liberalen sind der Schutz des Privateigentums und das freie Verfügungsrecht des Eigentümers essentiell. So weckt Bausenator Scheel vermutlich schon wieder Hoffnungen, von denen er eigentlich jetzt schon wissen kann, dass sie kaum erfüllbar sind.

Die gleichen Erwartungen weckt die Kreuzberger SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe: Das Vorkaufrecht stehe auf der Agenda der Verhandler einer Ampel-Koalition. Scheel meint: „Das Gerichtsurteil wird den Druck auf die Bewohner in den betroffenen Wohnquartieren erhöhen.“ Das stimmt so nicht. Das Urteil erhöht den Druck auf Scheel, endlich neue Wohnungen zu bauen. In Berlin kommen zwei Dinge zusammen. Der Zuzug, vor allem aus dem Ausland, etwa durch Asylsucher, und eine verminderte Bautätigkeit. Frank Bücker

● KOLUMNE

Meine Zweifel

VON THEO MAASS

Als die Corona-Seuche ausbrach, war ich wie die meisten Leute ängstlich, rannte mit Gesichtsmaske herum und hoffte darauf, bald einen Impftermin zu bekommen. Je länger die angeordneten Maßnahmen andauerten, umso mehr zweifelte ich. Da hieß es, man solle zu Weihnachten die eigene Familie nicht besuchen. Dann hieß es, man solle sich bis Ostern in Disziplin üben. Dann hieß es, wenn alle geimpft seien, werde alles gut. Nachdenklich stimmte mich, dass es in meinem ziemlich großen Bekanntenkreis nur ganz wenige Corona-Erkrankungen gab, Todesfälle gar keine. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk waren dagegen Horrortage zu sehen von Friedhöfen, Leichenhallen und Intensivstationen der Krankenhäuser.

Gegen die Vereinzelung leistete ich Widerstand. Ganz persönlich. Freitagabends treffen sich Freunde bei mir zum Filme schauen. Das machen wir schon ein ganzes Jahr so. Bei Getränken und Knabberien fallen Witze über Jens Spahn, Karl Lauterbach und die anderen Corona-Protagonisten. Warum steigt die Sterblichkeit in diesem Lande nicht? Warum machen die Schweden (fast) gar nichts und haben nicht mehr Kranke und Tote? Als im September in Dänemark alle Corona-Maßnahmen aufgehoben wurden, bekam Karl Lauterbach einen gefühlten Tobsuchtsanfall. Mein Stammitaliener hat früher SPD gewählt. Nun ist er fast pleite und wählt AfD. Ihn interessieren auch nicht mehr die Senatsanordnungen, die sich sowieso jeden Tag ändern können.

Mein Italiener vertraut seinen Stammgästen. Kein G1, kein G2, kein G3 und was es sonst noch so gibt. Wen er kennt, den lässt er rein. Fremden hingegen misstraut er. Es könnten ja Büttel des Ordnungsamtes sein. Ich leugne nicht die Existenz von Corona. Ich habe aber den Eindruck, dass Dilettanten sich mit dieser viel zu ernst angelegene befassen.

● MELDUNG

Sechsmal im „Schwarzbuch“

Berlin – Der Bund der Steuerzahler führt in seinem aktuellen „Schwarzbuch“ gleich sechs Fälle von Steuergeldverschwendung in Berlin auf. Bei der Fußgänger- und Radwegbrücke Golda-Meir-Steg belief sich laut dem Interessenverband die Kostenkalkulation ursprünglich auf 1,9 Millionen Euro. Inzwischen gibt der Senat die Kosten mit 9,6 Millionen Euro an. Im „Schwarzbuch“ befasst sich der Steuerzahlerbund auch mit der Kampagne des Berliner Senats für den Mietendeckel. Das letztendlich vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterte Projekt hat nach Angaben des Senats Kosten von rund 4,7 Millionen Euro verursacht. Fast drei Millionen Euro entfielen dabei auf Bearbeitungskosten durch die landeseigene Investitionsbank Berlin. 49 befristete Beschäftigungsverhältnisse bei der Senatsverwaltung verursachten fast eine Million Euro an Kosten im Zusammenhang mit dem gescheiterten Projekt eines Mietendeckels. N.H.

● MELDUNGEN

Kein Aus für
Polizeibehörde

Minneapolis – In der 430.000-Einwohner-Stadt Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota votierten jetzt 56 Prozent der Wahlberechtigten gegen die Auflösung der örtlichen Polizeibehörde. Somit wird das Minneapolis Police Department (MPD) künftig durch keine andere Institution zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ersetzt. Das Referendum, welches eigentlich der Zerschlagung des MPD den Boden bereiten sollte, erfolgte in Reaktion auf den Tod des afroamerikanischen Kleinkriminellen George Floyd während eines Polizeieinsatzes am 25. Mai 2020, aus dem dann zahllose friedliche oder gewaltsame Protestaktionen der „Black Lives Matter“-Bewegung resultierten. Mit dem Ergebnis der Abstimmung scheint nun auch die politische Karriere von Bürgermeister Jakob Frey (Minnesota Democratic-Farmer-Labor Party) gerettet zu sein. Frey zählt zu den entschiedensten Gegnern des Reformvorhabens und bewirbt sich derzeit um eine zweite Amtszeit. W.K.

Schadenersatz
für Windräder

Toulouse – Ein in der Nähe eines Windparks wohnendes Ehepaar klagte über verschiedene Seh- und Geräuschbelastungen sowie über körperliche Störungen wie Kopfschmerzen, Schwindel, Müdigkeit, Herzrasen und Tinnitus. 700 bis 1.300 Meter entfernt von ihrem Grundstück waren in den Jahren 2008 und 2009 sechs Windkraftanlagen errichtet worden. Die Beschwerden seien auf die Windräder zurückzuführen, so das Ehepaar. Der Nachweis konnte erbracht werden, nachdem das Ehepaar sein Anwesen verkauft hatte und sich der Gesundheitszustand besserte. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit sprach ein Berufungsgericht in Toulouse Anwohnern nun einen Schadenersatz in Höhe von 128.000 Euro zu. Die Anwältin des Paares sagte gegenüber der Zeitung „Le Figaro“: „Ich glaube, dass diese richterliche Entscheidung in Frankreich beispiellos ist.“ F.B.

Mehr Illegale in
Bulgarien

Sofia – Im Laufe der ersten neun Monate des Jahres registrierten die Behörden in Sofia rund 6500 illegal eingewanderte Personen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich die Zahl damit verdreifacht. Aktuell ist die Tendenz der illegalen Einwanderungen nach Bulgarien steigend. Mit dieser Entwicklung wird Bulgarien zunehmend zu einem weiteren Transitland für die illegale Einwanderung. Bereits 2013 hatte Bulgarien mit dem Bau eines Zauns entlang der 260 Kilometer langen Grenze mit der Türkei begonnen. Die Regierung in Sofia hat inzwischen auch die Zahl der Soldaten im Grenzgebiet aufgestockt. Angesichts der verstärkten Sicherheitsvorkehrungen versuchen immer mehr Personen, versteckt in Lkw über den Grenzübergang Kapikule nach Bulgarien einzureisen. Der Grenzübergang wird als einer der wichtigsten Knotenpunkte der türkischen Exportwirtschaft jedes Jahr von Hunderttausenden Lkw passiert. N.H.

RUSSLAND

Die Angst greift um sich

Immer mehr Menschen werden als „Agenten“ gebrandmarkt – auch Privatposts können gefährlich sein

VON MANUELA ROSENHTAL-KAPPI

An Hausdurchsuchungen bei Dutzenden Anhängern des Häftlings Nummer eins, Alexej Nawalnyj, hat sich die russische Öffentlichkeit bereits gewöhnt. Die Mehrheit interessiert sich ohnehin nicht dafür.

Allmählich zeichnet sich aber immer mehr ab, dass die russische Staatsmacht regelrecht Jagd auf Andersdenkende und auf diejenigen macht, die es wagen, allzu offen ihre Meinung kundzutun. Das trifft inzwischen neben vielen vom Westen unterstützten Nichtregierungsorganisationen (NGO) verstärkt unabhängige Medien sowie Journalisten, Künstler und politische Aktivisten. Auf der Liste „Ausländischer Agent“ stehen mittlerweile mehr als 30 Medien und 60 Einzelpersonen sowie 80 NGO. 420 politische Häftlinge sitzen derzeit in Russland ein.

Viele Nawalnyj-Unterstützer, Bürgerrechtler, Rechtsanwälte und ganze Redaktionen sind bereits ins Ausland geflohen. Jährlich kehren 300.000 junge Menschen Russland den Rücken, weil sie die schlechter werdenden Lebensbedingungen in einem immer autoritärer werdenden Staat fürchten.

Zuletzt hat es die Menschenrechtsorganisation Memorial getroffen. Das oberste Gericht wird am 25. November über einen „Liquidierungsantrag“ der Generalstaatsanwaltschaft entscheiden. Die 1987 während der Perestrojka gegründete Gesellschaft hatte sich zunächst der Aufarbeitung des Stalinterrors gewidmet, 1991 wurde ein Menschenrechtszentrum gegründet, dem heute Dutzende Regionalverbände in Russland, Kasachstan, der Ukraine und in Westeuropa angehören. Memorial erhielt 2014 den Status eines „Ausländischen Agenten“. Das bedeutet, dass jede Publikation als vom Ausland finanziert gekennzeichnet sein

muss. Memorial hatte von Anfang an diesen Zusatz verweigert. Selbst die renommierte St. Petersburger Nachrichtenagentur Rosbalt, die kritische Analysen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht, wurde im Oktober als ausländischer Agent eingestuft.

Putin warnt Nobelpreisträger

Als vor Kurzem Dmitrij Muratow, Chefredakteur der krenlkritischen Zeitung „Nowaja Gaseta“, als dritter Russe nach Andrej Sacharow und Michail Gorbatschow den Friedensnobelpreis erhielt, warnte Wladimir Putin, Muratow solle sich nicht so sicher fühlen. Auch die „Nowaja Gaseta“ könne als „Ausländischer Agent“ eingestuft werden, falls sie russische Gesetze nicht befolge.

Laut Gesetz ist mit dem Status zwar kein Berufsverbot verbunden, de facto bedeutet es für die Betroffenen aber oft das Aus ihrer beruflichen Karriere. Die ge-

brandmarkten Medien verlieren Mitarbeiter und Werbekunden, die aus Angst, selbst ins Visier der Ermittler zu geraten, die Geschäftsbeziehung beenden.

Mit Vorwürfen wie „Verletzung religiöser Gefühle“, „Propaganda für Homosexualität“ oder „ungehörliches Benehmen in der Öffentlichkeit“ werden Andersdenkende systematisch diskriminiert. Homosexuelle und LGBT-Aktivisten trifft es besonders hart. Gegen den Fernsehsender Muz-TV wird wegen „Propaganda für sexuelle Beziehungen unter Minderjährigen“ ermittelt. Stein des Anstoßes war eine Preisverleihung des Senders, zu der erstmals auch Blogger eingeladen waren. Diese erregten Aufsehen, weil sie wie Igor Senjak in Frauenkleidern auftraten. Tik-Tok-Star Danja Milochin erschien mit pink gefärbtem Haar und einem Kleid, dessen eine Hälfte aus einem Männerjackett bestand. Für einen handfesten Skandal sorgten der Bühnenliebhaber Philipp Kirkorow und der Rapper Dada, die im Aufzug eines frisch vermählten Paares auf den roten Teppich traten. Die Gerichtsverhandlung gegen „Muz-TV“ findet diesen Monat statt.

Zehn Monate Straflager für Likes im Netz – das hatte einem jungen Blogger und seiner Freundin die Veröffentlichung eines Fotos eingebrockt, das beide in obszöner Pose vor der Basilius-Kathedrale auf dem Roten Platz zeigt. Die Journalistin Natalja Tischkewitsch trägt eine Fußfessel, weil sie im Studentenmagazin „DOXA“ über Massenproteste berichtet hatte. Die Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen. Der Fairness halber muss erwähnt werden, dass es auch Richter gibt, die offensichtlich unsinnige Anschuldigungen zurückweisen. Glück hatte der „DOXA“-Redakteur Viktor Jerschow. Er sollte sich dafür verantworten, dass er ein Plakat mit der Forderung nach Meinungsfreiheit statt Diktatur herumgetragen hatte. Ein St. Petersburger Gericht sprach ihn frei.

In Russland greift die Angst um sich – die des Volkes vor dem Staat und die der Obrigkeit vor dem eigenen Volk. Gegner des Gesetzes „Ausländischer Agent“, die Journalistenvereinigung und die Partei „Gerechtes Russland – für die Wahrheit“, kämpfen für dessen Revision. In seiner jetzigen Form stellt es ein Instrument der Zensur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit dar.



Zu bunt, zu schrill: Das Ausleben der künstlerischen Freiheit, wie es sich neben anderen die Tik-Tok-Bloggerin Danja Milochin bei einer Preisverleihungsveranstaltung der Sendung „Muz-TV“ erlaubte, zieht in Russland immer häufiger Gerichtsverfahren nach sich

ÖSTERREICH

Die Rückkehr der Freiheitlichen

FPÖ legt laut Umfrage deutlich zu – Mit „Corona“ und „Migration“ kann die Partei punkten

Während der Sender Sky eine Serie über die Ibiza-Affäre zeigt, fühlen sich die „Ibiza-Verlierer“ im Aufwind. „Die Talsohle ist durchschritten“, verkündete Herbert Kickl, Nachfolger des glücklosen Norbert Hofer an der Spitze der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Der war in die Bresche gesprungen, nachdem Parteichef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache über die „besoffene Gschicht“, wie er es nannte, stolperte.

Mehr als zwei Jahre nach dem Auftauchen des Ibiza-Videos haben sich die Blauen nicht nur stabilisiert, sondern sie profitieren vom Rücktritt des Bundeskanzlers Sebastian Kurz und den Korruptionsermittlungen gegen die regierenden Christdemokraten der ÖVP. In einer neuen Umfrage rauschten sie von 37 auf 27 Prozent ab und liegen damit nur noch zwei Punkte vor der SPÖ. Die Freiheitlichen verbesserten sich von 16 auf 21 Prozent. „Wir haben

jetzt wieder eine Situation, wie wir sie etwa vor zehn Jahren gesehen haben, als es drei mittelgroße Parteien gegeben hat, die alle zwischen 20 und 30 Prozent stark waren“, sagt Meinungsforscher David Pfarrhofer.

Die FPÖ hat die schlimmsten Zeiten zweifelsohne hinter sich. Straches Rauswurf und dessen gescheiterter Versuch einer Parteigründung hat zwar Narben hinterlassen, aber neben den Meinungsumfragen haben sich auch die Mitgliederzahlen wieder stabilisiert. Der Bruch mit Strache kann sogar ein Vorteil sein. Denn während „Ibiza“ über die Mattscheiben läuft, können sich die Parteistrategen genüsslich zurücklehnen. Frei nach dem Motto: „Das war die alte Partei, damit haben wir nichts mehr zu tun.“

Im Juni wurde Kickl zum neuen FPÖ-Chef gewählt, seitdem ist in der Partei Ruhe eingekehrt. Und mit der Corona-Politik hat sie ein Thema gefunden. Zudem ist die

Immigration wieder in den Fokus gerückt. „Es zeigen sich Parallelen zu früheren Phasen der Parteientwicklung. 1986 und 2005 flog die FPÖ ebenfalls aus der Bundesregierung und wechselte die Strategie: Sie konzentrierte sich darauf, schonungslos Themen zu identifizieren, um ihre Wählerschaft zu maximieren“, so der Politologe Karl Richard Luther.



Neuer FPÖ-Chef: Christian Kickl

Die Unbekannte für die FPÖ ist die Partei Menschen Freiheit Grundrechte (MFG), die in Oberösterreich in den Landtag einzog. Sie bedient sich einer ähnlichen Rhetorik wie die FPÖ und beklagt eine „Treibjagd auf Ungeimpfte“. Derzeit baue man Strukturen in allen Bundesländern auf, auch einige Ortsgruppen bestünden bereit, erklärte Parteichef Michael Brunner kürzlich. Warum Gegner der Corona-Maßnahmen MFG wählen sollten und nicht die Freiheitlichen, beantwortete Generalsekretär Gerhard Pöttler: „Die Menschen laufen uns in Scharen zu. Sie würden es nicht machen, wenn sie von den Parteien im Nationalrat überzeugt wären.“

FPÖ-Chef Kickl gibt sich von der neuen Konkurrenz unbeeindruckt: „Das Corona-Thema ist irgendwann vorbei. Ich glaube nicht, dass die Partei genügend finanzielle und personelle Ressourcen hat.“

Peter Entinger

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kürzlich sagte die US-amerikanische Investmentlegende Carl Icahn in einem Interview mit dem Sender CNBC: „Wenn man sich umschaut, sieht man überall Inflation.“ Das trifft auch auf die Bundesrepublik zu. Hierzulande stiegen die Preise für Waren jeglicher Art binnen Jahresfrist um durchschnittlich sieben Prozent – wobei die Teuerung im Oktober 2021 besonders hoch ausfiel. Trotzdem wiegeln viele Ökonomen und Institutionen weiterhin ab. So erwartet die Europäische Zentralbank (EZB) für das gesamte laufende Jahr lediglich eine Inflationsrate von 2,2 Prozent im Euro-Raum. Und 2022/23 soll der Preisaufschwung dann sogar bloß bei 1,7 beziehungsweise 1,5 Prozent liegen. Dass momentan fast alles teurer wird, erklärt die EZB-Präsidentin Christine Lagarde mit dem Wiederhochfahren der Wirtschaft nach dem Ende des pandemiebedingten Einbruchs. Deshalb sei es falsch, jetzt „überzureagieren“. Dabei mehren sich aber die Hinweise darauf, dass die aktuelle Inflation kein vorübergehendes Ärgernis darstellt, weil es eine ganze Reihe von preistreibenden Faktoren gibt.

Da wären vor allem die Zentralbanken wie eben die EZB, welche selbst die Inflation anheizen, indem sie – anders als die Bundesbank in Falle früherer Teuerungswellen – weiterhin Unmengen billigen Geldes in Umlauf bringen und gleichzeitig die Leitzinsen auf niedrigste Rekordwerte drücken.

Außerdem sind die Rohstoffpreise in den vergangenen zwölf Monaten nahezu flächendeckend gestiegen: Erdöl verteuerte sich beispielsweise um mehr als einhundert Prozent und Kupfer um über vierzig Prozent. Insgesamt betrug das Plus beim Index für Industriemetalle S&P GSCI fast 35 Prozent. Das könnte auf den Beginn eines sogenannten „Superzyklus“ an den Rohstoffmärkten hindeuten, in dessen Verlauf sich die Preise kontinuierlich erhöhen. Dergestalt lautet unter anderem die Befürchtung der US-Großbank Goldman Sachs.

Immerhin seien die Rahmenbedingungen heute ähnlich wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als die Industrialisierung und Urbanisierung in den Schwellenländern für eine Explosion der Rohstoffpreise gesorgt habe. Nur, dass derzeit der Megatrend des Kampfes gegen den Klimawandel als Katalysator wirke. So brauche man Unmengen von Kupfer und anderen, nur begrenzt zur Verfügung stehenden Metallen, um die Umstellung auf „grüne Technologien“ zu bewerkstelligen.

Des Weiteren dürfte sich der Lieferstau aufgrund eingeschränkter Transport-



Massive Preistreiber: Die Transportkosten für einen Standardcontainer sind im vergangenen Jahr exorbitant gestiegen

INFLATION

Ein Bündel von Faktoren lässt die Preise steigen und steigen

EZB-Präsidentin Christine Lagarde spielt den Geldwertverfall als vorübergehendes Problem herunter. Doch damit dürfte sie falsch liegen

kapazitäten noch längere Zeit negativ bei den Warenpreisen bemerkbar machen. Es ist naiv zu glauben, dass das Fehlen von bis zu 80.000 Lastkraftwagenfahrern allein in Deutschland innerhalb weniger Monate kompensiert werden könne beziehungsweise folgenlos bleibe.

Überdies herrscht ein weltweiter Mangel an Schiffen, der gleichfalls nicht so bald enden wird. Parallel dazu sind die hieraus resultierenden Frachtpreise massive Preistreiber. Der Transport eines Standardcontainers von Asien nach Europa kostet heute nicht mehr 2000 US-Dollar wie vor einem Jahr, sondern 13.000 Dollar – und Besserung ist hier ebenso wenig abzusehen.

Zusätzlich kurbeln die exorbitant hohen Energiepreise die Inflation immer weiter an. Die werden wohl auch kaum

sinken, weil die permanente Verteuerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe politisch gewollt und somit weiter vorherbestimmt ist.

Verbraucher spielen wichtige Rolle

Ansonsten – und das ist vielleicht der wichtigste Faktor überhaupt – spielt die Psyche der Verbraucher eine ganz entscheidende Rolle: Wenn Preissteigerungen drohen, werden Anschaffungen vorgezogen, was zwangsläufig zur zusätzlichen Verknappung und Verteuerung von Gütern führt. Die Inflation kommt dann sozusagen als „selbsterfüllende Prophezeiung“ daher. Daraus wiederum resultiert der gefürchtete „Zweitrundeffekt“: Wenn die Beschäftigten aufgrund der Preissteigerungen höhere Löhne fordern und auch durchsetzen, um Kauf-

kraftverluste beim „prophylaktischen Konsumieren“ auszugleichen, dann verteuern die Unternehmen ihre Produkte weiter. Damit wird eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt, was besonders wahrscheinlich ist, wenn so wie jetzt Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Als Indikator dafür, wie lange die Inflation aufgrund all dessen tatsächlich anhalten könnte, eignet sich die Differenz zwischen der Rendite gewöhnlicher Staatsanleihen und solcher mit Inflationschutz. Je größer diese ausfällt, umso fester rechnen Investoren mit einem (auch längerfristig) steigenden Preisniveau. Danach erwarten inzwischen immer mehr Anleger sogar noch für die Jahre von 2026 bis 2031 höhere Inflationsraten als in der Zeit vor Beginn der Corona-Pandemie.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Zukunftspläne für die Bundesbank

Nach dem Rückzug von Jens Weidmann: Politische Erwägungen spielen bei der Nachfolge eine Rolle

Die neue Zentrale der Bundesbank wird möglicherweise noch teurer als das Hochhaus der Europäischen Zentralbank (EZB), das 2015 seiner Bestimmung übergeben wurde. Schon das Hauptquartier der EZB am Frankfurter Mainufer hat knapp 1,3 Milliarden Euro gekostet. Fast ein Drittel mehr als geplant. Trotz offiziell niedriger Inflationsraten hatten gestiegene Preise für Baumaterialien und Bauleistungen einen Anteil an der Kostenexplosion. Auch die Eingliederung einer denkmalgeschützten Großmarkthalle in den EZB-Neubau geriet kostspieliger als gedacht.

Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ wird die Sanierung und Erweiterung der Bundesbank-Zentrale in Frankfurt sogar noch „erheblich teurer werden als die Zentrale der Europäischen Zentralbank“. Die Bundesbank teilte inzwischen

mit, das Projekt befinde sich noch in der Planungsphase. Fragen zu den zu erwartenden Gesamtkosten könnten noch nicht belastbar beantwortet werden.

Offenbar mit Blick auf die Kosten für den Eurotower der Europäischen Zentralbank heißt es von der Bundesbank zudem, sie halte „plakative Vergleiche mit früheren Bauvorhaben ... für irreführend“.

Noch teurer als EZB-Zentrale

Im Wirtschaftsforum „Capital“ hat der Fondsmanager Christoph Bruns inzwischen die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung die „einst mächtige deutsche Zentralbank“ überhaupt noch habe, seit die EZB den Kurs der Geldpolitik bestimmt. Dabei nannte Bruns die deutsche Zentralbank eine „überdimensionierte und zugleich unwichtige Bundesbehör-

de“. Nach den Rücktritten von Axel Weber und Jürgen Stark sieht Bruns auch im angekündigten Rückzug des Bundesbankchefs Jens Weidmann keinen Schritt, der noch eine wichtige Symbolkraft hat. „Die Tradition der Deutschen Bundesbank ist mit der Abschaffung der D-Mark erloschen“, so die Schlussfolgerung des Fondsmanagers.

Nach Angaben Weidmanns wird er aus persönlichen Gründen zum Jahresende vorzeitig seinen Posten als Bundesbankchef aufgeben. Der Vertrag des 53-Jährigen wäre eigentlich noch bis zum Jahr 2027 gelaufen. Das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung des Postens liegt bei der Bundesregierung. Dementsprechend werden bei der Personalentscheidung auch parteipolitische Erwägungen eine gewichtige Rolle spielen.

Besonders gute Chancen, Nachfolger von Weidmann zu werden, sehen Beobachter für Isabel Schnabel. Die 50-jährige Ökonomin ist bereits seit 2020 Direktorin im EZB-Rat. Sie wäre zudem die erste Frau an der Spitze der Bundesbank. Auf Zustimmung von den Grünen kann Schnabel vermutlich rechnen, weil sie sich für eine stärkere Berücksichtigung von „Klimaschutz“ in der Geldpolitik ausgesprochen hat. Als bevorzugter Kandidat von Olaf Scholz wird regelmäßig Jörg Kukies genannt. Der Scholz-Vertraute ist seit 2018 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Kukies, der in seiner Jugend Vorsitzender der Jungsozialisten in Rheinland-Pfalz war, hat vor seinem Wechsel ins Bundesfinanzministerium die deutsche Tochter der Großbank Goldman Sachs geleitet.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Engpässe bis in den Sommer

München – Deutsche Einzelhändler gehen laut einer Umfrage des Ifo-Instituts davon aus, dass die Lieferprobleme bis weit in den Sommer 2022 anhalten werden. Klaus Wohlrabe, der Leiter für Umfragen des Ifo-Instituts, schätzt, dass die Produktauswahl zu Weihnachten und auch noch lange danach eingeschränkt sein wird. Nach Angaben des Münchner Instituts rechnen die Einzelhandelsfirmen im Schnitt noch weitere zehn Monate mit Lieferengpässen. Die Umfrage hat in der Einzelhandelsbranche je nach Sortiment sehr starke Unterschiede festgestellt. Fahrradhändler erwarten demnach noch für einen Zeitraum von 18 Monaten Lieferprobleme. Spielzeuginhändler gehen im Schnitt von weiteren elf Monaten mit Lieferengpässen aus. Bei den Baumärkten ermittelte das Ifo-Institut einen Zeitraum von 10,3 Monaten. Insgesamt ging die Zahl der Firmen mit Nachschubproblemen allerdings von zuletzt 74 auf 60 Prozent zurück. N.H.

Lithium aus der Ukraine

Kiew – Die Ukraine plant eine Vertragsunterzeichnung, bei der zwei vielversprechende Lithium-Lagerstätten schrittweise an das australische Bergbauunternehmen European Lithium verkauft werden. Eines der Abbaufelder liegt in der Region Donezk, das andere in der westukrainischen Region Kirowograd. European Lithium will zum größten Lithium-Anbieter in Europa und zu einem wichtigen Teil der Batterielieferkette für die E-Mobilität werden. Schon heute betreiben die Australier ein Lithium-Abbauprojekt im österreichischen Wolfsberg. Die Aktien des Unternehmens schwächelten in der Vergangenheit, weil Anleger die europäischen Lithium-Vorkommen als zu gering ansahen. Die Aussichten, gemeinsam mit den ukrainischen Lagerstätten die europäische Nachfrage nach dem Leichtmetall zu sichern, sieht ein Konzernsprecher sehr positiv. Die beiden ukrainischen Lagerstätten wurden in den 1980er und 1990er Jahren entdeckt und erforscht. MRK

Intel sucht neue Standorte

Magdeburg – Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt kann sich laut der „Magdeburger Volksstimme“ Hoffnungen machen, Standort einer Milliardeninvestition des US-Chipherstellers Intel zu werden. Wie die Zeitung berichtet, bestätigte Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) Gespräche mit einem „weltweit agierenden Investor“. Vertreter von Intel sollen bereits ein Industriegebiet im Süden der Stadt besucht haben. Als Vorteil Magdeburgs wird die zentrale Lage zwischen den Autofabriken von VW in Wolfsburg und Tesla in Grünheide genannt. Beide Autobauer könnten Hauptabnehmer der Intel-Chips werden. Neben Magdeburg prüft Intel auch noch Standorte im bayerischen Landkreis Landsberg und in Dresden. Aus Platzgründen scheint Frankfurt an der Oder als Standort nicht mehr im Rennen zu sein. Intels neue Halbleiterfabrik soll eine Grundfläche haben, die mindestens 500 Fußballfeldern entspricht. N.H.

KOMMENTARE

Schwarz-Weiß-Malerei

MANUEL RUOFF

Nun hat also Deutschland sein Staatsfilmdrama zur Corona-Pandemie. Nichts gegen Natalia Wörner, aber das mit ihr die Lebensabschnittsgefährtin unseres Außenministers die Hauptrolle spielt, passt ins Bild eines volkspädagogisch wertvollen Propagandafilms.

Am Montagabend zur besten Sendezeit lief im ZDF zum ersten, aber sicher nicht letzten Mal „Die Welt steht still“. Es handelt sich um ein gutes Stück Unterhaltung. Die Mischung aus Spannung und Herzschmerz mit einem Schuss trockenem Humor ist gefällig.

Wenn doch nur nicht die Schwarz-Weiß-Malerei wäre. Im Grunde sind alle Akteure gut, mit der Hauptfigur an der Spitze. Es gibt nur zwei Bösewichte.

Der eine ist der Coronavirus. Als wenn er nicht in der Wirklichkeit schon schlimm genug wäre, wird in diesem Film suggeriert, dass er zusätzlich höchst ansteckend sei und ohne Intensivmedizin zum Tode führe.

Der andere Bösewicht ist der Coronaleugner. Natürlich handelt es sich um

einen alten weißen Mann. Und natürlich ist er Antisemit. Und damit der Zuschauer das erkennt, vermutet er hinter allem nicht nur Bill Gates, sondern auch Israel. Und natürlich ist er vollkommen unabhängig von allen seinen Ansichten zu Corona auch noch ein Unsympath.

Nach dem Corona-Tod des Corona-Leugners erfährt der Zuschauer, dass dessen radikale Ansichten aus einem zuvor erlittenen sehr schweren Schicksalsschlag resultieren. Das weckt zwar einerseits etwas Mitgefühl für den alten Mann, lässt aber andererseits dessen Argumentation noch weniger sachlich erscheinen.

Angesichts dieser Darstellung des Corona-Leugners mag der Zuschauer Verständnis für die Hauptfigur zeigen, wenn sie gesteht, dem zu dem Zeitpunkt noch lebenden Mann dessen Corona-Erkrankung zu gönnen. Im Staatsfernsehen eine Identifikationsfigur derart Hassgefülltes über einen Corona-Leugner sagen zu lassen und gleichzeitig von Regierungsseite dem Gegner Hass und Hetze vorzuwerfen, verdient allerdings kein Verständnis.

Knaus' Wahnsinnsplan

NORMAN HANERT

Im Kampf gegen die illegale Einwanderung in die EU zeichnet sich ein Kurswechsel ab. Durch Druck ostmitteleuropäischer Staaten und mit Hilfe des EU-Ratspräsidenten Charles Michel wird in Brüssel die Frage diskutiert, ob für den Bau eines Grenzwalls an den Grenzen von Litauen und Polen zu Weißrussland Gelder der EU fließen können.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen steht damit vor einer Niederlage. Die Deutsche hatte zuletzt verkündet, es sei „sehr klar“, es könne durch die EU „keine Finanzierung von Stacheldraht und Mauern“ geben. Ähnlich aus der Zeit gefallen wie diese ablehnende Haltung wirkt ein Vorschlag, für den der Migrationsforscher Gerald Knaus derzeit die Werbetrommel rührt. Knaus fordert, den Migranten von der weißrussisch-polnischen Grenze die Möglichkeit zu geben, auf polnischem Boden einen Asylantrag zu stellen.

Zudem schlägt er vor, Immigranten, die nach einem bestimmten Stichtag nach Polen kommen, in sicheren Staaten außerhalb der EU unterzubringen. Ganz konkret nennt Knaus die Republik Moldau, die Ukraine und Georgien. Alle drei Länder befinden sich wirtschaftlich und politisch in einer schwierigen Situation. Als Anreiz sollen tatsächlich auch EU-Gelder und mehr Rückendeckung Brüssels für diese Staaten in ihrem Verhältnis zu Russland dienen.

Der Migrationsforscher und Architekt des 2016 geschlossenen „Flüchtlingsabkommens“ der EU mit der Türkei preist seinen Vorschlag als „Anti-Erpressungs-Pakt“ unter Demokratien an. Tatsächlich birgt das Konzept alle Zutaten für ein Desaster. Ohne viel Phantasie ist absehbar, dass die angeschlagenen Aufnahmeländer Moldau, Ukraine und Georgien für die Immigranten lediglich Transitstationen auf dem Weg zu ihrem eigentlichen Ziel sein werden, das meist Deutschland heißt. N.H.



Kennt nur noch deutsche Taten, keine eigenen Opfer: Bundespräsident Steinmeier beim diesjährigen Volkstrauertag Foto: pa

VOLKSTRAUERTAG

Verzerrtes Gedenken

KLAUS WEIGELT

Der Bundespräsident hatte eigens den Wunsch geäußert, die Rede zum diesjährigen Volkstrauertag im Deutschen Bundestag persönlich zu halten. Dass er dabei an den Angriff der Wehrmacht vor 80 Jahren auf die Sowjetunion hinweisen würde, war vorauszusehen. Dass er darüber hinaus seine ganze Rede weitgehend der Aufzählung aller Verbrechen der Deutschen im östlichen Europa, „durch Polen, das Baltikum und Belarus, durch die Ukraine nach Russland und tief in den Kaukasus“ hindurch sowie in Mittel-, Süd- und Westeuropa widmen würde, war eher nicht zu erwarten.

Nicht zu erwarten war auch, dass ein Bundespräsident, der zahlreiche Orte deutscher Schandtaten in Erinnerung ruft, mit keinem Wort die deutschen Opfer der beiden Weltkriege erwähnt – obwohl der Volkstrauertag vor Jahrzehnten eigens für sie geschaffen wurde. Die toten deutschen Soldaten auf den Schlachtfeldern von Flandern und Stalingrad kamen bei Steinmeier ebenso wenig vor wie die verbrannten Frauen und Kinder in den Luftschutzbunkern der Großstädte, die von den Alliierten systematisch dem Erdboden gleichgemacht wurden, ebenso wenig die Opfer von Flucht und Vertreibung im Osten sowie auch von Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft. Obwohl fast alle Soldaten zwangsweise zum Kriegsdienst verpflichtet worden waren und die

ums Leben gekommenen Zivilisten vollständig frei von persönlicher Schuld waren, hielt es der Bundespräsident nicht für nötig, auch an sie zu erinnern.

Stattdessen änderte Frank-Walter Steinmeier auch noch den Text des Totengedenkens, das der Bundespräsident traditionell am Volkstrauertag bei der zentralen Gedenkstunde spricht, und in das er nun ausdrücklich auch Geschehnisse der jüngeren Geschichte und Gegenwart einbezieht: „Wir gedenken heute auch derer, die bei uns durch Hass und Gewalt Opfer geworden sind. Wir gedenken der Opfer von Terrorismus und Extremismus, Antisemitismus und Rassismus in unserem Land.“

Ein Volk als Verbrechensgemeinschaft

Vor den Ohren der Zuhörer wurde das deutsche Volk somit von seinem Staatsoberhaupt als eine Verbrechensgemeinschaft dargestellt, deren Wurzeln bis heute weiterwirken und aus der vom Redner nur die „tapferen Soldatinnen und Soldaten“ der Bundeswehr ausgenommen wurden. Der überholte Begriff der Kollektivschuld der Deutschen wurde, wenn auch nicht *expressis verbis*, so doch in seinen Konturen greifbar; eine Sicht, die Präsidenten wie Roman Herzog und Joachim Gauck längst weit hinter sich gelassen hatten. In dieser Haltung einig mit den europäischen Nachbarn der Deutschen, die, wie die Ungarn, seit Jahren am 19. Januar einen Gedenktag für die Vertreibung der Deutschen begehen, oder wie die Tsche-

chen an den Todesmarsch von Brünn erinnern, nicht zu reden von der versöhnlichen Begegnung des Bundeskanzlers Helmut Kohl mit Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki bereits 1989 in Polen.

Nichts von all dem in der Rede des derzeitigen Bundespräsidenten. Auch Joachim Gauck hatte in seinen Ansprachen an Babi Yar in der Ukraine erinnert, doch im Ton und in der Diktion anders als jetzt Frank-Walter Steinmeier an Maly Trostenez in Weißrussland. In der Rede des Bundespräsidenten des Jahres 2021 wandelte sich der Sinn des Volkstrauertages in einen Trauertag über die unermesslichen Verbrechen des deutschen Volkes, die bis heute nach Ansicht des Präsidenten ihre Fortsetzung finden in Antisemitismus und Rassismus, die in der deutschen Gesellschaft grassieren. Wem soll eine solche verzerrte Sicht dienlich sein?

Dem Anliegen Steinmeiers jedenfalls nicht. Gegen Ende seiner Rede beklagt der Präsident „die Sprachlosigkeit vieler Teile der Gesellschaft gegenüber unserer Armee“. Doch ist diese Sprachlosigkeit wirklich ein Wunder, wenn selbst das Staatsoberhaupt denjenigen Gedenktag, der einmal zur Erinnerung an die eigenen Opfer von Krieg und Gewalt geschaffen worden war, nun zu einem Tag der abschließlichen Auföstung deutscher Verbrechen umwidmet?

Bleibt die Frage: Warum nur will Steinmeier von einem solchen Volk, das er offenbar nur als Verbrechensgemeinschaft kennt, unbedingt Staatsoberhaupt sein?

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Reine „Chefinnensache“

Ob die Spitze der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus Verzweiflung ob der Kirchenaustritte zuletzt immer kämpferischer auftrat und die Austritte durch die politischen Einmischungen des alten Vorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm erst provoziert wurden, lässt sich schwer sagen. Möglich ist beides. Klar ist, dass Bedford-Strohm zu allem eine Meinung hatte: zu den „Flüchtlings“ im Mittelmeer, die natürlich gerettet, zum Klimawandel, der aufgehalten, und zum Gendern in der Kirche, das vorangetrieben werden müsste(n).

Die eigenen Schäflein hat er dabei ein wenig aus dem Auge verloren. Vielleicht ändert sich das mit **Annette Kurschus**, die jetzt zur neuen EKD-Vorsitzenden gewählt wurde. Die bisherige Stellvertreterin Bedford-Strohms bevorzugt ein diskreteres und weniger auf mediale Präsenz schielendes Auftreten als ihr Vorgänger.

In der Vergangenheit ist die 58-jährige Pastorentochter aus Hessen öffentlich bislang kaum groß in Erscheinung getreten. 2015 attestierte man ihr nach der Trauerfeier im Kölner Dom für die Opfer des Germanwings-Absturzes in Frankreich, in ihrer damaligen Funktion als Präses der westfälischen Landeskirche den richtigen Ton getroffen zu haben. Ein anderes Mal wagte sie sich 2019 beim Dortmunder Kirchentag aus der Deckung, als

sie die Entscheidung unterstützte, AfD-Funktionären kein „Podium für ihre populistische Propaganda“ zu bieten. Und die Aufarbeitung von Missbrauchsskandalen, die unter Bedford-Strohm nur schleppend vorankam, will die frühere Pastorin aus Siegen, die auch Mitherausgeberin des christlichen Magazins „chrison“ ist, nun zur „Chefinnensache“ machen.

Überhaupt wird die ganze evangelische Kirche zur „Chefinnensache“. Denn neben Kurschus stehen mit ihrer neuen Stellvertreterin, der Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs, sowie der Synoden-Präses Anna-Nicole Heinrich drei Frauen an der Spitze der evangelischen Kirche. Nachdem Margot Käßmann 2010 nach kurzer Amtszeit wegen ihrer Alkoholfahrt als EKD-Chefin zurücktrat, hat Kurschus nun die Chance zu zeigen, dass auch Frauen eine Organisation mit – noch – 20 Millionen Mitgliedern leiten können. H. Tews



EKD-Chefin Annette Kurschus

Die letzten der Monarchen

„Götterdämmerung“ in München – Große Landesausstellung zeichnet das Ende vieler Adelherrschaften vor 100 Jahren nach

VON VEIT-MARIO THIEDE

Mit berühmten Persönlichkeiten werben die Plakate für den Besuch der Landesausstellung „Götterdämmerung II“ im Regensburger Haus der Bayerischen Geschichte. In den Vordergrund gerückt ist die Büste Kaiser Franz Josephs I. von Österreich, der nach 68-jähriger Regentschaft 1916 entschlief. Hinter ihm ragt die Statuette seiner Gattin Elisabeth auf, berühmt als „Sisi“. Rechts steht die Büste Kaiser Wilhelms II., links die des „Märchenkönigs“ Ludwig II., der nach seiner Entmündigung unter bis heute ungeklärten Umständen 1886 im Starnberger See ertrank.

Beim Betreten der Ausstellung sehen wir uns einer monumental vergrößerten Fotografie des aufgebahnten Märchenkönigs und eines Bronzeabgusses seiner Totenmaske gegenüber. So knüpft die „Götterdämmerung II“ an die vor zehn Jahren König Ludwig II. gewidmete gleichnamige Schau an, die mit fast 600.000 Besuchern die bislang erfolgreichste Bayerische Landesausstellung war.

Die aktuelle Schau geht der Frage nach, wie der alte Adel mit den neuen Zeiten zurechtkam. Was die durch einen Telefonapparat und ein Automobil vertretene moderne Wissenschaft und Technik anbetraf, kann man sagen: bestens. Schon König Ludwig II. verfügte auf Schloss Neuschwanstein über Telefon. Weniger gut kamen die Monarchen mit der Forderung des Bürgertums und der Arbeiterschaft nach größerer politischer Teilhabe klar. Die Schau fragt: „Wie positionierten sich die Herrscher? Regieren, repräsentieren oder resignieren?“

Demgemäß beleuchtet die Objektauswahl der Projektleiterin Margot Hamm adlige Lebensläufe. Das Gemälde (um 1901) Franz von Stucks etwa huldigt dem volkstümlichen bayerischen Prinzregenten Luitpold, der nach der Entmündigung und dem Tod Ludwigs II. noch 26 Jahre



Melancholisch blau: Blick in die Ausstellung mit dem Begräbniszug König Ludwigs II., an dem Tausende Menschen teilnahmen

amtierte, als Förderer von Kunst und Wissenschaft.

Verfeindete Verwandte

Auch Queen Victoria steht im Blickpunkt. Die britische Monarchin verheiratete ihre neun Kinder in die europäischen Dynastien. Die kolorierte Reproduktion eines 1894 entstandenen Originalfotos zeigt sie mit zahlreichen Familienmitgliedern auf der von ihr arrangierten „Coburger Fürstenhochzeit“ ihres Enkels Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen und bei Rhein, mit ihrer Enkelin Victoria, Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha. Neben der Queen sitzt Enkel Wilhelm, der Deutsche Kaiser. Hinter ihm steht der spätere Zar Nikolaus II. von Russland.

Der Zar feierte 1913 das 300. Jubiläum der Herrschaft der Romanows über Russland. Auch Kaiser Wilhelm II. hatte in diesem Jahr Grund zu glanzvollen Festlichkeiten. Einer der ersten überhaupt gedrehten Farbfilme zeigt Außenaufnahmen der Liebesheirat von Kaiser Wilhelms Tochter Viktoria Luise mit dem Welfenprinzen Ernst August am 24. Mai.

Im Juni stand das im ganzen Reich mit Festen und Paraden begangene 25. Thronjubiläum des Kaisers an. All diese Feiern fanden großes öffentliches Interesse. Projektleiterin Hamm sagt: „Die Monarchen und ihre Familien waren präsent und populär. Am monarchischen System zweifelte im Grunde kaum jemand, weder die Monarchen selbst noch die Bevölkerung.“

Aber die Monarchien hatten auch Feinde. Ausgestellt ist die Feile, mit der ein Anarchist Kaiserin Elisabeth 1898 tödlich ins Herz stach. Nachdem 1908 König Karl I. von Portugal einem Attentat zum Opfer gefallen war, äußerte Kaiser Wilhelm II.: „Wir stehen alle auf der Abschussliste.“ Die Totenmasken von Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie weisen uns auf das folgenschwerste Attentat hin: Die tödlichen Schüsse auf das österreichische Thronfolgerpaar am 28. Juni 1914 in Sarajevo zogen den Ersten Weltkrieg nach sich.

Nun standen sich die verwandten und verschwägerten Monarchien im Krieg als Feinde gegenüber. Richard Loibl, der Direktor des Hauses der Bayerischen Ge-

schichte, wundert sich, dass keiner der Monarchen energisch dafür geworben habe, den Ersten Weltkrieg zu beenden: „Für unsere Landesausstellung ist es wichtig, dass die letzten Monarchen noch sehr viel hätten ausrichten können.“ Denn trotz Regierungen und Generalstab: „Das letzte Wort hatten noch immer Kaiser und Könige.“

„Macht Euern Dreck alleine“

Für die im Krieg Unterlegenen bedeutete dies das Ende der Herrschaft ihrer Dynastie. Die Bolschewisten erschossen 1918 die Zarenfamilie. Für die anderen betroffenen Herrscherhäuser kam das Ende zwar abrupt, aber verlief ohne Blutvergießen. Der Kaiser und die 22 Bundesfürsten nahmen ohne Gegenwehr ihre Absetzung hin oder erklärten freiwillig ihren Thronverzicht.

Die einleuchtende Erklärung für diese plötzliche „Götterdämmerung“ verkündete der am 9. November abgetretenen Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach: „Dem mir von der Vertretung der Soldaten und Arbeiter in Weimar aufs nachdrücklichste ausgesprochenen Wunsche, für mich und meine Familie auf den Thron zu verzichten, um dem drohenden Bürgerkrieg vorzubeugen, leiste Ich Folge.“

Am 13. November dankte König Friedrich August III. von Sachsen telefonisch ab: „Na da macht Euern Dreck alleine!“ Eine Porträtgalerie stellt uns einige der abgetretenen Monarchen vor. Hans Oldes Bildnis von „Kaiser Wilhelm II. in Admiralsuniform“ (1915) begleitet das Faksimile seiner am 28. November unterzeichneten Abdankungsurkunde. Aber bereits am 9. November hatte Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet.

● Bis 16. Januar im Haus der Bayerischen Geschichte, Donaumarkt 1, Regensburg. Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 9 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. Internet: www.hdbg.de/goetterdaemmerungll

JUBILÄUM

Sprachakrobat und Löwenbändiger

Schöpfer von „Urmel aus dem Eis“ – Zum 100. Geburtstag des Kinderbuchautors Max Kruse

Bundesverdienstkreuz am Bande (1992), Kulturpreis Penzberg (1999), Großer Preis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur (2000), Werner-Egk-Kulturpreis (2005) und Bayerischer Verdienstorden (2013) – diese Auszeichnungen hat der am 19. November 1921 in dem damals zur preußischen Provinz Sachsen gehörenden Kösen geborene Max Kruse erhalten. Grund genug, um einen Blick auf diesen Autor zu werfen, der durch seine Bücher „Der Löwe ist los“ und „Urmel“ bekannt geworden ist.

Kruse ist ein Wortschöpfer, der sich nicht nur lustige und skurrile Figuren ausgedacht hat, sondern seine Leser auch durch seine Sprachakrobatik zu unterhalten wusste. „Habakuk Tibatongs Tier-Sprechschule“ ist eine Schatzgrube an Wortkuddelmuddel allein durch die Sprachfehler der Inselbewohner. Dazu zählt Pinguin Ping, der statt „Muschel“ „Mupfel“ sagt, der Waran Wawa, dem kein Z-Laut über die Lippen kommen will und vielleicht am schönsten der melancholische Seeelefant Seele-Fant, der einsam

auf seinem Felsen sitzt, traurige Lieder singt, doch statt eines Is ein Ö lautiert.

Dabei muss man sagen, dass Kruses Kindheit weniger lustig gewesen ist. Das siebte Kind der bekannten schlesischen Puppenmacherin Käthe Kruse und des Bühnenbildners und Bildhauers Carl Max Kruse war ein kränkliches Kind, das vom regulären Schulunterricht ausgeschlossen und später auch für den Kriegsdienst als ungeeignet eingestuft wurde. Seine Schulzeit verbrachte er in der Odenwaldschule, in dem Kruse großes Heimweh nach der Mutter hatte, der er jeden Tag einen Brief schrieb. So war, wie er selbst in einem Interview geäußert hat, Schreiben für ihn wie Atmen. Seine Mutter war es auch, die ihn in seinem Wunsch, Dichter zu werden, bestärkte.

So fing Kruse schon 17 Jahre, bevor Urmel 1969 aus dem Eis auftaute, mit einem liebevollen Löwen an, der zunächst alle in Angst und Schrecken versetzt. „Der Löwe ist los“ schrieb Kruse für die Puppen und Stofftiere seiner Mutter. Die Geschichte sollte ursprünglich mit Fotos von

ihnen bebildert werden, wurde jedoch mit Illustrationen von Horst Lemke versehen.

Doch neben seinen Romanen über Kinderzimmerhelden wie Kaspar Lari oder Lord Schmetterhemd hat Kruse auch Kurzgeschichten, eine Autobiographie und viele Gedichte verfasst. Eines davon



Tier- und Kinderlieb: Max Kruse Foto: pa

lautet „Mein Haus“ und ist Titelgeber für „Das große Max Kruse-Buch. Ich und du und Müllers Kuh und 1000 Kaffeebohnen“, das der Boje-Verlag anlässlich von Kruses 100. Geburtstag am 19. November herausbringen wird (125 Seiten, 19,90 Euro). Es versammelt seine Romanhelden, Gedichte, Wortakrobatik und seinen Humor unter dem Aspekt „Fantastisches und Skurriles“. Herausgegeben wurde dieses Sammelwerk von Renate Raecke mit Bildern von Christine Brand.

Der Schriftsteller aus Kösen hat zwar schon immer geschrieben, aber Autor wurde er erst, nachdem er die Puppenfabrik seiner Mutter in der Bundesrepublik wieder aufgebaut und als Werbetexter gearbeitet hatte. Richtig bekannt wurde er erst mit den TV-Aufzeichnungen seiner „Löwen“- und „Urmel“-Aufführungen der Augsburger Puppenkiste. Der Kinderbuchautor starb am 4. September 2015 im Oberbayerischen Penzberg, wo jährlich die Max-Kruse-Tage stattfinden und zweijährlich der „Penzberger Urmel“ vergeben wird.

Christiane Rinser-Schrut

● MELDUNG

Ostpreußische Expressionisten

Lüneburg – Am 20. November öffnet im Ostpreußischen Landesmuseum die Ausstellung „Den Dingen das Bei-läufige nehmen“, die bis zum 27. Februar 2022 in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, expressionistische Maler aus Ostpreußen vorstellt. Sie zeigt etwa 60 Werke wichtiger Maler des ostpreußischen Expressionismus wie Arthur Degner, Alexander Kolde, Karl Eulenstein, Ernst Mollenhauer und Eduard Bischoff. Die jungen Maler fanden sich 1919 in der Vereinigung „Der Ring“ zusammen, die von Kolde gegründet wurde. 1920 kam mit Arthur Degner der erste und einzige Expressionist als Lehrer an die Königsberger Kunstakademie. Schon 1924 löste sich der „Ring“ auf. Zwar gingen sehr viele Arbeiten der ostpreußischen Expressionisten durch den Krieg und seine Folgen verloren, doch gelingt es der neuen Sonderausstellung, einzigartige Bilder in einer nie gesehenen Vollständigkeit zusammenzustellen. Internet: www-ol-ig.de tws

GUSTAV NOSKE

„Bluthund“ oder „Retter“?

Gustav Noske „war der umstrittenste Politiker der deutschen Sozialdemokratie überhaupt“. So urteilt sein Biograph Wolfram Wette. In den revolutionären Wirren nach dem Ersten Weltkrieg und zu Beginn der Weimarer Republik sorgte er für das konsequente militärische Vorgehen gegen die Aufstände von links. Er gilt den einen damit als „Retter Deutschlands“, den anderen als „Arbeiterschlächter“. Ein weiteres martialisches Stichwort, das oft mit ihm verbunden wird, hat er selbst überliefert. In seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ berichtet Noske über seine Reaktion, als im Januar 1919 die Übertragung der Vollmachten zur Niederschlagung des Spartakusaufstandes zur Diskussion stand: „Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“

Geboren am 9. Juli 1868 in Brandenburg an der Havel, stieß der Korbmacher früh zur Politik. Sein Aufstieg gilt als „Bilderbuchkarriere“, die entsprechenden Kenntnisse hatte er ausschließlich autodidaktisch erworben. Als Redakteur und Kommunalpolitiker wirkte er in Königsberg und Chemnitz. 1906 zog er in den Reichstag ein. Die SPD-Fraktion schätzte seine Kompetenzen in der Haushalts-, Kolonial- und Militärpolitik. 1914 unterstützte er die Bewilligung der Kriegskredite, im Herbst 1918 forderte er in einer Rede die Abdankung des Kaisers.

Als Gouverneur von Kiel beruhigte er im November desselben Jahres die Matrosenrevolte. Ende Dezember wurde er im Rat der Volksbeauftragten für Heer und Marine zuständig. Den Spartakusaufstand ließ er ebenso zielgerichtet beenden wie die Bremer Räterepublik und die Berliner Streikämpfe vom März 1919. Vorgeworfen wurde ihm der Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt. Auf der anderen Seite steht die Frage, ob die parlamentarische Republik, die etwa auch Friedrich Ebert anstrebte, damals anders auf den Weg hätte gebracht werden können.

Im Februar 1919 war Noske, der selbst nie als Soldat gedient hat, Reichswehrminister geworden. Er war der erste in diesem Amt. Nach dem Kapp-Putsch vom März 1920 musste er zurücktreten. Angelastet wurde ihm, den Umsturzversuch nicht verhindert zu haben. Bis 1933 wirkte er als



Vor 75 Jahren gestorben: G. Noske

Oberpräsident von Hannover, nach dem 20. Juli 1944 wurde er inhaftiert, von den Verschwörern war ihm ein Amt nach dem Attentat auf Hitler zugedacht worden. Am 30. November 1946 ist er in Hannover gestorben.

E.L.



Friedrich List: Nachkolorierter Holzstich nach einer Zeichnung von Albrecht Walch (1816–1882) aus dem Jahre 1844

FRIEDRICH LIST

Die Gründe seines Suizids bleiben im Dunkeln

Vor 175 Jahren nahm sich der Nationalökonom das Leben. Rastlos-umtriebig hatte er sich als Theoretiker und Praktiker auch über Deutschlands Grenzen hinaus für seine bis heute aktuellen Ideen engagiert

VON ERIK LOMMATZSCH

Wichtiger als der Reichtum selbst sei die Kraft, Reichtum zu produzieren. Mit dieser These, der Theorie der produktiven Kräfte, positionierte sich Friedrich List gegen die klassische Werttheorie. Hatte Adam Smith, der Begründer der Politischen Ökonomie, noch „die Frage nach der Natur und den Ursachen des Volkwohlstandes als der Gesamtheit materieller Güter und Werte gestellt“, so verwies List „auf die produktiven Kräfte, welche in einer Nation schlummern und durch Politik und Erziehung geweckt werden können“, wie der Professor für Volkswirtschaftslehre Walter Braeuer in der „Neuen Deutschen Biographie“ schreibt.

Neben seinem unbestrittenen Rang als Theoretiker und Wegbereiter der Historischen Schule der Nationalökonomie wird List insbesondere mit dem nachdrücklichen Einsatz für den Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie für die Beseitigung der innerdeutschen Zollschränken

verbunden. Er selbst formulierte: „Der Zollverein und das Eisenbahnsystem sind siamesische Zwillinge, zu gleicher Zeit geboren, körperlich aneinander gewachsen ... unterstützen sie sich wechselseitig, streben nach einem und demselben großen Ziel, nach Vereinigung der deutschen Stämme zu einer ... Nation.“

Rastlos verlief das Leben Lists

List kam in der Freien Reichsstadt Reutlingen zur Welt. Sein Geburtsdatum ist nicht gesichert, getauft wurde er am 6. August des Revolutionsjahres 1789. So unsterblich bezüglich seines örtlichen Lebensmittelpunktes war, so nachdrücklich verfolgte er die Propagierung und Umsetzung seiner Ideen. Wechselhaft gestaltete sich seine persönliche materielle Situation, die er jedoch seinen Zielen nachordnete.

Aufgewachsen ist List in wohlhabenden Verhältnissen als Sohn des Betreibers einer Weißgerberei. Dort war er zwei Jahre tätig, bevor er in die württembergische Verwaltung eintrat. Tätig war er unter anderem in Blaubeuren und Ulm. Durch sei-

nen Wirkungsbereich und durch eigene Lektüre geschult, legte er 1811 erstmals eine eigene Ausarbeitung vor, die sich mit der Neuorganisation des Steuerwesens befasste. Im selben Jahr wechselte er zum Oberamt Tübingen. Er besuchte Lehrveranstaltungen der Universität, erwarb aber keinen Abschluss. Selbstbewusst formulierte er 1815 die „Sulzer Adresse“ – ein Text, der bürgerliche Freiheiten fordert und die vom württembergischen König oktroyierte Verfassung zurückweist. Im Folgejahr wurde der inzwischen als Rechnungsrat verbeamtete List Mitherausgeber des „Württembergischen Archivs“. Bis an sein Lebensende sollte neben eigenen Schriften eine Vielzahl von Herausgeberschaften folgen.

Ein Exot unter den Gelehrten

1817 wurde er Professor für Staatsverwaltungspraxis in Tübingen, hatte aber als Exot unter den Gelehrten einen schweren Stand und verzichtete zwei Jahre später auf den Lehrstuhl. Umtriebigkeit blieb sein Kennzeichen. So reiste er im April 1819 zur Messe nach Frankfurt am Main.

70 Kaufleute und Fabrikanten unterstützten dort die von ihm verfasste „Bittschrift an die Bundesversammlung um Aufhebung der Zölle und Mauten im Innern Deutschlands“. Maßgeblichen Anteil hatte List an der Gründung des „Deutschen Handels- und Gewerbevereins“, aus dem 1834 der „Deutsche Zollverein“ hervorgehen sollte. Reutlingen wählte ihn in die württembergische Ständeversammlung, sein Bemühen um eine liberale Verwaltungsreform wurde allerdings als Verleumdung und Übertretung des Gesetzes über die Pressefreiheit gewertet. Er wurde aus dem Parlament ausgeschlossen und zu einer Haftstrafe verurteilt. Zunächst floh er, unter anderem nach Paris, wo er mit Marie-Joseph Motier, Marquis de La Fayette, zusammentraf, der sowohl im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg als auch in der Französischen Revolution eine Rolle gespielt hatte. Mit der Hoffnung auf Haftverschonung kehrte List nach Württemberg zurück, gewährt wurde diese jedoch nicht. Nachdem er einen Teil der Strafe auf der Festung Hohenasperg verbüßt hatte, wurde er im Februar 1825 entlassen, gegen das Versprechen, nach Amerika auszuwandern.

Zur Auswanderung genötigt

Dort erwarb er eine Farm sowie ein Steinkohlelager. In den USA wurde ihm zum einen die künftige Bedeutung des Eisenbahnwesens bewusst, zum anderen wurde er zu einem Befürworter von Schutzzöllen. Im Gegensatz zu den innerdeutschen Binnenzöllen hielt er zumindest temporäre Außenzölle, sogenannte Erziehungszölle, für geboten, um einer auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber anderen zurückgebliebenen Nation den erfolgreichen Anschluss an die Entwicklung zu ermöglichen.

Als Staatsbürger der USA und deren Konsul kehrte er nach Deutschland zurück. Den Einsatz für seine Projekte betrieb er unter anderem von Leipzig aus, wo er 1833 ansässig wurde. Dort verfasste er die Denkschrift „Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems“. Als Erfolgsergebnis konnte er verbuchen, dass im Mai 1835 innerhalb von zwei Tagen das gesamte Aktienkapital für den Bau der Strecke Leipzig–Dresden von privaten Geldgebern gezeichnet wurde. Er setzte sich daraufhin für eine Erweiterung in Richtung Magdeburg, Berlin und Hamburg ein. Die von ihm angestrebte Leitungsposition bei der Bahn blieb ihm aber verwehrt. Eine seiner weiteren Initiativen war das große „Staatslexikon“, aufgrund vor allem persönlicher Zerwürfnisse fungierte er später jedoch nicht als Herausgeber. List wechselte nach Paris, bevor er in Thüringen wieder bezüglich seiner Eisenbahnangelegenheiten aktiv wurde. 1841 siedelte er nach Augsburg über. In diesem Jahr erschien auch sein Hauptwerk, „Das Nationale System der Politischen Ökonomie“.

Rückkehr als US-Konsul

Eisenbahnpläne hatte List nicht nur für Deutschland entworfen, sondern auch für Frankreich. Für das Verkehrswesen in Ungarn engagierte er sich und für Manufakturförderung in Österreich. Sich selbst aufreibend zwischen praktisch-organisatorischer und publizistisch-theoretischer Arbeit, setzte er am 30. November 1846 seinem Leben in Kufstein ein Ende. Umstritten blieb, ob er wegen Erschöpfung und Krankheit Selbstmord beging oder aus Enttäuschung über Rückschläge. So war beispielsweise seine Schrift über eine Allianz zwischen Deutschland und England bei den Briten auf Ablehnung gestoßen.

Einfluss und Bedeutung Lists dürften nur schwer zu überschätzen sein. Verweisen sei nur darauf, dass sein Stufenmodell der volkswirtschaftlichen Entwicklung bis heute Anwendung findet und man sich in Japan vor 150 Jahren ebenso an seinen Ideen orientierte wie unlängst im postkommunistischen China.

AMERIKA

Wann die Europäer die Neue Welt entdeckten

Vor 1000 Jahren schlugen die Wikinger mit ihren Metalläxten in L'Anse aux Meadows an der Nordspitze Neufundlands Bäume

VON BODO BOST

Vor bereits mindestens tausend Jahren gingen Wikinger in Neufundland an Land und waren so die ersten Europäer in Amerika. Das legen Radiokarbondatierungen nahe, die ein Forscherteam um die Geochronologen Michael Dee und Margot Kuitems von der Universität Groningen vergangenen Monat unter dem Titel „Evidence for European presence in the Americas in ad 1021“ (Beweise für die europäische Präsenz in Amerika im Jahr 1021 n. Chr.) im Fachblatt „Nature“ präsentiert hat.

Spuren eines Sonnensturms von 992

Dass Kolumbus nicht der erste Europäer war, der den amerikanischen Kontinent erreichte, ist schon seit längerer Zeit bekannt. Schon die Wikinger-Sagas, altnordische Erzählungen aus dem Mittelalter, beschreiben relativ ausführlich, wie die Wikinger unter Leif Eriksson über den Atlantik segelten. Das Land, das sie dabei entdeckten, nannten sie „Markaladia“ oder „Vinland“. Zwischen 1339 und 1345 verfasste der italienische Dominikaner Galvano Fiamma, die „Chronica universa-



Die archäologische Fundstätte L'Anse aux Meadows an der Nordspitze Neufundlands: Rekonstruktion der Wikingersiedlung

Bäumen getrennt worden sind. Metall wurde um diese Zeit jedoch nicht von der autochthonen indigenen Bevölkerung hergestellt, wohl aber von den Wikinger. Die Bäume sind also um das Jahr 1021 bearbeitet worden. Das schließt nicht aus, dass Wikinger schon vor 1021 in Amerika waren, bedeutet aber, dass ihre Entdeckung des amerikanischen Doppelkontinents spätestens im Jahre 1021 stattfand.

Spuren von Metallklingen

Die genaue Anzahl der Expeditionen der Wikinger nach Amerika und die Dauer ihres Aufenthalts bleiben weiter unklar. Aus den archäologischen Befunden in L'Anse aux Meadows geht hervor, dass der Stützpunkt schon bald wieder aufgegeben wurde, warum ist unbekannt. Das Jahr 1021 bildet jetzt jedoch einen neuen Fixpunkt für künftige Forschungen über den Beginn der transatlantischen Kontakte.

Der „Nature“-Beitrag „Evidence for European presence in the Americas in ad 1021“ steht im Internet auf der Seite <https://www.nature.com/articles/s41586-021-03972-8>

FOTO: FRUGGOTVILAN/REBLUK FROM WHITE ROCK, CANADA/FLICKR



Michael Dee Foto: privat

lis“, in der er dies erstmals erwähnt. Offenbar hatte er über Seefahrer in Genua, wo später auch Christoph Kolumbus geboren wurde, von den nordischen Erzählungen über das Markland erfahren. Doch diese Berichte wurden lange Zeit, weil sie widersprüchliche und phantastische Elemente enthielten, als Mythen und Märchen abgetan.

Erst die Entdeckung der archäologischen Fundstätte L'Anse aux Meadows vor 60 Jahren an der Nordspitze Neufundlands durch das norwegische Archäologenpaar Helge und Anne-Stine Ingstad bewies, dass die Vinland-Sagas um Leif Eriksson auf historische Tatsachen zurückgehen. Inzwischen gilt als gesichert,

dass L'Anse aux Meadows ein Basislager war, von dem aus andere Orte, einschließlich Regionen weiter südlich, erkundet wurden. Wann genau die Nordmänner die Gebäude in L'Anse aux Meadows errichtet haben, ließ sich allerdings lange Zeit nur vage auf die Zeit um das Jahr 1000 eingrenzen, da die dortigen Funde lange Zeit nicht präzise datiert werden konnten.

Das hat sich nun geändert. Drei unscheinbare, von unterschiedlichen Bäumen stammende Holzstücke, die in L'Anse aux Meadows gefunden wurden, konnten infolge technologischen Fortschritts ziemlich präzise datiert werden. Radiokarbondatierungen, die sowohl am Center for Isotope Research (CIO) in

Groningen als auch am Mannheimer Curt-Engelhorn-Zentrum Archäometrie (CEZA) durchgeführt wurden, erbrachten die Lösung. Zeitlicher Fixpunkt war ein massiver Sonnensturm aus dem Jahr 992, der in den Baumringen ein deutliches Radiokarbonsignal erzeugte. In allen Baumringarchiven der Erde wurde seit damals ein klarer Anstieg der Radiokohlenstoffproduktion festgestellt. Jedes der drei Holzstücke zeigte dieses Signal 29 Jahresringe vor der Rindenkante entfernt. Die Holzstücke müssen als 29 Jahre nach 992, also 1021, von den zugehörigen Bäumen getrennt worden sein.

Die Stücke zeigen Spuren von Klingen aus Metall, mit denen sie von ihren



Margot Kuitems Foto: privat

PHILATELIE

Was Berlin in den nächsten zwei Jahren eine Marke wert sein wird

Nach den Themen der Postwertzeichen für 2022 hat das Bundesfinanzministerium nun auch die für 2023 bekannt gegeben

Die Themen für die 52 Briefmarken des Jahres 2023 stehen nun fest. Der Programmbeirat beim Bundesministerium der Finanzen traf aus den eingereichten Themenvorschlägen von Bürgern und Institutionen eine Auswahl.

Wie jedes Jahr wird auch 2023 besonderer Persönlichkeiten gedacht: So wird im Jahr 2023 Helene Lange zum 175. Geburtstag am 9. April mit einer Marke gewürdigt, eine der wichtigsten Persönlichkeiten der bürgerlichen Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts. Weitere mit einem Postwertzeichen gewürdigte Geburtstage sind der 150. des Komponisten, Organisten, Pianisten und Dirigenten Max Reger am 19. März, der 125. des Dramatikers und Lyrikers Bert Brecht am 10. Februar sowie der jeweils 100. des vielseitigen deutschen Humoristen Vicco von Bülow alias Loriot am 12. November, des für seine Klassiker „Der kleine Wassermann“ und „Das kleine Gespenst“ bekannten Kinderbuchautors Otfried Preußler am 20. Oktober und des Torwarts Bert Trautmann, der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem bei Manchester City zwischen den Pfosten

stand und dem vor drei Jahren bereits ein deutsch-britisches Dokudrama gewidmet wurde, am 22. Oktober.

Vicco von Bülow alias Loriot

Neben Geburtstagen sind noch eine Reihe Jubiläen und runder Jahrestage dem Bundesfinanzministerium eine Marke wert. Zu nennen sind hier 400 Jahre Rechenmaschine von Wilhelm Schickard, jeweils 100 Jahre Rundfunk und Planetarium in Deutschland, Schleizer Dreieck und Walt Disney sowie 75 Jahre Menschenrechte.

Außerdem wird es politisch korrekt eine Marke zu Antirassismus geben und eine zu den Special Olympics World Summer Games, der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung, die erstmals in Deutschland stattfinden wird.

Die Serie „Junge Wildtiere“ erhält Unterstützung von der neuen Serie „Beliebte Haustiere“ und neben der Marke Blumengruß wird es in der Serie „Europa“ einen Einblick in die Unterwasserwelt von Fauna und Flora geben.

Bei den Plus-Marken, deren Besonderheit darin besteht, dass mit den zusätzli-

chen Centbeträgen wohlthätige Projekte unterstützt werden, wird in der Serie „Für die Wohlfahrtspflege“ zur Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Grimms Märchen Hans im Glück thematisiert, während sich die Serie „Für die Jugend“ zur Unterstüt-

zung der Stiftung Deutsche Jugendmarke den Mainzelmännchen widmet.

Vor allem Philatelisten könnten sich über eine Marke der Serie „Tag der Briefmarke“ zur Unterstützung der Stiftung Philatelie und Postgeschichte über eine Kostbarkeit der Philatelie freuen. Und die Serie „Weihnachten“ zur Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege verkündet im Jahr 2023 die Botschaft des Engels: „Euch ist ein Heiland geboren“.

Ministerpräsident Otto Braun

Bereits vor einem Jahr wurde das Jahresprogramm 2022 bekannt gegeben. Wie 2023 steht auch 2022 im Zeichen unterschiedlicher Jubiläen und besonderer Jahrestage. So werden Hans-Jürgen Wischniewski und Otl Aicher zu ihrem 100. Geburtstag mit einer Briefmarke gewürdigt, der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsidenten des Freistaates Preußen Otto Braun zu seinem 150. Geburtstag, des Weiteren Heinrich Schliemann und Gregor Mendel zu ihrem 200. Geburtstag sowie Annette von Dros-

te-Hülshoff und Heinrich Heine zu deren 225. Ehrentag. Fußballfreunde dürfen sich auf eine Markenausgabe zum 125. Geburtstag von Sepp Herberger freuen, Musikfreunde auf eine zum 75. Geburtstag von David Bowie.

Die Hansestadt Stendal

Die Stadt Stendal erhält zu ihrem 1000-jährigen Bestehen ebenso eine Briefmarke wie die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel zu ihrem 450-jährigen. Weitere mit einer Marke herausgehobene Jubiläen sind „125 Jahre Deutscher Caritasverband“, „50 Jahre Deutsches Kinderhilfswerk“ und „50 Jahre Weltumweltkonferenz von Stockholm“. Die entsprechende Deutschlandpremiere würdigt das Bundesfinanzministerium im kommenden Jahr mit der Marke „Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe“. Und die Botschaft des Engels aus der Serie „Weihnachten“ lautet 2022: „Ich verkündige euch eine große Freude“, während es in diesem Jahr passend zu Corona heißt: „Fürchtet euch nicht“.

Manuel Ruoff



Die Botschaft des Engels 2021: „Fürchtet euch nicht“

FOTO: BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

VON CLAUDIA HANSEN

Früher gab es Männer und Frauen, die menschliche Zweigeschlechtlichkeit war in der Biologie jahrhundertlang unumstritten. Inzwischen aber herrscht postmoderne Unübersichtlichkeit auf dem Feld von Geschlecht und „Gender“. Facebook hat schon vor sieben Jahren sage und schreibe 56 Gender-Optionen aufgelistet. Es gibt demnach Männer, Frauen, Transmänner und Transfrauen, Genderfluide, Genderqueere, Nichtbinäre, Inter- und Asexuelle und vieles mehr.

Besonders in Universitäten und sozialen Medien kämpfen Aktivisten der LGBTQ-Bewegung (Lesben, Gays, Bi-, Transsexuelle, Queere) verbissen um Anerkennung und immer neue Rechte. Es geht etwa darum, ob Transfrauen (welche biologische Männer sind, die meist auch noch männliche Geschlechtsteile besitzen, sofern nicht operiert) in Toiletten für Frauen, ihre Umkleieräume, Duschen oder Gefängnisse gelassen werden. Einige Feministinnen älteren Schlags sind von dieser Vorstellung abgeschreckt.

In Großbritannien wird dieser Kampf besonders erbittert geführt, und er fordert Opfer wie die Philosophieprofessorin Kathleen Stock von der Universität Sussex. Nach einer jahrelangen, zunehmend heftigeren Kampagne gegen sie, die sich zuletzt zum regelrechten Psychoterror durch verummte Aktivisten steigerte, hat die 49-Jährige ihre Professur aufgegeben. Überall auf dem Campus hingen eines Tages „Stock out“-Plakate. Sie könne nicht mehr, sie erlebe eine furchtbare Zeit, so die Dozentin. Die Aktivisten jubelten danach im Internet mit der Liedzeile „Ding-dong. Die Hex' ist tot“. In Zeitungen wie dem „Mirror“ wurde die Kampagne ausdrücklich mit den historischen Hexenverfolgungen verglichen.

Eine neue Hexenverfolgung

Stocks Vergehen, das sie zur „Hexe“ machte, bestand in ihrem Standpunkt, dass es ein biologisches Geschlecht gibt, das über der „Selbstidentifikation“ als „Transfrau“ oder „Transmann“ steht. Deshalb spricht sich die feministische, bekennend lesbische Philosophin auch dagegen aus, dass biologisch männliche Transfrauen in öffentliche Frauenumkleiden, Duschen oder Frauengefängnisse dürfen. Sie zweifelt den Satz „Transfrauen sind Frauen“ an – für die modernen Trans-Dogmatiker eine ungeheure Provokation. Dafür haben sie Stock jahrelang attackiert. 600 Akademiker unterschrieben einen offenen Protestbrief gegen Stocks „Transphobie“.

Auch wenn die Universität sich hinter sie stellte, wurde der Druck schlussendlich zu groß. Hinterher beklagte die Hochschulministerin „ein toxisches Umfeld“ an der Uni in Sussex. Nachdem Stock sich Ende Oktober dort verabschiedete, hat sie



Unter dem Druck der Transgender-Fanatiker gab sie ihre Professur schließlich auf: Die britische Philosophieprofessorin Kathleen Stock

Foto: pa

MEINUNGSFREIHEIT IN GEFAHR

Der Krieg um die Transgender-Fragen

In vielen Ländern kämpfen aggressive LGBTQ-Aktivisten gegen all jene, die nicht die neuen Trans-Dogmen übernehmen wollen. Aber der Wind könnte sich drehen

inzwischen in der neuen University of Austin in Texas eine neue Rolle gefunden.

Die Frage der Frauengefängnisse ist dabei keine rein akademische. In Großbritannien werden selbsterklärte Transfrauen, die für eine Straftat verurteilt werden, in Frauenhaftanstalten gebracht. Dass es dabei sehr reale Probleme gibt, zeigt der Fall Karen White, einem Mann und verurteilten Vergewaltiger, der sich als Frau definiert und in einem Frauengefängnis weitere Frauen missbrauchte und vergewaltigte. Solche Fälle haben die „genderkritischen Feministinnen“ wie Stock oder die Kriminologin Jo Phoenix sensibilisiert. Phoenix wurde daraufhin von Trans-Aktivistinnen mit Urin in ihrem Büro angegriffen.

Eine andere bevorzugte Zielscheibe ist J. K. Rowling. Die Autorin, die zeitweise sehr ärmlich lebte, hat mit ihrer Harry-Potter-Romanreihe einen beispiellosen Welterfolg gelandet und geschätzt über eine Milliarde US-Dollar mit den Büchern und deren Verfilmung verdient. Sie ist selbst eine moderate sozialdemokratische Linke, langjährige Labour-Unterstützerin, und hat die Hilfsorganisation Lumos zur Unterstützung von Kindern und Familien

gegründet und finanziert, nachdem sie schockiert das Schicksal von Waisenkindern in Moldawien gesehen hatte.

Auch Rowling steht seit etwa drei Jahren im Dauerfeuer („Shitstorm“) von LGBTQ-Aktivistinnen. Zwar hat sie Unterstützung für Transpersonen geäußert: Jeder solle sein Leben in Frieden so führen, wie er wolle. Rowling hat aber gezweifelt, ob es richtig sei, „Transfrauen“ in Frauengefängnisse und -Umkleiden zu lassen, und sie hat Sorgen geäußert angesichts der rasant wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen, die zu Transgender-Fällen erklärt werden und mit Hormonbehandlungen ihr Geschlecht wechseln – mit Unterstützung spezieller Kliniken. Deren Zahl ist in England in zehn Jahren um mehr als 2000 Prozent gestiegen. Rowling sieht auch mit Unbehagen, wie immer mehr Institutionen, etwa der britische Gesundheitsdienst NHS, das Wort „Frauen“ meiden und stattdessen von „Personen mit Uterus“ oder „Leute, die menstruieren“ sprechen.

Was einen regelrechten Shit-Orkan gegen Rowling auslöste, war ihr Tweet im Sommer 2020, in dem sie das verlorene

Wort „Woman“ suchte: „Leute, die menstruieren? Ich bin sicher, es gab ein Wort für diese Leute. Helft mir mal: Womben? Wimpund? Woomud?“ Danach brach die Hölle los. Auf Twitter überschütteten Zehntausende Rowling mit wüsten Beschimpfungen, Hassbotschaften, Todesdrohungen und Pornobildchen. Auf einer großen Demonstration für Transgender-Rechte in London dieses Jahr war ein Pappplakat in den blau-rosa-weißen Transfarben (ironischerweise in Herzform) zu sehen mit der Aufschrift „Verrotte in der Hölle, Rowling“. Woher dieser Hass? Woher diese Energie? Sind es Minderwertigkeitskomplexe, die kompensiert werden?

Widerstand kommt auf

Neben den Aktivisten sind Organisationen aus der LGBTQ-Bewegung tätig, die systematisch sogenannte Transrechte einfordern. In England tut sich besonders die 1989 als Homosexuellen-Verband gegründete Organisation Stonewall hervor. Mittlerweile hat sie sich ganz auf Trans-Lobbyismus verlegt und verdient Millionen mit „Beratung“ von Unternehmen, staatlichen Institutionen und Schulen, die dann

ein „Diversity Champion“-Zertifikat erwerben, wenn sie ein gender-neutrales Umfeld schaffen, etwa durch „inklusive“ Toiletten oder Regeln für die richtigen Pronomen (He/him, she/her oder they/them für Transsexuelle). Schulen rät die Organisation, dass die Lehrer nicht mehr „Jungen und Mädchen“ sagen sollen, sondern „Lernende“. In drei Jahren hat Stonewall mehr als drei Millionen Pfund staatliche Förderung erhalten.

Seit einigen Monaten jedoch erntet Stonewall Gegenwind. Die neue konservative Außenministerin Liz Truss, zuvor Ministerin für Frauen und Gleichstellung, hat angeordnet, dass ihr Ministerium nicht mehr mit Stonewall zusammenarbeitet. Auch andere Behörden ziehen sich zurück. Der Rundfunkriese BBC hat Mitte November das Stonewall-Diversity-Programm beendet. Der Verein gilt jetzt als „umstrittene Lobbyorganisation“.

Auch der Fall Stock, die an ihrer Uni von den Aktivisten „gencancel“ wurde, hat zum Umdenken geführt. Die Öffentlichkeit ist zunehmend dafür sensibilisiert, welchen unverhältnismäßigen Druck winzige, aber gut vernetzte Minderheiten ausüben.

CORONA

Zahl psychischer Erkrankungen schnell in die Höhe

Lockdown, Heimarbeit, Doppelbelastung: Nicht nur seelisch Vorbelasteten haben die Pandemie-Maßnahmen schwer zugesetzt

Die Corona-Maßnahmen führen zu harten Einschnitten in der Versorgung psychisch Erkrankter und zu einer wegbrechenden Alltagsstruktur, die für diese Patienten besonders wichtig ist. Dies hat auch dramatische Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Zudem hat im vergangenen halben Jahr jeder dritte Beschäftigte psychisch unter dem Arbeiten zu Hause gelitten. Das geht aus dem Deutschland-Barometer Depression 2021 hervor, einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Stiftung Deutsche Depressionshilfe.

Die Befragung untersucht jährlich Einstellungen und Erfahrungen zur Depression in der Bevölkerung. Befragt wurden 5283 Personen zwischen 18 und 69 Jahren

aus einem repräsentativen Online-Panel im September 2021. Nach Beendigung des zweiten Lockdowns berichteten 44 Prozent der Menschen mit diagnostizierter Depression von einer Verschlechterung ihres Krankheitsverlaufs in den vorangegangenen sechs Monaten – bis hin zu Suizidversuchen.

Ganzes Ausmaß noch unbekannt

Auch für die Allgemeinbevölkerung ohne psychische Erkrankung ist die Situation aktuell deutlich belastender als zu Beginn der Pandemie. Von 1123 Umfrageteilnehmern, die während der Pandemie überwiegend zu Hause waren, gaben 33 Prozent an, dass sich der Verzicht auf den

Arbeitsplatz und den Umgang mit Kollegen negativ auf das psychische Befinden ausgewirkt habe. Jeder Zehnte berichtete gar, dies treffe „sehr zu“. „Studien zeigen, dass häufig sie (die zu Hause Gebliebenen) es sind, die sich neben ihrem Job um die Kinder kümmern, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind“, sagt Franziska Stiegler, Leiterin des Projekts Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt der Initiative Neue Qualität der Arbeit.

Auch Alleinstehende gehören zur Gruppe derjenigen, die Gefahr laufen, in der Heimarbeit einen Burn-out zu erleiden. „Der soziale Austausch ist nachweislich eine wichtige Ressource für die psychische Balance, fehlender Austausch

kann Stress auslösen“, so Stiegler. Bei 20 Prozent der Beschäftigten in Deutschland wurde schon einmal eine Depression festgestellt, berichtet das Magazin „Versicherungsbote“. Es handle sich um hohe Zahlen, bestätigt der Vorstandschef der Stiftung Deutsche Depressionshilfe, Ulrich Heger: „In der Gesamtbevölkerung ist es so, dass jedes Jahr in Deutschland etwa acht Prozent der Erwachsenen unter einer behandlungsbedürftigen Depression leiden.“

Arbeit von zu Hause aus mache es für Kollegen und Vorgesetzte aber deutlich schwerer, Krankheitsanzeichen bei Kollegen zu finden. „Wegen der Häufigkeit der Erkrankung sollten Unternehmen aber

dringend Basiswissen und auch Handlungskompetenz zu Depression und Suizidprävention aufbauen. Es ist wichtig, dass Menschen rascher professionelle Hilfe bekommen, die sich noch zur Arbeit schleppen, aber ihre Leistung bei Weitem nicht mehr erbringen können“, so Heger.

Die Auswertung zeigt vor allem, dass die Corona-Krise besonders Menschen zu treffen scheint, die schon vor der Pandemie unter seelischen Erkrankungen wie Depressionen gelitten haben. Welchen Einfluss die Pandemie insgesamt habe, werde sich aber erst in einigen Jahren zeigen, heißt es in einer Mitteilung der Kaufmännischen Krankenkasse. Peter Entinger



LANDSMANNSCHAFT

Hoffnungsfrohe Rückkehr nach der Corona-Auszeit

Nach einem Jahr Pause tagte die Ostpreußische Landesvertretung am 6. und 7. November in Wuppertal

VON RENÉ NEHRING

Selten in der Geschichte der Landsmannschaft Ostpreußen dürfte die Freude über die Zusammenkunft der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) so groß gewesen sein wie in diesem Jahr. Nach einem Jahr Corona-bedingter Pause konnte Sprecher Stephan Grigat wieder die Vertreter der ostpreußischen Heimatkreisgemeinschaften, der Landesgruppen, des BJO und des Dachverbandes der deutschen Volksgruppe im südlichen

Ostpreußen im Evangelischen Tagungszentrum Wuppertal begrüßen.

Nach dem Grußwort des Dachverbandsvorsitzenden Heinrich Hoch, der an die Gründung deutscher Vereine im südlichen Ostpreußen vor dreißig Jahren erinnerte, und der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens an Brigitte Stramm wurde zunächst der diesjährige Gierschke-Dornburg-Preis an die Historikerin Dr. Margund Hinz verliehen, die mit ihrer Dissertation „Das höhere Schulwesen der Stadt Königsberg in Preußen 1800 bis 1945“ einen – so der Text der Laudatio – „gewichtigen

Beitrag zur preußisch-deutschen-Bildungsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vorgelegt“ hat.

In seinem folgenden Bericht an die Delegierten blickte der Sprecher zunächst auf das zu Ende gehende Jahr 2021 zurück, das aufgrund der Pandemie-Lage ähnlich durchwachsen verlief wie das vorherige. Noch immer mussten etliche Heimattreffen entweder abgesagt oder unter Einschränkungen durchgeführt werden, doch immerhin konnten zahlreiche Veranstaltungen auch wieder „live“ stattfinden. Bewährt habe sich der Einsatz moderner Übertragungstechnik, womit Tagungen nicht nur unter Lockdown-Bedingungen überhaupt durchgeführt werden, sondern auch deutlich mehr Teilnehmer dabei sein können als bislang. „Die Zukunft unseres Verbandes“, so Grigat, „liegt in digitalen Veranstaltungsformaten.“

Unklare politische Lage

Weniger optimistisch zeigte sich der Sprecher beim Blick auf die allgemeinen politischen Entwicklungen. Hier bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen der bevorstehende Regierungswechsel für die Arbeit der ost- und auslandsdeutschen Landsmannschaften haben wird.

Als besonderen Gast konnte Grigat anschließend die Direktorin des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Dr. Gundula Bavendamm, begrüßen. Diese stellte zunächst



Einblicke in die Arbeit des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Direktorin Gundula Bavendamm Foto: Zauner



Ein „gewichtiger Beitrag zur preußisch-deutschen-Bildungsgeschichte“: Historikerin Margund Hinz bei der Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises Foto: Galenski

die Gliederung und Konzeption ihres Hauses vor und blickte dann auf das erste halbe Jahr seit Eröffnung des Dokumentationszentrums, das trotz Corona-Einschränkungen bereits einige Zehntausend Besucher begrüßen konnte.

An den folgenden Bericht der PAZ schlossen sich die Aussprachen zu den schriftlichen Berichten des Bundesgeschäftsführers, der Bruderhilfe sowie des BJO an. Und auf die mündlichen Ausführungen des Schatzmeisters Friedrich-Wilhelm Böld folgte auf Antrag des Kassen-

prüfers die Entlastung des Bundesvorstandes für die Jahre 2020 und 2021.

Am Sonntag trug zunächst der Datenschutzbeauftragte Joachim Löwe aktuelle Entwicklungen im Datenschutz vor. Anschließend berichtete der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, über die Arbeit seines Hauses.

Zum Abschluss wünschte der Sprecher allen Teilnehmern bereits vorab eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit, bevor die Sitzung der OLV mit dem Singen des Ostpreußenliedes endete.

TREUESPENDE FÜR OSTPREUSSEN

Ostpreußen weiterhin eine Zukunft geben



Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der Preußischen Allgemeinen und des Ostpreußenblattes,

ich hoffe, dass Sie gesund sind und gut durch das zweite Corona-Jahr mit seinen Einschränkungen und Belastungen gekommen sind.

Die Corona-Pandemie ist nicht ohne Folgen für die Aktivitäten in und für Ostpreußen geblieben. Dies gilt insbesondere für die in unserem Vereinsleben üblichen Abläufe und Veranstaltungsformate in der ersten Jahreshälfte. So mussten das Kulturseminar in Helmstedt (16.-18. April), das Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg (5. Juni), das Ostpreußische Sommerfest (19. Juni) und die Sommerolympiade für die ostpreußische Jugend in Heilsberg (25.-27. Juni) aufgrund behördlicher Auflagen abgesagt werden. Auch wenn die persönliche Begegnung durch kein digitales Format ersetzt werden kann, ist es uns mit modernen Medien gelungen, zumindest einen Teil der geplanten Veranstaltungen zu retten. Als Online-Seminare konnten die Arbeitstagung der Heimatkreisvertreter (20. März) und das Frühlingseminar für die Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen (10. April) durchgeführt werden. Für das Ostpreußenportal www.ostpreussen.de hat die Landsmannschaft Ostpreußen mit Unterstützung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen einen 12-minütigen Film „Ostpreußen für

Anfänger“ produziert. Der Film richtet sich an Personen, die wenig oder keine Ahnung von Ostpreußen haben und zeichnet mithilfe von Kartenmaterial, Fotos und Filmsequenzen die zentralen Stationen der ostpreußischen Geschichte und Landeskunde von der Prußenzeit bis zur Gegenwart nach. Der auch bei YouTube eingestellte Film wurde bis heute von über 70.000 Personen aufgerufen. Die Resonanz zeigt, wie wichtig es ist, dass die Landsmannschaft Ostpreußen mithilfe der Treuespende versucht, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen schon bald zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird. Aktuell plant die Landsmannschaft Ostpreußen in Kooperation mit dem Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz die Herausgabe eines zweisprachigen (deutsch und polnisch) bebilderten Kinderatlas zur Geschichte und Landeskunde Ostpreußens. Das Angebot richtet sich an die Organisationen der deutschen Minderheit und an Schulen mit Deutsch als Unterrichtsfach. Derartige Veröffentlichungen unterstützen die in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihre Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu bewahren, und tragen dazu bei, der polnischen Mehrheitsbevölkerung deutsche Kultur und Lebensart zu vermitteln.

Ab dem Spätsommer haben wir mit der gebotenen Vorsicht das Vereinsleben

wieder intensiviert. So konnten wir mit reduzierter Teilnehmerzahl die Seminare „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ (24.-26. September), „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ (11.-17. Oktober) und „Beiträge zur Geschichte und Gegenwart Ost- und Westpreußens“ (7.-10. November) in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt durchführen. Höhepunkt unserer Aktivitäten war der 13. Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein (16.-17. Oktober). Über 60 Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der Kreisgemeinschaften und der deutschen Volksgruppe waren zusammengekommen, um über ihre Situation zu berichten. Von offizieller Seite waren der Landrat des Kreises Allenstein Abako und die Parlamentspräsidentin der Woiwodschaft Ermland und Masuren Hordejuk vertreten. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Landsmannschaft Ostpreußen im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist. Auch dank der finanziellen Hilfe der Treuespende sind wir im Normalisierungsprozess mit unseren östlichen Nachbarn ein gutes Stück vorangekommen, und zwar nicht trotz der Vertriebenen, sondern wegen der Vertriebenen. Angesichts wachsender politischer Spannungen zwischen der EU und Polen ist es umso wichtiger, auf kommunaler Ebene einmal geknüpfte Kontakte zu pflegen und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende aktiv bei.

Für das kommende Jahr planen wir, unser Veranstaltungsprogramm im vollen Umfang stattfinden zu lassen. Zentrale Veranstaltung im Jahr 2022 ist das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 11. Juni in der Stadthalle Wolfsburg. Die Besucher erwarten ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen. Höhepunkt der grenzüberschreitenden Aktivitäten ist das 10. Deutsch-Russische Forum der Landsmannschaft Ostpreußen in Lüneburg (7.-9. Oktober).

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen wächst stetig weiter. Aktuell stehen 130.000 Bilder und 6000 Kartenwerke den Nutzern zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Die Besucherzahlen sind mit 640.000 Zugriffen (Vorjahreswert 455.000) deutlich gestiegen. Private Interessenten und Institutionen, darunter auch polnische, russische und litauische Einrichtungen, suchen den Kontakt zum Bildarchiv, um Fragen zum Thema Ostpreußen zu klären.

Was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeauftrag und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit

zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamterfolg beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beiträge erbringen.

Bitte unterstützen Sie auch 2021 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen. Aus Treue zu Ostpreußen!

Allen Spendern sage ich schon jetzt ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen auch in Zeiten von Corona Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.

Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03 –
BIC: COBADEFFXXX

Wir gratulieren...



ZUM 109. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. Pfeffer, aus Lyck, am 23. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Gogler, Anna, geb. Schwerwennings, aus Girschunnen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. November
Katzenski, Erna, geb. Labusch, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
Schönland, Gertrud, geb. Schories, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November
Krüger, Gertrud, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. Kulschewski-Kantner, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November
Feige, Margarete, geb. Groß, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Kuttner, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November

Tausendfreund, Max-Manfred, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November
Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bonkowski, Sibilla, geb. Maier, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunge, am 19. November
Galpin, Edith, geb. Gurklies, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November
Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Roos, Elisabeth, geb. Jäger, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 23. November
Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Götttsche, Christel, geb. Samel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. November
Heumann, Günther, aus Neidenburg, am 22. November
Jedamski, Walter, aus Mohrunge, am 21. November
Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November
Kahl, Charlotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November

Dohmen, Gerda, geb. Balzereit, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November
Frambach, Margarete, geb. Baumgardt, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 23. November
Ramminger, Hildegard, geb. Chmielewski, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. November
Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November
Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November
Matthies, Ingrid, geb. Freitag, aus Partheinen, Kreis Heligenbeil, am 23. November
Schöffel, Charlotte, geb. Sapparautzki, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November
Spierz, Waltraut, geb. Erzberger, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dose, Elisabeth, geb. Buyny, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 23. November
Groß, Ursula, geb. Schwarck, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
Hochfeldt, Adelheid, aus Treuburg, am 25. November
Kollakowski, Hildegard, geb. Fester, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 25. November
Komoss, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 20. November

Krähmer, Christel, geb. Tauras, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 23. November
Langner, Erika, geb. Kaehler, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. November
Loppow, Hanieli, geb. Lask, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November
Müller, Edeltraut, geb. Celius, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. November
Simeth, Traute, geb. Schulz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. November
Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November
Wisbar, Werner, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dibowski, Siegfried, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 17. November
Hackbarth, Waltraut, geb. Weihrauch, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunge, am 20. November
Köhler, Gertrud, geb. Kuhn, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November
Kropmeier, Helene, geb. Loch, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November
Otto, Gertrud, aus Hagenau, Kreis Mohrunge, am 21. November
Pick, Ruth, geb. Czypull, aus Mostolen, Kreis Lyck, am 20. November
Sbresny, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 22. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arendt, Willi, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. November
Gehrmann, Eduard, aus Hagenau, Kreis Mohrunge, am 21. November
Gieseler, Hildegard, geb. Hinz, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 23. November
Janz, Manfred, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 23. November
Kowalzik, Fritz, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Menzel, Hedwig, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. November
Sakowski, Herbert, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 17. November
Schulz, Hildegard, geb. Reichert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November
Volkman, Ella, geb. Rattay, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November

ANZEIGE

seit 1912

Gehlhaar

Original Königsberger Marzipan

Pralinen, Butter- & Marzipanstollen, Baumkuchen, Edelkuvertüren & Gebäck.
Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!

Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen
Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fehlau, Heinz, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 20. November
Fritzsche, Gertrud, geb. Luft, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. November
Hantel, Gerd, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 24. November
Hoffmann, Charlotte, aus Kuppen, Kreis Mohrunge, am 23. November
Jedamus, Edith, geb. Kumler, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 22. November
Kaul, Ruth, geb. Marzinowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November
Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November
Rilka, Gertrud, geb. Brosowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Schneider, Klaus, aus Ortelsburg, am 25. November
Siebert, Fritz, aus Schönfließ, Kreis Rastenburg, am 19. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Draeger, Ruth, geb. Sandig, aus Sarken, Kreis Lyck, am 21. November
Fey, Doris, geb. Ruchatz, aus Markau, Kreis Treuburg, am 22. November
Hetterle, Ruth, geb. Potschka, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November
Ketterkat, Erwin, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 25. November
Liebhart, Anneliese, geb. Borowy, aus Millau, Kreis Lyck, am 25. November
Lokowandt, Erwin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 24. November
Majewski, Erwin, aus Ortelsburg, am 22. November
Maseizik, Max, aus Morgenrund, Kreis Lyck, am 23. November

Nobars, Herbert, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 22. November
Noeske, Ingo, aus Trinkheim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November
Puchert, Siegfried, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 24. November
Rehbein, Dietmar, aus Eibennau, Kreis Treuburg, am 20. November
Scheffler-Löwenstein, Christa, geb. Löwenstein, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. November
Schenk, Gerhard, aus Wehlau, am 19. November
Schwarz, Inge, geb. Froese, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 20. November
Stößel, Margret, geb. Clausen, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 23. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kensy, Artur, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Laser, Hans-Joachim, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. November
Orzessek, Edith, geb. Gabelmann, aus Treuburg, am 19. November
Pakusch, Lothar, aus Paradies, Kreis Mohrunge, am 23. November
Paul, Bärbel, geb. Dreyer, aus Mohrunge, am 20. November
Rothkamm, Dietrich, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 23. November
Symann, Wolfgang, aus Treuburg, am 24. November
Tuschewitzki, Irene, geb. Brien, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 20. November
Wagner, Dieter Klaus, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 22. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Müller, Jürgen, aus Groß Wronnen, Kreis Lötzen, am 24. November

Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 27. Februar 2022, Sonderausstellung, **Den Dingen das Beiläufige nehmen. Expressionistische Maler aus Ostpreußen.**

Die Suche nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten und die spätere Entwicklung bis zum Einsetzen der nationalsozialistischen Kunstpolitik sind Themen der Ausstellung. Dokumentiert wird auch das Weiterleben der expressionistischen Kunst durch ostpreußische Künstler im Westen nach 1945 bis in die 1960er Jahre.

Noch bis 18. April 2022, Kabinetausstellung, **Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling.** Zwischen Tradition und völliger Abstraktion gab es auch Mittelwege, die man als „gemäßigte Moderne“ bezeichnen könnte.

Für die Veranstaltungen gilt die 2G-Regel. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: in-

fo@ol-ig.de erforderlich. Weitere Informationen unter www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Mittwoch, 1. Dezember, 18.30 Uhr, Eintritt 4 Euro. **Unter dem Sand des Samlands: Archäologische Forschung in Ostpreußen.** Vortrag von Christoph Jahn. Ostpreußen gehört zu den reichsten archäologischen Landschaften Mitteleuropas.

Dienstag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, 3 Euro, zusätzlich Eintritt mit Kaffee, Tee und Gebäck. In der Reihe „Museum erleben“: **Von Bienen, Wachs und Honig.** Zeidler und Imker (nicht nur) in Ostpreußen. Vortrag mit Joachim Mähner.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Öffnungszeiten: dienstags – sonntags 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 4 Euro.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke, Telefon (040) 4140080, E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 48/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2021 (Erstverkaufstag 3. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 23. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen**

der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.
Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahme-

antrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4, 22087 Hamburg
Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Westpreußen-Kalender

Landesgruppe – Die Vielfalt des unteren Weichsellandes in 13 zweiseitig bedruckten Blättern mit Spiralbindung im DIN A4- (11,80 Euro) und im DIN A3-Format (19,80 Euro) und Aufhänger, davon zwölf Kalenderblätter mit großformatigen Ansichten von Baudenkmalern und Naturschönheiten, die den Betrachter stimmungsvoll durch das Jahr begleiten, mit rückseitigen Erläuterungen, kann bestellt werden unter Telefon (02506) 305750, per E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de oder postalisch: Westpreussische Gesellschaft, Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Ost- und Westpreußenmarkt

Landesgruppe – Mittwoch, 24., bis Freitag, 26. November, Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr: „Markt der Ost- und Westpreußen“ nach einjähriger Unterbrechung.

Ganztags bis zum Ladenschluss werden wir dort mit zahlreichen Helfern eine Ausstellungswand mit Landkarten und Informationsmaterial gestalten.

Daneben bieten wir neue und antiquarische Bücher, Karten und Königsberger Marzipan von Ewald Liedtke an.

Auch eine Auswahl an Landkarten und Produkten anderer Hei-

matgebiete wird verkauft. Bitte nutzen Sie unser Angebot, wenn Sie entsprechende Artikel als Geschenk oder für sich selbst benötigen. Bei unserer Adventsfeier ist kein Verkauf geplant.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 24. November, 14 Uhr, Gaststätte „Mahlzeit“, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung mit einem Bilderbericht über das unabhängige Königreich Bhutan.

Es hat mit 47.000 Quadratkilometern die Größe von Niedersachsen und grenzt im Norden an Tibet und im Osten, Süden und Westen an Indien.

Adventsfeier und Bericht

Oldenburg – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel: Adventsfeier. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen. Die genaue Gestaltung können wir nur recht kurzfristig im Herbst planen. Eine telefonische Anmeldung ist unter (0441) 2047676 erforderlich. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen. Die

genaue Gestaltung, eventuell mit Verkaufsbasar, können wir nur kurzfristig planen.

Die Gruppe gedachte auf ihrer Versammlung im November dreier Ostpreußen, die als Vertriebene in Oldenburg Spuren hinterlassen haben. Die Malerin und Zeichnerin Eva Simmat aus Tilsit, Elternhaus in der Elchniederung, entfaltete ihre ganze künstlerische Schaffenskraft in Oldenburg, wohin sie und ihre Familie die Flucht im Dezember 1945 geführt hatte. Der Sportwissenschaftler Jürgen Dieckert, gebürtig aus Gumbinnen, kam als Dozent für Sport und Leibeserziehung an die Pädagogische Hochschule Oldenburg, wurde danach Dozent in den gleichen Fächern an der Universität Oldenburg und baute hier die Sportstätten der Universität auf. Er führte in dieser Region die ersten Trimm-dich-Pfade ein. Das Textilgeschäft Adolf Dobrat KG stammte aus Angerapp, Ostpreußen und Dobrat war als inhabergeführtes Unternehmen allen Oldenburgern bekannt. Mit zeitweise vier Geschäften hatte es maßgeblichen Anteil an einer guten Einkaufsatmosphäre in der Stadt. 1995 konnte noch das 75-jährige Bestehen des Modehauses gefeiert werden, bevor alle Filialen 1999 geschlossen wurden. Aufgelockert mit jahreszeitlichen Volksliedern ging der Nachmittag schnell vorbei, wonach die Anwesenden mit dem Gefühl nach Hause gingen, ein Stück oldenburgische Nachkriegsgeschichte gehört zu haben. *Gisela Borchers*



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Heimatsnachmittag

Zwickau – Sonnabend, 4. Dezember findet der Heimatsnachmittag,

im Rahmen einer Weihnachtsfeier unserer Mitglieder, statt. Hierzu haben wir uns Kinder aus einem Kindergarten eingeladen, die ein buntes Weihnachtsprogramm gestalten. Im Anschluß wird der Weihnachtsmann kleine Geschenke den Kindern überreichen.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Kalender

Der beliebte „Goldap-Fotokalender 2022“ mit historischen und künstlerischen Bildern und thematisch passenden Kalendersprüchen ist das ideale Geschenk für sich selber und andere.

Preis 10,95 Euro + Versand. Bestellungen unter E-Mail: verkauf@goldap.de oder Telefon (04142) 3552 und Mittwochnachmittag unter (04141) 7977537. Postanschrift: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade.



GOLDAP
Kalender 2022

Allseits beliebt: Goldap-Fotokalender
Foto: KG Goldap



Am 19. Oktober 2021 ist unser Mitglied

Joachim Rudat

im Alter von 90 Jahren verstorben. Joachim Rudat hat sich in vielfältiger Weise für unseren Verein und damit uneigennützig und vorbildlich für die Förderung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg eingesetzt.

In seiner jahrzehntelangen Mitgliedschaft hat er auch einige Jahre das Amt des Vorsitzenden ausgeübt.

Mit Joachim Rudat haben wir einen aufrichtigen und treuen Ostpreußen aus der Erlebnisgeneration verloren.

Wir werden ihn nicht vergessen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseum e.V.
Rolf-Dieter Carl
Vorsitzender



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wristor Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Eiserne Hochzeit

Bad Fallingbistel – Albrecht und Ingrid Dyck, geb. Bente, aus Bad Fallingbistel konnten am 3. November das seltene Fest der Eisernen Hochzeit feiern. Zahlreiche Glückwünsche erreichten das Jubelpaar. So überbrachte der Pastor Peter Gundlack die Urkunde mit den Segenswünschen von Landesbischof Ralf Meister. Die Urkunde des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, des Landrates Jens Grote sowie ein Glückwunschsreiben von Bürgermeister Rolf Schneider wurden

Ortsgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 4. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Thüringen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31: Weihnachtsfeier. Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fbjoehlke@gmail.com

PAZ wirkt!

Fortsetzung auf Seite 17

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Orte der Trennung und Einheit in Europa

Die Königin-Luise-Brücke über die Memel und die Glienicker Brücke über die Havel im neuen Licht

Für Tilsiter, für die Stadtgemein- schaft Tilsit e.V. (SGT) erzeugt die Tilsiter Brücke über die Memel, die den Ehrennamen der jungen, tapferen preußischen Königin Luise trägt, immer ein tiefes Durchatmen, selbst dann, wenn sie nicht unmittelbar, sondern durch eine historische Brille betrachtet wird.

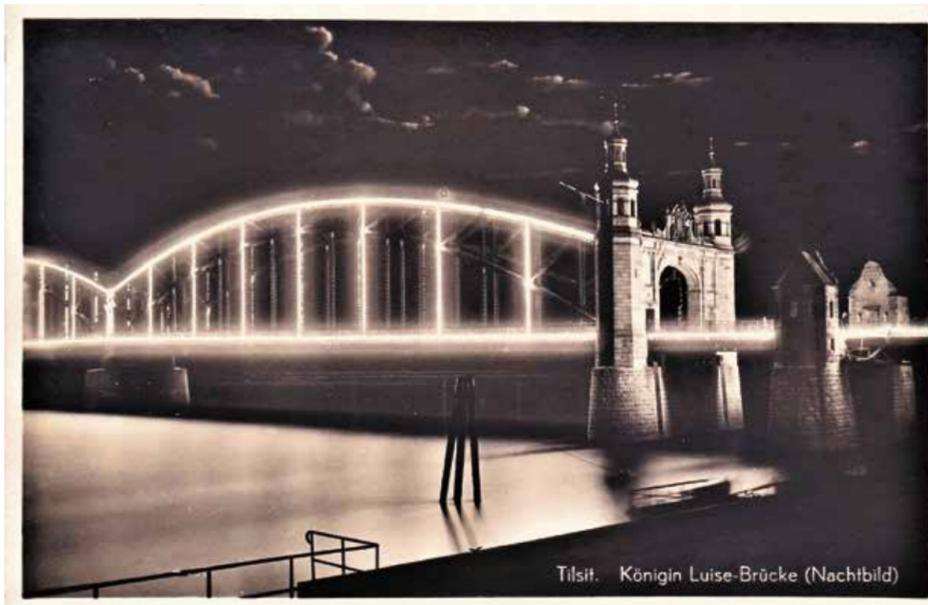
Mit Unterstützung der SGT und durch Jakob Rosenblum, dem Fotokünstler in Tilsit und Mitautor des bereits in dritter Auflage erschienenen russisch-sprachigen und in Übersetzung für eine deutsche Ausgabe befindlichen Bildbandes „Tilsitskyje Dominanty“ wurde die Tilsiter Memelüberquerung in einen Vergleich zur Potsdam-Berliner Glienicker Brücke gesetzt. Im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) fand am 6. Oktober ein „Brücken-Vergleich“ statt. Er scheint ungewöhnlich, und doch ist er mitten in deutscher und europäischer Geschichte angesiedelt. Die Autorin Ulla Lachauer und die Historikerin Florentine Schmidtman, moderiert durch den Historiker Thomas Wernicke, wagten sich an diesen Vergleich zweier Brücken mit Vorträgen und Fotos, die für uns Tilsiter das Herz weich und wehmütig machen, gleichzeitig öffnen für die Möglichkeiten einer friedensstarken Zukunft.

Für die Historikerin Schmidtman ist der Weg vom HBPG zur

Glienicker Brücke nur ein Katzen- sprung. Nicht nur, dass sie Berlin und Potsdam auf kürzestem Wege miteinander erreichen lässt, sondern sie ist auch das verbindende Element der Teile der bereits 1990 erfolgten ersten Eintragung eines Kulturobjektes im Beitrittsgebiet in die UNESCO-Welterbeliste. Einen Kulturtransfer besonderer Art veranschaulicht die 1826 bis 1827 angelegte Russische Kolonie Alexandrowka in Potsdam. Als Kunst- dorf mit 14 Gehöften und einer Kapelle nach Plänen des Garten- architekten Peter Joseph Lenné er- innert sie an intensive russisch- preußische Beziehungen. Noch dazu entstand unter Kaiser Wil- helm II. in den Jahren 1905 bis 1909 sogar eine Hofstation der Ei- senbahn, der heutige Kaiserbahn- hof, auf dem Zar und Kaiser sich treffen konnten.

Heute wird das Gebäude von der Führungsakademie der Deut- schen Bahn genutzt. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts zerbrachen die 1000-jährigen fruchtbringenden Kooperationen zwischen dem Za- ren- und dem Kaiserreich folgen- schwer. Die Glienicker Brücke wur- de nach dem Zweiten Weltkrieg für mehr als vier Jahrzehnte vor aller Augen der Welt manifestiertes Symbol der Trennung Europas.

In derselben Zeit des Kalten Krieges erlangte die Königin-Luise- Brücke in Tilsit eine ganz andere Bedeutung. Freilich wurde sie in



Königin Luise-Brücke bei Nacht: echtgelaufene Ansichtskarte mit Stempel „Tilsit-Preußen“ vom 4. Juli 1938

derselben Zeitepoche erbaut wie der Potsdamer Kaiserbahnhof. Aber ein Symbol für die preußisch-russischen Beziehungen war sie höchstens mit ihrer Sprengung durch die Wehrmacht kurz vor Kriegsende geworden. Sie diente nach ihrem zweimaligen Neubau als Brücke dem innersowjetischen Verkehr, zur Versorgung der Militärbasis in Königsberg und nach dem Beitritt der Republik Litauen zur EU als deren Brücke von und zur Russischen Föderation.

Heute bleibt das Auge an den herrlichen, vorbeifließenden ost- preußischen Wolken hängen, schaut auf kleine, manchmal to- sende Wellen des schönen Memel- flusses, ob nun in Tilsit gen Nor- den oder in Übermemele gen Süden geblickt. Lauchauer führt zu Tilsit aus: „Die preußische Stadt lebte vom Transit, der Handel prägte Stadtbild und Einwohnerschaft. Das Fremde war ihr Lebensle- ment. Mit zwinkerndem Auge fragt sie das kenntnisreiche Publikum,

ob es vielleicht den Satz des Tilsit- er Dichters Johannes Bobrowski kenne, der ‚um die Memel herum aufgewachsen‘ sei, ‚wo Polen, Li- tauer, Russen, Deutsche mitenei- ander lebten, unter ihnen allen die Judenheit.‘ Über diese Einheit, die die Stadt viele Jahrhunderte prägte, werde nicht einmal mehr geredet. Sie in das Gedächtnis der eu- ropäischen Kultur zurückzuholen, sei dringendes Bedürfnis‘.

Beide Brücken tragen Lasten, die vieles miteinander gemein ha-

ben: Trennen und Verbinden zwei- er Ufer, sogar zweier politischer Systeme; vom jeweils anderen Ufer winken sich Familienangehörige zu; Partner, die nicht zueinander- kommen dürfen; die Brücken rich- ten ihre Köpfe jeweils dicht auf des Feindes Nacken – Militärblöcke starren sich an.

Zwischen beiden Brücken spannt sich eine geographische Distanz von rund 850 Kilometern. In dieser Spannung liegen Schick- sale, vor allem die schrecklichen des 20. Jahrhunderts: In die eine Richtung, später in Gegenrichtung, marschierten Militärkolonnen, Gefangene, Zwangsarbeiter, Opfer zweier Doktrinen und Diktaturen, Evakuierte, Flüchtlinge, Depor- tierte und Vertriebene. Von ihren Schicksalen sprechen die steiner- nen Pfeiler und stählernen Bögen, die sich eine glücklichere Zukunft wünschen. Diesem Wunsch dürfen wir, insbesondere die SGT gemein- sam mit den Einwohnern und un- seren Partnern in Tilsit erhoffen.

Heute schon können die Besu- cher der Stadt die Tilsiter Tram auf der Hohen Straße bewundern – morgen vielleicht fährt sie über die Königin-Luise-Brücke nach Litau- en und bringt die Botschaft des Kant’schen Ewigen Friedens vom Ideengeber der Haager Land- kriegsordnung in die Europäische Union zurück. Günter H. Hertel,

Pressesprecher der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Rätsel

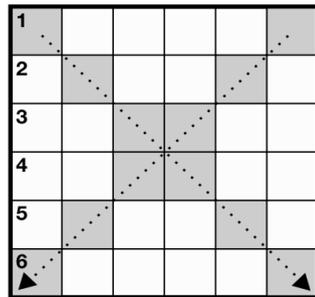
Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: veraltet: Haus- ange- steller, eng- lisch: Eis, kleiner Himmels- körper, Buckel- rind, nervös; ohne Rast, Wert- papier, Ladung; Würde, Amt (franz.), nicht saftig (Frucht- fleisch), regsam und wendig, Roman von Emile Zola, Kirchen- lied, Wind am Gar- dasee, Schick- sal (latei- nisch), Unter- einheit von Euro u. Dollar, Meer- säuge- tier, viel- farbig, Ausruf d. Freude, Lustig- keit, aufdring- lich an- blicken, alge- rische Stadt, nicht öfter, persönl. Fürwort (zweite Person), eine Blume; ein Gewürz, scherz- haft; Nicht- seemann, saloppe Umgangs- sprache; Jargon, Stirn- seite, Organisation d. Erdöl ex- portieren- den Länder, unnach- giebig, hart, Schreib- art; Kunst- richtung, Trink- gefäß, Schweine- bauch- fett, Schreib- art; Kunst- richtung, kindersprach- lich; Hund, mut- maßen, Garten- blume, Mensch, der etwas stiehlt, Leib- eigener, Binde- wort (... noch), Zweige eines Baumes, Gebirge in Marokko, gerade dort, genau dort, ukrain. Schwarz- meeres- hafen, Schwer- metall, Ver- größe- rungs- glas, Unwille, Ver- drossen- heit, schmie- ren, fetten, ein Europäer, die Gesichts- haut straffen, Ver- sammlungs- Tagung, Milch- produkt, Nasch- werk, Weichka- ramelle, Musik- zeichen, glän- zend; spiegel- glatt, ein Auto vorbeigehend abstellen, Teil- zahlung, nicht außen, Feuer, dt. Schrift- steller (Eugen), preis- geben; spenden, Aktion, Hand- lung, österrei- chisches Bundes- land, sich laut freuen, Schand- pfahl, gut zu entzif- fern, ein Wach- holder- brannt- wein, heiteres musik- al. Bühnen- werk, Frau, die ein frem- des Kind stillt, auf den Bein- gelenken kauern, ver- lassen; lang- weilig, Sitz- bereich im Theater, Ringel-, Saug- wurm, Rist des menschlichen Fußes, sehr feucht, Gast- stätte, Besucher, italienische Wein- stadt, amerik. Film- legende (Marilyn), ameri- k. Film- legende (Marilyn), Ringel-, Saug- wurm, Bad an der Lahn, Riesenschlange, chemi- sches Zeichen für Blei, flüch- tiger Augen- blick, Lappe, blüten- lose Wasser- pflanze, das Paradies, dt. Soz- ialist (Fried- rich), Abk. für Europa- meisterschaft, neugierig, viele Floskeln enthal- tend, dt. Soz- ialist (Fried- rich)

Sudoku

6x6 Sudoku grid with numbers 4, 7, 9, 8, 9, 8, 7, 5, 4, 1, 3, 8, 4, 7, 9, 2, 5, 4, 8, 2, 6, 1, 1, 3, 2, 4, 9, 6, 8, 4, 6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



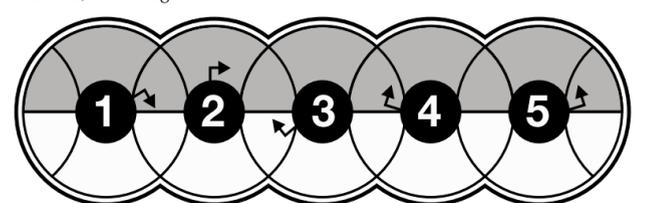
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Pilze.

- 1 aromatisches Harz, Linderungsmittel
2 amerikanische Währung
3 Dienstkleidung
4 Ichmensch
5 Grund, Ursache
6 nochmals

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für empfindsam, rührselig.

- 1 Fluss zur Oder, 2 im Toto oder Lotto wetten, 3 Nelkenpfeffer, 4 ein Schiff stürmen, 5 verborgen



Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

im Auftrag der Stadt Bad Fallingbostal überreicht. Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gratulierte dem Paar.

Viele Jahre war Albrecht Dyck Vorsitzender des Kreisverbandes Fallingbostal des Bundes der Vertriebenen (BdV) und ist auch Ehrenvorsitzender der Heimat-Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit / Ostpreußen. Weiter ist er Vorsitzender der BdV-Ortsgruppe Fallingbostal-Dorfmark. Dyck wurde mit der Goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen sowie mit der Goldenen Ehrennadel des BdV-Landesverbandes ausgezeichnet.



Feierten ihre Eiserehe Hochzeit: Albrecht und Ingrid Dyck Foto: A.M.

„Die Mitglieder der BdV-Ortsgruppe Fallingbostal-Dorfmark wünschen zur Eisernen Hochzeit

weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit – zwei Dinge, die Euch

während der 65 Ehejahre begleitet haben.“ Alfred Michaelis

Die Sonderausgabe des Preußen-Kuriers

Rainer Claaßen und Jörg Pekrul haben vieles gemein; die Freude an Technik und Verbindungswegen ist eine Gemeinsamkeit. So verwundert es nicht, dass sie sich in den Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern der ehemaligen Reichsstraße 1 angenommen haben. Diese Erfolgsgeschichte in zwei Teilen haben sie in der Sonder-

ausgabe 2021 zusammengefügt und ergänzt. So ist ein 80 Seiten starkes Heft entstanden, das den Leser mit vielen Bildern die Reichsstraße 1 von Aachen bis nach Eydtkuhnen mitnimmt, hier und dort einen kleinen Exkurs einfügt und auf geographischem Weg einen Streifzug durch die Geschichte Deutschlands unternimmt.

Zu beziehen ist diese Sonderausgabe „Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute – Lebensbilder aus Deutschland“ von Jörg Pekrul bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V., E-Mail: info@low-bayern.de, postalisch: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg.

WOLFSKINDER

Das Elend nach dem Krieg

Über den 30-jährigen Einsatz für die „kleinen Deutschen“

Zum 30. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen stellte der litauische Honorarkonsul in Baden-Württemberg Wolfgang von Stetten am 25. Oktober sein neues Buch vor. Unter den zahlreich erschienenen Gästen der Botschaft befand sich auch Hans-Jörg Froese, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der als Präsident der Prussia zu den Mitherausgebern des Buches „Hundert Jahre deutsch-litauische Beziehungen“ (2017) gehörte. Den Titel seines Buches erläuterte von Stetten überzeugend. Einerseits war das Schicksal dieser elternlosen Kinder – von den Litauern zunächst „kleine Deutsche“ genannt – in Ostpreußen durch ein unglaubliches Leiden geprägt, andererseits gab es nicht wenige, denen es gelang, in Litauen der Nachkriegszeit ein neues zu finden. Das waren dann sicher auch Glücksmomente, ebenso für die Menschen, die sich um diese „Wolfskinder“ nach dem Ende der sowjetischen Besatzung kümmerten. Stetten, damals Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe, gehörte zu diesen Menschen. Sein großes Engagement führte zur Begründung einer Stiftung, die vielen Wolfskindern wieder ein würdevolles Leben ermöglichte. Gleichzeitig wurde er in der Zeit des litauischen Freiheitskampfes ein mutiger Pionier für freundschaftliche Beziehungen, noch bevor die Unabhängigkeit Litauens von der damaligen Bundesrepublik diplomatisch an-



Bei der Buchvorstellung: (v. l.) S.E. Botschafter Misiulis, Joachim Tauber, Freiherr von Stetten Foto: HJM

erkannt wurde. Nach der herzlichen Begrüßung durch den litauischen Botschafter Ramunas Misiulis konnte Joachim Tauber – Vorsitzender des Deutsch-Litauischen Forums – in einem Gespräch mit Stetten dessen außerordentlichen Verdienste für die Wolfskinder und für die deutsch-litauischen Beziehungen sichtbar lebendig herausarbeiten. So ist es nicht verwunderlich, dass Stetten zahlreiche Aus-

zeichnungen erhielt, angefangen 1990 mit dem Bundesverdienstkreuz und zuletzt in diesem Juli aus der Hand des litauischen Staatspräsidenten Gintanas Nausedas das Großkreuz des Gediminas-Ordens, des höchsten litauischen Staatsordens. Es erscheint daher nur folgerichtig, dass Stetten sein ausgesprochen interessantes und besonders lesenswertes Buch dem Litauischen Volk widmet. HJM



Wolfgang von Stetten: „Wolfskinder – Glücksmomente. 30 Jahre litauisch-deutsche Begegnungen“, Molino Verlag, Leonberg und Schwäbisch Hall, 2021, gebunden, 360 Seiten, 25 Euro

ANZEIGE

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige
--------------------	--	-------------------

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

TEXTILE KUNST

Die Lebendigkeit ostpreußischer Handarbeit

Ein Bericht zur 67. Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen

VON GERDA EGGERS

Wer einmal an einer Werkwoche teilgenommen hat, versucht, wenn immer möglich, an dieser Veranstaltung erneut teilzunehmen. Man schätzt die lockere Atmosphäre mit vielen alten und neuen Gesichtern und vervollkommnet seine Fähigkeiten zum Beispiel in der hohen Kunst der Weißstickerei.

In dieser Werkwoche im Oktober, die aus Mitteln der „Stiftung Zukunft für Ostpreußen“ gefördert wurde, waren folgende Arbeitsgruppen vorgesehen: Musterstricken, Doppelstricken; Weißsticken, Ajour-, Kreuzsticken; Trachtenschneidern und Weben, Knüpfen und Doppelweben.

Wessen Passion die Weißstickerei ist, war auf die Nachfolgerin von Ute Tenzer gespannt. Heidi Friedrich ist eine überzeugende, würdige Werklehrerin. Ihre ruhige, gelassene Art, gepaart mit einem immensen Fachwissen im Bereich der Stickerei, ist eine Bereicherung für die Stickgruppe. Auch für Anfänger in der Sticktechnik wurden Vorlagen anhand von einfachen Arbeiten gezeigt, um den Einstieg in diese Technik zu erleichtern. Es war eine angenehme entspannte Arbeitswoche mit Sitzplätzen an großen Fenstern mit Tageslicht.

Da Gudrun Breuer die Werkwoche vorzeitig verließ, wurde sie bereits vor Beginn der Ausstellung am Sonnabend wür-



Handschkes und anderes Kuscheliges: Handarbeiten der Werkwoche

Foto: LO

devoll geehrt und verabschiedet. Eine Vielzahl der Teilnehmerinnen konnte von ihrer Kompetenz, dem immensen Fachwissen, durch ihre geduldige Art die verschiedenen Strick- und Sticktechniken erlernen.

Nach erfolgreich zurückgelegter Werkwoche eröffnete die Werkwochenleiterin Uta Lüttich eine Ausstellung, bei der die unterschiedlichen Gruppen ihre Handwerkskünste allen Teilnehmenden der Werkwoche zunächst in einer inter-

nen herbstlich geschmückten Ausstellung präsentierten, zu der am Nachmittag unter Beachtung der strengen Corona-Regeln externe Gäste begrüßt wurden.

Die Strickerinnen zeigten ihre „Handschkes“ mit verschiedenen Mustern, wie den Memeler Handschuh, die Schlaufenhandschuhe mit der wärmeren Innenseite, Socken, außerdem in Doppelstricktechnik Topflappen und Schal. Die Stickenden steuerten verschiedenste auf blau hinterlegtem Untergrund

gelegte Weißstickerei hinzu, um die Filigranität ihrer Arbeiten mit den Durchbrüchen im Stoff besser kenntlich zu machen.

Aus der Trachtenschneiderei lagen auf der Ausstellungsfläche zwei fertige Trachtengewänder sowie eine Jacke, die noch in Bearbeitung war, und eine Schürze.

Die Gruppe der Weber präsentierte am Webrahmen gefertigte Umhängetaschen, Läufer, Mustertücher, Vorleger und einen Schal in Schachbrettmuster. Besondere Beachtung erfuhren die hergestellten farbenfrohen Jostenbänder.

Da Barbara Lorenzen als Werklehrerin für Doppelweben kurzzeitig verhindert war, gab es diesmal keine neuen Doppelgewebe in der Ausstellung zu bewundern.

Wieder einmal zeigte sich, dass die Werklehrerinnen durch Kompetenz, Geduld und großen Fachverstand die Teilnehmer, die zum Teil eigens zur Werkwoche aus dem südlichen Ostpreußen angereist waren, gut anzuleiten verstanden und ihr Wissen zum Thema „Erhalten und Gestalten“ weitergaben und vermittelten.

Nach der von externen Gästen gut besuchten Ausstellung eröffnete Lüttich den gemeinsamen Abschlussabend der 67. Werkwoche. Im Gedenken an die langjährige Werkwochenlehrerin Waltraut Bartholomeyczik wurden die Anwesenden darüber informiert, dass sie in diesem Frühjahr im 98. Lebensjahr verstarb.

Die Laudatio zur Verabschiedung von Lüttich hielt Klaus Rudel. Er fand treffende, dankende und ehrende Worte, die in

den kommenden Ausgaben der PAZ mit einer Würdigung der ebenfalls ausgeschiedenen langjährigen Werkmeisterin Breuer veröffentlicht werden. Sie wurden mit einem deutlichen „Wir danken“ aller Anwesenden bekräftigt.

Als Überraschung zeigte Rudel im Anschluss eine kurze Präsentation „Wo alles begann, es war ein Land auf dieser schönen Erde, ein Land, das man Masuren nennt“. Es war ein mit Herzblut geschaffener kurzer Film von Lüttichs Jugendjahren in Reimannswalde, Kreis Treuburg, bis zur Gegenwart in Stuttgart.

Als vorerst letzte Handlung durch Lüttich erfolgte die offizielle Stabübergabe an die neue zukünftige Werkwochenleitung Hannelore Mosbacher. Sie hat ihre Wurzeln in Ostpreußen und war bereits auf Spurensuche an den Stätten ihrer Vorfahren. Als mehrmalige Teilnehmerin an den Werkwochen haben wir sie als besonnene, umgängliche Teilnehmerin mit ruhigem Wesen kennengelernt.

Mit Mosbacher wurde eine wesentlich jüngere Person für die Werkwochenleitung gefunden, die mit neuen Impulsen die Werkwoche weiterführen wird. Die Teilnehmerinnen sind gespannt auf eine gemeinsame Zeit mit ihr.

Es war eine interessante Werkwoche, in der viele Vorhaben umgesetzt wurden. Der Abschiedsabend von Lüttich wird unvergessen bleiben. Die 68. Werkwoche wird vom 10. bis zum 16. Oktober 2022 in Helmstedt stattfinden.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Würde für die Verstorbenen

Die Wiederherstellung des historischen Friedhofs von Schreiberhau ist ein Projekt deutsch-polnischer Zusammenarbeit

Heuer jährt sich zum 100. Mal der Todestag des schlesischen Dramatikers und Schriftstellers Carl Hauptmann. Seine letzte Ruhestätte fand der ältere Bruder des Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann auf dem evangelischen Friedhof in Nieder-Schreiberhau [Szklarska Poręba Dolna] im Riesengebirge. Es sei ein besonderer Ort, ein Pantheon der Sudeten, so Robert Wollny von der Landsmannschaft Schlesien, Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz. „Schreiberhau ist als flächenmäßig größtes Dorf Preußens einer der bekanntesten Urlaubsorte, bekannt auch durch die Glasmacherindustrie, um nur die Josephienhütte und die Familie Preussler zu nennen. Die Einmaligkeit dieses Ortes zog um die Jahrhundertwende viele bekannte Künstler an, die in Schreiberhau 1922 eine berühmte Künstlerkolonie gründeten“, sagt Wollny und weist darauf hin, dass Wilhelm Bölsche, Hans Fechner, Hermann Stehr und eben auch Carl Hauptmann zusammen mit bedeutenden Glaskünstlern auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt wurden. Dass dieser Gottesacker so jämmerlich verwahrloste, empfand Wollny als unerträglich.

2017 wurden dort zwar kleinere Aufräumaktionen durchgeführt, aber es war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wie der Schreiberhauer Bürgermeister Mirosław Graf feststellen musste: „Es war schwer in dem Bewusstsein zu leben, dass wir hier einen Friedhof haben, der so wichtig für die Geschichte der Stadt ist, der sich aber in einem dermaßen desolaten Zustand befindet. Das musste sich ändern.“

Zu oft hat man es schon erlebt, dass solche Aktion zerredet werden und am En-



Eine verdiente Pause: Stärkung für Robert Wollny (3. v. r.) und seine Mitstreiter Foto: Initiative zum Erhalt schlesischer Kulturgüter

de doch nichts passiert. Dafür, dass es in diesem Fall anders läuft, sorgte eine Gruppe deutscher Freiwilliger, die sich um Wollny scharrt. Diese Kinder und Enkel vertriebener Schlesier sowie Geschichtsinteressierte haben sich zur „Initiative zum Erhalt schlesischer Kulturgüter“ zusammengeschlossen. „Unser Ziel ist die Bewahrung des Erbes unserer Eltern vor dem Vergessen und dem Verfall. Wir möchten das Schlesien unserer Vorfahren mit anderen teilen. Wir wollen mit den heutigen Bewohnern der Region zusammenarbeiten

und Freundschaften schließen“, so Wollny. „Mit jedem wiederaufgestellten und gesäuberten Grabstein bekommt der Tote seine Würde zurück“, sagte er. Ihm ist es gelungen, sowohl zum Bürgermeister Graf, als auch zu einer ganzen Reihe heutiger Schreiberhauer freundschaftliche Kontakte zu pflegen. Und das nicht nur wegen seiner offenen und überzeugenden Wesensart, sondern auch, weil er hervorragend Polnisch spricht.

Bereits beim zweiten der drei mehrtägigen Arbeitseinsätze in Schreiberhau

halfen Polen mit. Neben den heutigen Bewohnern haben auch Vertreter der Stadt, des Hirschberger Kulturzentrums und der Freiwilligen Feuerwehr die Ärmel hochgekrempt. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen, denn wie Bürgermeister Graf feststellte, sah der Friedhof endlich nach einem würdigen Ort für die letzte Ruhe aus.

Noch einen weiteren Erfolg konnte die deutsch-polnische Initiative verbuchen: die feierliche Einweihung des restaurierten Grabmals von Carl Hauptmann. Mit

von der Partie waren Sachsens Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler Jens Baumann, der Vorsitzende des Vereins zu Pflege Schlesischer Kunst und Kultur (VSK) Christopher Schmidt-Münzberg und Julita Izabela Zaprocka, Leiterin des Riesengebirgsmuseums in Hirschberg [Jelenia Góra].

Für sie war Hauptmann derjenige, dem man die Berühmtheit Schreiberhaus unter Künstlern zu verdanken hat. „Deshalb ist es ein netter und guter Akzent mit der Restaurierung seines Grabsteines anzufangen“, sagte die Trägerin des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen. Sie ist Kennerin der Literatur der Gebrüder Hauptmann und schüttelt Hauptmann-Verse in der schlesischen Mundart nur so aus dem Ärmel. Die Museumsdirektoren hat mit Unterstützung des VSK eine Spendenaktion für die Restaurierung des Carl-Hauptmann-Grabsteines durchgeführt.

Für die Schreiberhauerin Sylwia Cybulska ist es wichtig, dass der historische Friedhof für nächste Generationen erhalten bleibt. Sie ist stolz darauf, dabei mitzuwirken. Sie habe während der Aufräumarbeiten viel über die Geschichte der Stadt gelernt, denn die umgefallenen Grabsteine geben Auskunft über die Berufe und den gesellschaftlichen Status der Verstorbenen. Ihr neu erworbenes Wissen gibt die Stadträtin auf ihrer Facebookseite an die Schreiberhauer weiter.

Und Wollny verspricht: „Zum Jahrestag unseres ersten Einsatzes wird jährlich ein Freundschaftstreffen in Schreiberhau stattfinden. Das erste Treffen ist für den 24. und 25. September im nächsten Jahr geplant.“

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Keine Paradiestür für Stettin

Der Erste Weltkrieg und die Inflation verhinderten es

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Von der Florentiner Paradiestür am Baptisterium, der Taufkirche, die zur Kathedrale gehört, hatte ich schon vor 40 Jahren auf einem Ehemaligentreffen der Stettiner Kaiserin-Auguste-Viktoria-Oberschule gehört. Darum war es nicht verwunderlich, dass ich auf unserer diesjährigen Toskana-Reise die Stadtführerin in Florenz danach fragte. Zur Antwort erhielt ich, dass sie den Rundgang durch Florenz an der Paradiestür beenden würde, fügte dann noch hinzu: „Von dieser Tür des Lorenzo Ghiberti, der 1455 in Florenz starb, hätte Michelangelo gesagt: ‚Sie ist würdig, die Pforte des Paradieses zu schmücken.‘“ 27 Jahre, von 1425 bis 1452, arbeitete der Künstler an dieser vergoldeten Bronzetür. Sie besitzt zehn quadratische Felder, die dem Schauenden hauptsächlich etwas vom Alten Testament erzählen wollen.

Die Paradiestür, die wir auf unserer Reise 2021 zu sehen bekamen, war eine 1993 von Japanern angefertigte Kopie. Die echte Pforte befindet sich in Florenz im Museum.

Von Lorenzo Ghibertis Paradiestür gibt es eine weitere Kopie, die heute im Museum der Württembergischen Metallwarenfabrik, WMF, zu Geislingen betrachtet werden kann.

Im Jahr 1911 hatte diese Fabrik vom Stettiner Museum, das aus Mitteln der Stettiner Bürger auf der Hakenterrasse errichtet worden war, den Auftrag zur Reproduktion der Florentiner Paradiestür erhalten, denn die von Stadtrat Dr. Heinrich Dohrn (1838–1913) begründete Kopien-Sammlung antiker Großplastiken hatte auch sie vorgesehen. Durch den Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 und die Geldentwertung danach konnten die Stettiner die Paradiestür nicht bezahlen. Daher wurde sie 1928 wieder nach Geislingen zurückgeschickt und blieb somit nach 1945 in Deutschland.

Das Museum auf der Hakenterrasse, das am 27. Juni 1913 feierlich eröffnet worden war, beherbergt auch heute im jetzigen polnischen Szczecin zwei Institute: Das Naturkunde- und das Kunstmuseum.

Das mächtige Gebäude beherrscht wie eh und je die Hakenterrasse. Die Entwürfe für das Museum schuf Stadtbaurat Meyer, den Stettinern auch als Schöpfer der Hakenterrasse bekannt.



Paradiestür an der Taufkirche der Kathedrale von Florenz – Jeweils von oben und links nach rechts: Feld 1 Adam und Eva, Feld 2 Kain und Abel, Feld 3 Noah, Feld 4 Abraham und Israel, Feld 5 Jakob und Esau, Feld 6 Josef und Benjamin, Feld 7 Moses, Feld 8 Jesus, Feld 9 David, Feld 10 Begegnung Salomons mit der Königin von Saba

GEDENKEN

Danzigs Friedhöfe

... nicht mehr vergessen

An der Großen Allee, die Danzig mit Langfuhr verbindet, lagen früher viele Friedhöfe, die zu meist nach dem Zweiten Weltkrieg eingeebnet, überbaut und somit vernichtet wurden. Doch wenn man sucht, findet man immer wieder Zeugnisse, die auf die ursprünglichen Ruhestätten der gebürtigen Danziger hinweisen.

Jetzt werden sie aus der Vergessenheit gerissen, durch Anna Krüger, promoviert auf dem Gebiet „Allgemeine Geschichte und polnische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, Absolventin der Geschichts- und Kulturwissenschaften an der Universität Danzig. Forschungsinteressen: Geschichte der Friedhöfe und Bestattungskultur, Sozialgeschichte und Alltagsleben in Danzig im 19. und 20. Jahrhundert und Zoppot in der Zwischenkriegszeit.

Von ihr liegen Veröffentlichungen vor zur Bestattungskultur unter anderem im „Danziger Jahrbuch“, im Band „Nekropole Pomorza“ und dem Buch „Garnison Cemetery in Gdańsk. Eine Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus“, Artikel über Friedhöfe in Neufahrwasser [Nowy Port] und Schidlitz [Siedlce], die in der Reihe „Geschichten der Danziger Bezir-

ke“ zum Druck eingereicht wurden, herausgegeben vom Danziger Museum.

In ihren Beiträgen folgt sie den Spuren der verschwundenen Danziger Friedhöfe und rekonstruiert die Bestattungskultur der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Autorin skizziert nicht nur die Geschichte des größten Friedhofs der Stadt und weist auf die Spuren der nicht mehr existierenden Begräbnisstätten ehemaliger Danziger Einwohner hin, sondern führt den Leser auch in die damaligen Bräuche rund um das Erleben von Tod und Trauer ein, stellt die Vorschriften über die Konservierung und Lagerung von Leichen vor, sie verfolgt das Schicksal von Friedhofsarbeitern, blättert in Katalogen von Steinmetzen, liest in alten Zeitschriften, auf der Suche nach Nachrufen und beschreibt Trends in der Trauermode.

Es sind Studien, in der die wichtigsten sozialen, ethnischen und religiösen Probleme und Spaltungen nicht an Bedeutung verlieren, im Gegenteil, sie werden manchmal noch augenfälliger.

Anna Krüger präsentierte ihre Forschungsergebnisse auch in Danzig in der Frauengasse einem aufmerksam zuhörenden Publikum, zu sehen auf YouTube. BS



Ein Friedhof in Danzig-Langfuhr vor 1945. Das markante Gebäude ist die Technische Universität Danzig, erbaut 1904

Foto: Privatsammlung

BRASILIEN

Eigenes Kulturzentrum für die Pomeranos

Der Industrielle Wander Weege ermöglichte diese wichtige Begegnungsstätte

In der südbrasilianischen Kleinstadt Jaraguá do Sul entsteht zurzeit ein pommerisches Kulturzentrum, das sich als Bindeglied für die kulturellen Aktivitäten und den Informationsaustausch der aus Pommern stammenden Bevölkerung verstehen soll.

Die Idee hierzu stammt von dem Industriellen Wander Weege, dessen Vorfahr Carl Weege 1868 aus dem hinterpommerschen Regenwalde eingewandert war. Wander Weege, der nicht nur maßgeblich die pommerische Kultur in Brasilien fördert, sondern auch als Ehrenbürger Regenwaldes für großzügige Projekte in dem heute polnischen Resko mitverantwortlich ist, stellte die im Zentrum Jaraguás gelegene Immobilie zur Verfügung. Mehr als 3000 Bände zur pommerischen Kolonisationsgeschichte sowie wichtiges Filmmaterial sind bereits in dem neuen Zentrum untergebracht.

Vor Kurzem kamen nun zum zweiten Mal Vertreter pommerischer Siedlungen und andere künftige Benutzer des Kulturzentrums aus den Bundesstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catarina, Espirito Santo und Rondonia zusammen, um in

fünf Arbeitsgruppen engagiert über künftige Aufgaben und Ziele zu diskutieren. Alle Beteiligten wünschen sich, dass von hier aus echte Dialoge zwischen dem pommerischen Kulturraum in Brasilien

und seinen Zielgruppen, aber auch nach Deutschland und Polen aufgebaut werden können.

Die unterschiedlich großen Räume stehen für Workshops, Ausstellungen,

Vorträge, Volkstanz, Ballett, Theater, Musikunterricht sowie Sprach- und Malkurse zur Verfügung. Auch Gruppen und Schulen können den großen Saal für ihre Zwecke nutzen. Das Projekt soll erst einmal ohne den Einfluss der Politik konsolidiert und in eine Stiftung umgewandelt werden. Positiv für auswärtige Besucher wird sich auch die geografische Nähe zu Pomerode, der „deutschesten Stadt“ Brasiliens, mit deren Sehenswürdigkeiten und dem alljährlich stattfindenden Pommernfest auswirken.

Folha Pomerana
Ivan Seibel, Helmut Kirsch



Das Pommersche Kulturzentrum ist in Jaraguá do Sul im brasilianischen Bundesland Santa Catarina gelegen



Tagung im neuen Kulturzentrum in Jaraguá do Sul

Den Toten in der Heimat



Lapidarium in Bütow

Eure Gräber werden heute nicht geschmückt von lieber Hand, und der Glocken Festgeläute dringt nicht durch das Heimatland.

Doch es sprechen unsre kranken Herzen leise ein Gebet. Dorthin wandern die Gedanken, wo das Kreuz am Friedhof steht.

Sind auch Eure Ruhestätten schon verwildert und bemoost, gab uns Gott in schweren Ketten tiefen, wunderbaren Trost.

Denn es deckt Heimaterde schützend, liebevoll Euch zu, und wir beten, dass einst werde auch für uns dort ew'ge Ruh.

Klaus Granzow (†)

„Deutschland macht sich zur Lachnummer der Welt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Dass Sie über den unüberbietbaren Skandal der Kölner Moscheen berichten, ist dankenswert“

Dr. Arthur Schanz, Overijse/ Belgien

zum Thema: Wenn in der Domstadt der Muezzin ruft (Nr. 43)



Ausgabe Nr. 44

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ZURÜCK ZUR MIETSKASERNE ZU: WOLKENKRATZER GEGEN DEN ANGSTRAUM (NR. 44)

In der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts entstanden in großen Städten sogenannte Mietskasernen. Die Bauweise ergab für die Bewohner praktisch eine Kasernierung, daher dieser beschreibende Begriff. Das Fehlen von Grün, von Weitläufigkeit und ausreichend Sonnenlicht im Umfeld verstärkte diesen Eindruck zusätzlich.

Die SPD – eine zu dieser Zeit gegründete Partei der kleinen Leute – schrieb es sich seinerzeit auf die Fahnen, unter einigen anderen programmatischen Vorhaben auch derartige Wohnverhältnisse für das einfache Volk ein für alle Mal hinter sich zu lassen. Für die kommenden Generationen sollten es menschengerechte Wohnquartiere sein.

Aktuell sind allein in Hellersdorf durch die landeseigene Stadt und Land zwei massive Wohnbauten vorgesehen. Diese sogar noch etwas höher als die schon vorhandene Bebauung. Und auch nur in marginaler Entfernung von diesen entfernt. Mietskasernen des 21. Jahrhunderts. Seinerzeit in der DDR entstanden im Osten der Stadt in grünen Innenhöfen zwischen vielstöckigen Gebäuden allenfalls flache Gebäude. Zum Beispiel Kindergärten. Oder von vornherein Freiflächen für die Bewohner. Mit Parks und Spielplätzen.

Wenn heutige Architekten, Städtebauer sowie Wohnungs- und Verkehrspolitiker von „lebenswerter Stadt“ sprechen, dann sind meist nur kleine Oasen für solvente Bewohnerschaften inmitten einer Realität gemeint, deren flächendeckende Tristheit man nur resigniert zur Kenntnis nehmen kann.

Im durch linke Parteien dominierten Berliner Senat ist allein nur Masse, keine Klasse vorgesehen. Man selbst wohnt ja schließlich meist ganz woanders. Oder mit Orwells Worten: Alle Tiere sind gleich. Aber manche sind gleicher.

Dass auch modern ausgestattete Wohnungen ohne das passende Umfeld schnell und unumkehrbar in Richtung erhöhter

Kriminalitätsrate und Drogenproblematik abdriften können, ist bekannt. Dafür muss man nach zwei Dekaden des neuen Jahrtausends nicht einmal mehr katastrophale Beispiele aus dem europäischen Ausland bemühen.

Nach beinahe anderthalb Jahrhunderten wieder zurück in Richtung Mietskasernen. Innen zwar komfortabel – aber in trister und freudloser Umgebung. Schon heute ist es vielerorts unerträglich eng in den Städten, von Sicherheit und einem guten Miteinander will man gar nicht erst schreiben.

Ein Heinrich Zille würde wohl meinen und zeichnen: Der Kreis schließt sich – dit is Berlin. *Peter Freimensch, Berlin*

LUSTIGES SCHILDBÜRGERLAND ZU: BERLIN UND BRÜSSEL WIEDER- HOLEN DIE FEHLER VON 2015 (NR. 42)

Deutschland macht sich nun bereits zum wiederholten Mal zur Lachnummer der Welt: Wieder einmal kommen Tausende illegaler Migranten gezielt nach Deutschland. Von Grenzkontrollen will man nicht viel wissen und von einer Zurückweisung der Immigranten schon gar nicht.

Schon 2015 hat dieses desaströse Verhalten der Regierung die Welt staunen lassen: So viel Dummheit hatte man den Deutschen dann doch nicht zugetraut. Im Zuge der damaligen Migrationskrise erhielt die Bewegung des Brexits in Großbritannien erst den richtigen Auftrieb. Nicht zu vergessen ist das Wahldebakel in Berlin, was ein absolutes Armutszeugnis für das einmal als effizient geltende Deutschland ist.

Nun wird Deutschland auch noch eine Regierungskoalition bekommen, deren Wortführer außerhalb der Politik noch nie richtig gearbeitet haben. Sie interessieren sich nicht für die steigenden Benzin- und Energiekosten, denn sie befinden sich in einem Selbstbedienungsladen. Wie hoch die Benzinpreise sind, weiß ein Olaf Scholz nicht, denn er müsse ja schließlich nicht tanken.

Die Welt lacht sich kaputt über so ein Schildbürgerland Deutschland. Wie weit haben wir es gebracht?

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

BOLSCHOPHILE DENKWEISE ZU: VIELE WÄHLER SEHEN SICH GETÄUSCHT (NR. 42)

„Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer du bist.“ Mit diesem Befund hat Goethe (in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“) die bolschophile Denkweise einer Partei, die sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnet, treffend kommentiert. In Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern lässt sie mal wieder die Katze aus dem Sack, was sie, entgegen ihren Beteuerungen, unter Politik versteht.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Müllheim

ETWAS FRIEDFERTIGER, BITTE! ZU: KEIN TRIFTIGES ARGUMENT FÜRS IMPFEN (NR. 44)

Offen gestanden kann ich die Hetze mancher Geimpfter gegen Ungeimpfte nicht mehr lesen und nicht mehr hören. Halten sich diese mit einem weitgehend ungetesteten Vakzin geimpften Personen für die besseren Menschen? Ich würde mir auch wünschen, dass sich einzelne Medien in ihren Kommentaren etwas mehr in Zurückhaltung üben. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, bisher noch ungeimpften Personen, die seit Jahren Arztpraxen nur von außen kennen und sich seit Ausbruch der Pandemie nicht mit Corona infiziert haben, vorzuwerfen, sie würden das Gesundheitssystem massiv belasten.

Derzeit liest und hört man im Gegenteil häufiger von infizierten Geimpften, weil diese, im Gegensatz zu den Ungeimpften, sich oft in einer falschen Sicherheit wiegen und leider teilweise leichtsinnig werden. Die Impfung ist wichtig, aber sie bietet keinen 100-prozentigen Schutz vor einer Corona-Erkrankung. Darüber sind sich offensichtlich einige Menschen nicht ausreichend im Klaren.

Die Mehrheit der Ungeimpften verhält sich nicht asozial, wie ihnen böswillig unterstellt wird, sondern besitzt lediglich berechtigte Vorbehalte gegen die Gentechnik, die bei den bisher in Europa zugelassenen Corona-Präparaten zur Anwendung kommt. Die meisten von ihnen haben auch Verständnis dafür, dass für Ungeimpfte in bestimmten Bereichen nicht die gleichen Rechte gelten können wie für geimpfte Personen.

Das neuartige Verfahren namens mRNA ist vermutlich einer der größten Feldversuche in der Menschheitsgeschichte. Niemand kann Langzeitwirkungen vollkommen ausschließen. Das Problem ist, dass sich viele Politiker sowie einige sogenannte Gesundheitsexperten auf die Ungeimpften „eingeschossen“ haben, um ihre eigene Unfähigkeit bei der Bewältigung der Pandemie zu kaschieren.

Am Ende könnte sich das Vakzin sogar als „Rohrkrepierer“ erweisen, weil es, dies kristallisiert sich aufgrund der Impfdurchbrüche zunehmend heraus, lediglich einen kurzfristigen und nicht ausreichenden Schutz gegen COVID-19 bietet.

Eine Spaltung der Gesellschaft zwischen Geimpften und Ungeimpften, wie sie teilweise herbeigeredet wird, kann ich nicht erkennen. Es gibt aber auf beiden Seiten, wie in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen auch, leider vereinzelt Hetzer.

Ich wünsche allen Gesundheit – und manchen mehr Friedfertigkeit.

Alfred Kastner, Weiden

DOSTOJEWSKIS NACHFAHREN ZU: BEHARRLICHKEIT UND BELOH- NUNG (NR. 44)

Ein großartiger Beitrag über Dostojewski! Interessant zu erfahren ist, dass der Autor die Deutschen wenig wertschätzte, obwohl er einige Zeit in dem Land lebte und alle dessen Vorzüge genoss. Das erinnert ein wenig an die heute massenhaft aus aller Welt „Zugezogenen“, die unsere Kultur hassen, aber dafür unser Sozialsystem lieben. *Matthias Schöne, Hannover*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Wie wirklich ist die Wirklichkeit?

■ Ist unsere Realität lediglich eine Illusion? Werden wir täglich hinters Licht geführt? Leben wir alle in einer virtuellen Scheinwelt? Beobachten wir? Oder werden wir beobachtet? Ist Gott ein benadeter Mathematiker? Oder ein kosmischer Supercomputer? Ist in Wahrheit alles ganz anders?

Ob rätselhafte Phänomene, unglaubliche Geschichten oder kuriose Entdeckungen: In seinem neuesten Mystery-Report fühlt der bekannte Schweizer Journalist und Bestsellerautor Luc Bürgin unserer Wirklichkeit einmal mehr auf den Zahn – ohne Tabus. Sein Fazit nach jahrelangen Recherchen: »Nichts ist so, wie es scheint!« Über 200 Fotos verdeutlichen das Unerklärliche in seinen bizarrsten Facetten.

Eine Fundgrube verblüffender Beweise für das Unmögliche!

Wussten Sie, dass immer mehr Sterne an unserem Himmel spurlos verschwinden – und mit ihnen weitaus mehr Menschen auf unserem Erdball als vermutet? Weshalb blickt uns auf einem historischen Gemälde der *Matrix*-Schauspieler Keanu Reeves entgegen? Und wieso staunten Asterix und Obelix bereits 2017 (!) über einen maskierten Fiesling namens »Coronavirus«?

Ist es möglich, warmherzige Zeitgenossen unter Hypnose zu kaltblütigen Mordtaten anzustiften? Sind uns Tiere nur deshalb unterlegen, weil wir uns überschätzen? Vermag

unsere Psyche, Erscheinungen zu materialisieren? Wusste Walt Disney mehr über UFOs und die Zukunft als wir? Und weshalb wähnt sich Elon Musk seit Jahren in einer kosmischen Computersimulation?

Bleibt es nicht merkwürdig, dass unsere Lebenszeit bereits in der Bibel wörtlich auf 120 Jahre begrenzt wurde – ein Maximalalter, das auch heutige Mediziner bestätigen? Weshalb schwitzen manche Menschen minutenlang im Eisbad, während andere darin sekundenschnell erfrieren? Und was hatten geheimnisvolle Winzlinge in der Alpenwelt verloren, die just dann aus unserer Realität entwandten, als wir ihnen auf die Schliche kamen?

Inkarniert sich der Dalai Lama im nächsten Leben als hübsche Frau, Insekt oder erleuchteter Bazillus? Liegt auf Berlins neuem Flughafen ein uralter Fluch? Und warum verschwinden immer mehr Passagierflugzeuge spurlos von unseren Radarschirmen? Muss vorzeitig gehen, wer dem Sinn des Lebens auf die Spur gekommen ist? Darf länger verweilen, wer weiterhin danach sucht? Oder ereilt uns das Schicksal am Ende stets dort, wohin wir vor ihm flüchten?

»Die Pforten zur Anderswelt verbergen sich stets dort, wo wir sie am wenigsten erwarten!« Luc Bürgin

Luc Bürgin: *Geheimnisse der Matrix* • gebunden • 398 Seiten • zahlreiche Abbildungen + 16-seitiger Farbbildteil • Best.-Nr. 984 800 • 24,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

TOTENSONNTAG

Wo viel Mitgefühl gefragt ist

Auch in Krisenzeiten hat man als Bestatter einen krisensicheren Beruf – In der Pandemie ist aktuell wieder viel zu tun

VON STEPHANIE SIECKMANN

Bestatter haben einen Beruf, der als krisensicher einzustufen ist. Gestorben wird immer. Die gegenwärtige Pandemie führt uns das wieder einmal deutlich vor Augen. Am 21. November, dem Totensonntag, wird man vieler Gestorbener, besonders aber der Corona-Opfer, gedenken.

Der Beruf des Bestatters ist aus unserem Leben also nicht wegzudenken. Jedes Leben endet schließlich irgendwann einmal. Gleichzeitig ist diese Dienstleistung mit einem Bereich des Lebens verknüpft, der hochemotional ist. Trauer, Verzweiflung, Entsetzen sind oft die vorherrschenden Gefühle bei den Hinterbliebenen. Die Beratung der Angehörigen nach einem Todesfall erfordert nicht nur eine ordentliche Portion Fingerspitzengefühl. Wer sensibel ist und viel Mitgefühl mitbringt, muss stark sein. Angehörige, bei denen die Tränen fließen, können das eigene Herz anrühren. Besonders wenn es um Bestattungen von Kindern geht.

Mit dieser Dienstleistung seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ist auch in anderer Hinsicht eine anspruchsvolle Aufgabe. Das Waschen der Leichen gehört dazu, ebenso das Ankleiden für das Begräbnis. Gerade bei Unfallopfern kann dies eine Herausforderung sein, die an die eigenen Grenzen heranführt. Trotzdem wählen immer mehr Menschen den Beruf des Bestatters und gehen in dieser sinnvollen Aufgabe auf.

Kein Mangel an Nachwuchskräften

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren in Deutschland 5455 Bestattungsunternehmen registriert. Die Frauenquote ist im Berufsbild des Bestatters dabei hoch. Rund die Hälfte der Bestattungsfachkräfte ist weiblich. Auch über einen Mangel an Auszubildenden kann sich der Bundesverband Deutscher Bestatter (BDB) nicht beklagen.

Im Mai 2021 befanden sich 586 Menschen in Ausbildung. Ein Blick auf das Alter der Auszubildenden lohnt sich. Die Spanne reicht von 15 bis 53 Jahren. Quereinsteiger, die nach einer ersten Karriere in einem anderen Berufsfeld in das Bestattungswesen wechseln, geben an, die



Immer mehr Menschen wünschen sich nach dem Tod eine Waldbestattung: Kreuz im RuheForst Deister in Niedersachsen Foto: pa

ses getan zu haben, um einen sinnvoller Beruf auszuüben.

Beratung ist eines der wesentlichen Merkmale im Arbeitsalltag des Bestatters. Wer von einem Trauerfall in der Familie überrascht wird, findet selten die Zeit und die Ruhe, sich mit allen Belangen und Möglichkeiten rund um die Bestattung vertraut zu machen. Dabei könnten die Angehörigen und Hinterbliebenen viele der Aufgaben selbst übernehmen.

Das Verbringen der Urne ist in Deutschland den Bestattungsunternehmen vorbehalten. Das Vorbereiten der Leiche, das Waschen und Ankleiden dürfte jedoch grundsätzlich von Hinterbliebenen übernommen werden. Wie auch die Behördengänge. Bestatter, die in diesen Dingen Routine erworben haben, sind aber in der Lage, alles rund um die Bestattung zügig und zeitnah zu erledigen.

Wer trauert, weiß diese Dienstleistung zu schätzen. Im Aufruhr der Gefühle ist

längst nicht jeder Mensch in der Lage, „zu funktionieren“ und nüchterne, sachliche behördliche Angelegenheiten zu regeln. Der Bestatter ist deshalb in vielen Fällen eine enorm wichtige Stütze.

Neben der Erdbestattung auf dem Friedhof, im Sarg oder in der Urne, gibt es die Möglichkeit einer Seebestattung. Außerdem werden seit einigen Jahren zunehmend Wälder als Ruheforste eingerichtet. Hier werden Urnen im direkten Umfeld von Bäumen in die Erde gebracht. Manchmal besteht die Möglichkeit, eine Plakette mit dem Namen des Verstorbenen an dem entsprechenden Baum anzubringen.

Organisationstalent ist gefragt

Die Vielseitigkeit, die es heute im Bereich der Bestattungen gibt, ermöglicht es eine Beisetzung individuell und an der Persönlichkeit des Verstorbenen auszurichten. Bedürfnisse und Wünsche können heute

leichter und in größerem Umfang berücksichtigt werden. Bunte Säрге, Musik abseits von Kirchenliedern – die Variationen werden Jahr für Jahr größer.

Wer bereits zu Lebzeiten genaue Vorstellungen von seinem Begräbnis hat, Anweisungen niederschreibt und hinterlegt, gibt den Hinterbliebenen einen Leitfaden an die Hand. Wünsche wie die Auswahl des Blumenschmucks, der Lieder, die bei der Trauerfeier gespielt werden oder auch der Wunsch nach Spendengeldern statt Blumen können dann entsprechend vorgenommen und arrangiert werden.

Gibt es keine schriftlich notierten Wünsche des Verstorbenen, sind die Hinterbliebenen auf sich gestellt. Und in der Regel auf die Hilfe des Bestatters angewiesen. Er unterstützt die Trauernden bei der Terminierung der Trauerfeier, der Erledigung der Formalitäten, der Gestaltung von Traueranzeigen. Bei allen Entscheidungen rund um die Bestattung haben die

würdige Gestaltung und Durchführung der Beisetzung oberste Priorität.

Auch das gehört zum Beruf des Bestatters: Den Leichenwagen fahren. Wer den Beruf des Bestatters ausübt, sitzt regelmäßig in einem Fahrzeug mit derart imposanter Länge, das im privaten Bereich sonst nur reichen Geschäftsleuten und Stars vorbehalten ist, die ihre eigenen Chauffeure haben. Die Touren mit dem Bestattungskraftwagen führen jedoch in der Regel zum örtlichen Krankenhaus, einem Altenheim oder auch einem Privathaushalt.

Sterberate schwankte zuletzt stark

Gelegentlich kommt es aber vor, dass Verstorbene für eine Beisetzung ins Ausland überführt oder aus diesem in die Heimat geholt werden müssen. Dann macht sich der Bestatter mit dem Sarg oder der Urne im hinteren Teil des Fahrzeugs auf die längere Reise in die Schweiz, nach Frankreich oder in die Niederlande. Das Abholen und Überführen von Särgen und Urnen gehört zu seinem Berufsbild dazu.

Das Jahr 2020 war geprägt von der Corona-Pandemie. Täglich waren die Zahlen der „Corona-Toten“ im Radio und Fernsehen die erstgenannte, weil wichtigste Meldung in den Nachrichten. Trotzdem ging die Gesamtzahl der Verstorbenen zurück, auch weil sich die Menschen vorsichtiger verhielten. „Wir Bestatter haben im Corona-Jahr 2020 sogar unter Kurzarbeit gelitten“, erklärt ein Bestatter, der anonym bleiben möchte, „zumindest war das so in den nördlichen Bundesländern, vielleicht hat es auch für das gesamte Land gegolten.“

Seit April 2021 ist das Geschichte. Es wird wieder mehr gestorben. „Seit dem Sommer stehen wieder regelmäßig Überstunden an“, so der Bestatter, „die Situation ist sogar so, dass Mitarbeiter früher aus dem Urlaub zurückkehren mussten, weil der Arbeitsanfall nicht mehr zu schaffen ist.“

Diese Aussage deckt sich mit Zahlen, die das statistische Bundesamt Destatis Anfang November veröffentlicht hat. Von April 2021 an zeigte sich die Sterberate leicht erhöht, seit September ist die Übersterblichkeit signifikant erhöht. Der schwarze Wagen ist im Dauereinsatz.

MUSIKGESCHICHTE

Die Auferstehung von vier Pop-Legenden

Nach 40 Jahren kehrt die schwedische Gruppe ABBA auf die Bühne zurück – Diesmal verjüngt als Avatare

Auferstanden von den Toten. So könnte man das Comeback der schwedischen Pop-Gruppe ABBA bezeichnen, die am 11. Dezember 1982 zum letzten Mal gemeinsam live in der Öffentlichkeit auftrat. Bis dahin war sie eine der erfolgreichsten Pop-Bands der Musikgeschichte, die danach eine fast vier Jahrzehnte dauernde „Pause“ einlegte, die eigentlich nur von Soloprojekten, Musical- und Filmproduktionen unterbrochen wurde.

Was selbst hart gesottene Fans nicht für möglich gehalten hätten, ist nun passiert: Genau 40 Jahre nach ihrem letzten Studio-Album „The Visitors“ gibt es neues Material von den vier Schweden. Anni-Frid Lyngstad, Benny Andersson, Björn Ulvaeus und Agnetha Fältskog überraschen die Musikwelt mit einem Nachfolgealbum und lassen darin ihren typischen Sound der 70er Jahre wiederaufleben.

Jahrzehntelang trotzten sie Angeboten, wieder zusammen Musik zu machen:

Eine Milliarde Dollar wurde den vier angeblich einmal für eine musikalische Wiedervereinigung geboten, aber ABBA

schlug alle Angebote aus. Schon Anfang September veröffentlichten die Vier drei Single-Auskopplungen und eroberten mit

ihrem typischen 70er-Sound gleich die Spitze diverser Charts. Auch „Voyage“, das neue Album der Band, klingt ganz typisch für ABBA. Selbst wenn die Stimmen gealtert sind, eben wie die vier Bandmitglieder selbst, die alle zwischen 71 und 76 Jahre alt sind.

„Erst haben wir einen Song gemacht, dann mehrere. Dann haben wir gesagt: Warum machen wir nicht ein ganzes Album?“, sagte Björn Ulvaeus bei der Pressekonzferenz zur Albumveröffentlichung in London. Inhaltlich geht es wieder um Liebesbeziehungen und um Freundschaften. Und das war auch genau so gewollt: Die Band versuche erst gar nicht anders zu klingen, sagte Agnetha Fältskog in einem Interview mit dem schwedischen Radio. Aber auch ganz ungewöhnlich für ABBA schleicht sich ein fast politisches Plädoyer für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein – verpackt in einem Lied über Hummeln.

Wer der Menschheit zwischen 1972 und 1982 Klassiker wie „Take a Chance on Me“, „Waterloo“, „Dancing Queen“ oder auch „The Day Before You Came“ und „Super Trouper“ schenkte, der muss nach 40 Jahren Musik abliefern, die mehr ist als nur ein Aufguss oder Remake. Und das ist den vier Vollblutmusikern gelungen.

Und mit noch etwas Neuem kommt die erfolgreichste Popband der Welt um die Ecke: mit virtuellen Konzerten. Die über 70-jährigen Superstars schicken ihre Avatare, digital verjüngt, mit dem Aussehen von 1979, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Karriere waren, auf die Bühne. Damit diese digitalen Abbilder, „Abbatavare“ (Wortspiel aus ABBA und Avatar), Konzerte geben können, haben die Sänger fünf Wochen lang vor 160 Kameras in „Motion-Capture“-Anzügen gesungen, damit jede Bewegung aufgezeichnet werden kann. Die Premiere soll im Mai 2022 in London sein. Andreas Guballa



In Sensoranzügen zur Bewegungs-Erfassung für den Avatar-Auftritt: ABBA, hier in der Reihenfolge als BAAB (Björn, Agnetha, Anni-Frid, Benny) Foto: Baillie-Walsh

● FÜR SIE GELESEN

Zerstörte Jugendträume

Geboren 1932 in Königsberg, gehörte der Augenarzt und Sanitätsoffizier d. R. Wolf Joachim Eichstädt zu den sogenannten Weißen Jahrgängen. Für den Wehrdienst in der Wehrmacht war er zu jung und für den Dienst in der neuen Bundeswehr zu alt.

In seinen Memoiren „Das Herz kam nicht mit“ erzählt der nun fast 90-Jährige lebhaft und anschaulich zunächst von seiner Kindheit in Ostpreußen und Weimar sowie von der Nachkriegszeit in Weimar mit sowjetischer Einquartierung. Das Kriegsende 1945 zerstörte Eichstädt's Jugendtraum, Seeoffizier und nach der Pension im vormaligen Deutsch-Ostafrika Farmer zu werden.

In Ostpreußen und Weimar

Seinen beruflichen Werdegang bis zur Niederlassung als Augenarzt mit eigener Praxis in Wiesbaden 1966 und seine militärische Laufbahn als Seiteneinsteiger ab 1965 schildert er ausführlich mit vielen Einzelheiten. Aufschlussreich sind seine Erfahrungsberichte aufgrund von langjährigen Aufenthalten in ost- und westdeutschen Heilstätten sowie in Davos infolge einer Erkrankung an Tuberkulose 1948.

In Königsberg-Ponarth praktizierte bis 1937 der Großvater des Autors, Dr. med. Ernst Glang, als Allgemeinmediziner und Geburtshelfer, und nach diesem sein Onkel. Im Kreis Gerdauen befand sich das Gut Groß Schellenberg der Familie Eichstädt. 1936 zog er mit den Eltern (der jüngere Bruder war noch nicht geboren) nach Weimar, wohin sein Vater, der Polizeihauptmann Max Eichstädt, als Major der Wehrmacht zum Artillerieregiment (A.R.) 73 versetzt worden war. Im Oktober 1939 wurde Max Eichstädt Regimentskommandeur des A.R. 33, das später dem Afrika-corps unterstellt war. Er verlor sein Leben bei einem Angriff der britischen Task Force aus Malta auf die 16. Seetransportstaffel am 16. April 1941.

Flucht in den Westen

Nach dem Verlust des geliebten Vaters sorgte die kluge und willensstarke Mutter aufopferungsvoll für ihre beiden Söhne. Sie hatte erkannt, dass diese als Generalssöhne in der sowjetischen Besatzungszone keine Aussicht auf eine akademische Laufbahn haben würden. 1949 gelang durch ihre kluge Planung die Flucht in den Westen.

Mit der Witwenpension konnten die Brüder 1989 die Kosten für das Pflegeheim der Mutter bezahlen. Rückschauend stellt er sich die Frage, ob seine Niederlassung als Augenarzt in Wiesbaden „der Mutti zuliebe, die immer wie eine Löwin für ihre beiden Bengels gekämpft hat“, für sein persönliches Lebensglück die richtige Entscheidung war. „Wer weiß so etwas im Anfang?“ 1990 hat Eichstädt die Orte seiner glücklichen Kindheit besucht und begriffen, dass sie verloren sind. Es sind wenige Sätze wie diese, welche die Beweggründe für die Wahl des Buchtitels erahnen lassen.

Dagmar Jestrzowski

Wolf Joachim Eichstädt: „Die Seele kam nicht mit. Von einem der letzten Preußen“, BoD – Books on Demand, Norderstedt 2020, broschiert, 204 Seiten, 7,99 Euro



FOTO: SHUTTERSTOCK

Der Verlust eines geliebten Menschen

Katharina Afflerbach schildert am eigenen Beispiel, wie man nach einem Schicksalsschlag Bewältigungsstrategien entwickeln kann

Abschied nehmen. „Gewidmet allen auf der Suche nach Mut und Mitgefühl“, so beginnt das Buch „Manchmal sucht sich das Leben harte Wege“ von Katharina Afflerbach.

Jeder wird eines Tages damit konfrontiert, von einem geliebten Menschen durch Todesfall Abschied nehmen zu müssen. Bei manchen ist es oft schon früh im Leben der Fall, einigen bleibt die Erfahrung bis ins höhere Alter erspart. Seien es die Eltern, die Ge-

schwister, liebe Freunde, manchmal sogar das eigene Kind, das man verabschieden muss – am Tod vorbei kommt niemand. Besonders schlimm ist es, wenn es unerwartet geschieht.

Der Autorin Afflerbach ist genau so etwas passiert. Sie verlor völlig unvermittelt ihren geliebten Bruder durch einen Unfall. Wie es ihr damit erging, schildert sie in berührenden Sätzen, soweit man diesen tiefen Schmerz überhaupt in Worte fassen kann.

Die Autorin unterteilt das Werk in drei Abschnitte. Im ersten Teil gibt es persönliche Einblicke in das Leben Afflerbachs von Kindesbeinen an und welche geringe Rolle der Tod damals in ihrem Leben spielte, bis es zu diesem harten Schicksalsschlag kam, als ihr jüngerer Bruder aus dem Leben gerissen wurde.

Im zweiten Abschnitt kommen Freunde und Bekannte zu Wort, die alle den Verlust eines oder mehrerer Men-

schen gemeinsam haben, wie sie damit umgingen und weitergelebt haben.

Afflerbach wendet sich im dritten Teil dem Thema „Im Herzen der Anfang“ zu, indem sie Bewältigungsstrategien Trauernder anführt, auch ihre eigenen. Ein Patentrezept gibt es nicht, um diesen Schmerz zu verarbeiten. Bei jedem verläuft es anders. „Indem ich akzeptierte, dass Schmerzen und Wunden zu mir gehörten, konnte ich ein neues Fundament bauen“, sagt sie. Irgendwann beginne die Wunde zu verkrusten, dann zu vernarben. Und auch wenn die Narbe für immer bleibe, sehe man doch das Leben wieder und erahne in der Ferne ein neues Ufer.

Das Buch ist keine Ratgeberlektüre im eigentlichen Sinne. Die Schilderungen berichten von Menschen und ihren Schicksalen und wie sie damit umgegangen sind. Jedem, der sich in einer ähnlichen Lage befindet, wird es guttun, darüber zu lesen, da man sich nicht mehr so allein und verloren vorkommt im Falle eines schweren Schicksalsschlages. Und vielleicht gibt es einigen auch Zuversicht. Mitgefühl erzeugt es auf jeden Fall, für andere, aber auch für sich selbst.

Silvia Friedrich



Katharina Afflerbach: „Manchmal sucht sich das Leben harte Wege. Wahre Geschichten, die berühren und Zuversicht geben“, Goldegg Verlag, Berlin 2021, Softcover, 180 Seiten, 19,95 Euro

NACHKRIEGSGESCHICHTE

Wie erging es Vertriebenen in der SBZ?

Experten wie Hartmut Koschyk und Bernard Gaida beleuchten das Thema von verschiedenen Seiten

VON KARLHEINZ LAU

Das Thema des Buches „Vertriebene in SBZ und DDR“ ist ein bisher wenig berücksichtigtes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es darf behauptet werden, dass die Zeitgenossen in unserem Lande über diesen Teil unserer Geschichte kaum oder nichts wissen. Das drückt sich auch in der verhältnismäßig geringen Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen aus. Erst nach der „Wende“ konnte sich die Forschungslage stabilisieren.

Den Herausgebern ist es gelungen, zehn hochkarätige Experten zu der Thematik zu gewinnen. Stellvertretend zwei Namen: Bernard Gaida, den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial- und kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und Gundula Bavendamm, die Direktorin der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Als ehemaliger Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten gilt Hartmut Koschyk als intimer Kenner des Komplexes Flucht und Vertreibung, der über die notwendigen Kontakte verfügt.

Gesamtdeutsches Bewußtsein

In seinem persönlichen Geleitwort schildert er das Schicksal seiner Familie, die bis zur Vertreibung in Oberschlesien lebte. Ein Teil blieb in der Heimat, ein weiterer Teil kam in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, unter. Der größte Teil der Familie gelangte in die westlichen Besatzungszonen der späteren Bundesrepublik Deutschland. Koschyk betont, dass in seiner Familie ge-

samtdeutsches Bewusstsein gelebte Realität war. Diese Erfahrung muss als glückliche Fügung angesehen werden, welche die Mehrheit der Vertriebenen-Familien nicht in allen Teilen Deutschlands hatte.

Die einzelnen Beiträge bieten die wichtigsten Daten, die für ein Verständnis des Themas notwendig sind. Sie sind

4,1

Millionen Flüchtlinge und Vertriebene befanden sich Schätzungen zufolge 1950 in der SBZ

stets im Vergleich zur Entwicklung des Vertriebenenproblems in den westlichen Besatzungszonen zu sehen, um die qualitativen Unterschiede zwischen „Ost und West“ zu erkennen. Die Gebiete der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone waren Aufnahme- und Durchgangsraum für mehr als zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. 1950, so die Schätzungen, befanden sich etwa 8,1 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland und 4,1 Millionen in der DDR. Dieser Anteil veränderte sich bis zum Mauerbau 1961 durch Abwanderung und Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik. Ihre Zahl wird auf 2,7 Millionen Menschen geschätzt.

Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Besatzungsmacht und damit auch der SED wird bis 1949/50, bis zu den Gründungsmonaten der DDR, dargestellt. Es wird deutlich, dass die Grundsätze der

Vertriebenenpolitik eindeutig von der Sowjetunion bestimmt wurden. Es gab in der SBZ keine Vertriebenen oder Flüchtlinge, sondern „Umsiedler“ oder „Neubürger“. Es lag nicht in ihrem Interesse, die neue Ostgrenze an Oder und Lausitzer Neiße infrage zu stellen. Der Görlitzer Vertrag von 1950, in dem die DDR diese Demarkationslinie als deutsche Ostgrenze anerkannte, zeigt diese Position.

Unterschiede in Ost und West

Folglich wurden alle Versuche untersagt und strafrechtlich verfolgt, Landsmannschaften oder gar einen Zentralverband der Vertriebenen zu gründen. Treffen mussten im Geheimen oder in der Privatsphäre abgehalten werden, und diese gab es trotz Stasi bis 1989. Es existierten also keine Vertriebenenverbände, bei denen die Gefahr bestand, Revisions- und Rückkehrforderungen zu stellen. Die Vertriebenen wurden als eigene Gruppe nicht mehr benannt – so die amtliche Sprachregelung der DDR.

In verschiedenen Beiträgen werden die oft verzweifelten Umstände bei der Ankunft, die unsolidarische Haltung der einheimischen Bevölkerung, die sich abzeichnende Trennung zwischen alten und jüngeren Vertriebenen, die Chancen auf einen Arbeitsplatz hatten, beschrieben. Diese Ausgangssituation hatten natürlich auch die in den Westzonen gestrandeten Menschen. Nur die staatlichen Hilfen unterschieden sich quantitativ und qualitativ im Zuge der Jahre nach 1949. Bemerkenswert dabei ist, dass die Sowjetische Militäradministration wiederholt deutsche Behörden in der SBZ auffordern musste, sich stärker um die „Umsiedler“ zu kümmern.

Bernard Gaida schildert in seinem Beitrag die Entwicklung des deutsch-polni-

schen Verhältnisses aus der Sicht eines Deutschen, der seit 1945 in seiner heute zur Republik Polen gehörenden Heimat Schlesien lebt. Versöhnung im Sinne der Gespräche zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen ist für ihn das unverzichtbare Fundament einer tiefgreifenden Verständigung, aber diese habe nicht wirklich begonnen, weil „das Prinzip der Kollektivschuld immer noch die deutsch-polnischen Verhältnisse belastet“.

Der abschließende Beitrag ist eine Bilanz mit Zukunftsperspektiven der Vertriebenenpolitik im Freistaat Sachsen, der das Thema des Buches sprengt. Es ist eine positive Prognose aus Sicht des Staates, allerdings ohne Aussage, wie die beschriebenen Maßnahmen bei den Menschen ankommen. Die Frage bleibt, warum nicht auch die anderen Bundesländer auf dem Territorium der ehemaligen SBZ/DDR behandelt werden. Da wird man mit Sicherheit Unterschiede sehen.

Das wirft die grundsätzliche Frage auf, wie der Paragraph 96 des Vertriebenengesetzes in allen Bundesländern umgesetzt wird. Hilfreich dafür können authentische Befragungen von Betroffenen sein. Im vorliegenden Buch hätten es mehr sein können. Das ändert aber nichts am Gesamturteil, dass es eine wichtige Publikation zu diesem Teil der Zeitgeschichte ist.



Hartmut Koschyk/ Vincent Regente (Hg): „Vertriebene in SBZ und DDR“, Bebra Wissenschaft Verlag, Berlin Brandenburg 2021, Taschenbuch, 224 Seiten, 24 Euro

Rautenberg Bücher im Flechsig Medienvertrieb



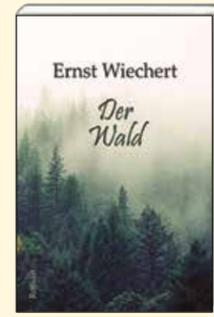
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
 Marika Röck, Benjamina Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
 Nr. P 5854 CD 12,80 €



Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
 Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
 Nr. P 5855 CD 12,80 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
 24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
 Laufzeit 55 Minuten
 Nr. P 5875 CD 12,90 €



Ernst Wiechert
Der Wald
 186 Seiten
 Nr. P A1683 Gebunden 18,00 €

Seinen frühen Roman „Der Wald“ aus dem Jahr 1922 hatte Wiechert wie im Rausch geschrieben. Es finden sich dort schon die wiederkehrenden Motive: die Verbundenheit mit der masurischen Heimat, eine existentielle Naturliebe, radikale Stadt- und Zivilisationskritik, seelezerüttende Kriegserfahrungen. Henner Wittich, ein abgedankter Hauptmann des Weltkrieges, kehrt heim in die dunklen Wälder Ostpreußens. Sein Onkel Franziskus, Besitzer eines großen Waldes, ist soeben Opfer eines Mordanschlages geworden. Henner tritt seine Nachfolge als Hüter und Herr des Waldes an und schwört, Rache zu nehmen an Franziskus' Mördern.



Heimat deine Sterne
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
 Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
 Nr. P 5856 CD 12,80 €



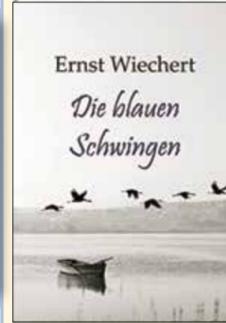
Heimat deine Sterne
Der Soldatensender Oslo – Lieder, Märsche und Reportagen
 Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Südseegeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
 Nr. P 9269 CD 12,80 €



Der Mythos Ostpreußen
 Auf den Spuren der Ordensritter im Ermland, Oberland, und Masuren.
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A0351 5,95 €



Deutschland wie es einmal war
Pimpfe, Pfadfinder, Jungvolk
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A1658 9,95 €

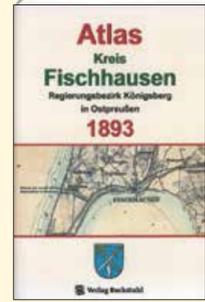


Ernst Wiechert
Die blauen Schwingen
 186 Seiten, Gebunden
 PA 1629 18,00 €

Reinhold Schneider hat in einer Würdigung zum Tode Ernst Wiecherts im Jahre 1950 die Bedeutung dieses begnadeten Erzählers aus dem Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen auch für die deutsche Gegenwart geschrieben: Wie wenig haben wir noch das Gefühl für die Schwingungen der Seele! Ihr hat Ernst Wiechert die Klanggestalt seiner Dichtung gegeben; sie ist östliche Musik, durchzogen vom Refrain der Naturgewalt und von der Stille. Selbst die Menschen sind Klänge, Akkorde; die Landschaft der Seen, Wälder, Dünen ist das Instrument. Diesem Element, ... verdankt er seine Wirkung. Der Klang bleibt frei; er ist auf die eingebrochenen Brücken nicht angewiesen.

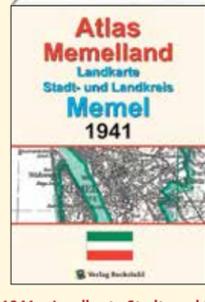


Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1708 Kalender 15,90 €



Atlas Kreis Fischhausen
 Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen 1893
 48 Seiten
 Nr. P A1647 Kartoniert 9,95 €

Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1876/1893. Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1859 1864, einzelne Nachträge 1893- Reprint - neu als Broschur in A 4 mit Rückstich. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 175 % vergrößert. Mit Eisenbahnstrecken, Mühlen, Kirchen, Friedhöfen, Förstereien, Denkmälern und Wiesen, Weiden, Heide, Ödland, und trockenes Moor und vieles mehr.



Harald Rockstuhl
Atlas Memelland 1941 – Landkarte Stadt- und Landkreis Memel
 Historische Karten Ostpreußen
 Reprint von 1941 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Herausgegeben vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 2 Farben gedruckt. 56 Seiten
 Nr. P A1340 Kartoniert 19,95 €

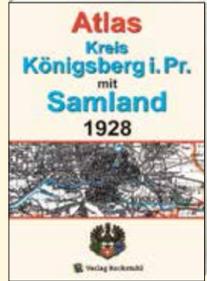


Kalender Ostpreußen in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Ostpreußen. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1726 Kalender 12,80 €

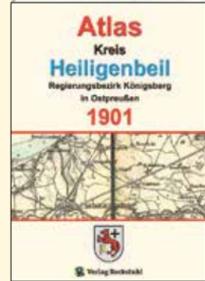


Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

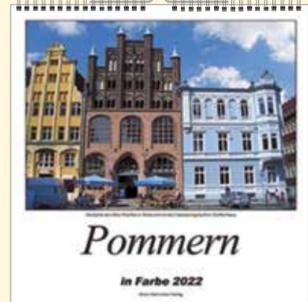
Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Königsberg in Preußen mit Samland 1928
 Historische Karten Ostpreußen
 Reprint von 1928 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten.
 Nr. P A1341 Kartoniert 19,95 €



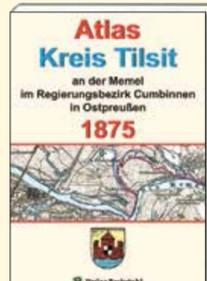
Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Heiligenbeil 1901 – Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen
 Reprint von 1901. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 190 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten
 Nr. P A1402 Kartoniert 19,95 €



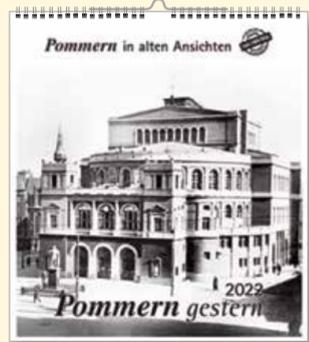
Kalender Pommern in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Pommern. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1727 Kalender 12,80 €



Kalender Schlesien in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1709 Kalender 15,90 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Tilsit an der Memel im Regierungsbezirk Gumbinnen in Ostpreußen 1875
 Reprint von 1875. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 153 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 24 Seiten
 Nr. P A1401 Kartoniert 19,95 €



Kalender Pommern in alten Ansichten 2022
 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
 Nr. P A1710 Kalender 15,90 €



Kalender Schlesien in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Schlesien. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1728 Kalender 12,80 €



Jutta Rebmann
Als Frau in die Luft ging
 Die Geschichte der frühen Pilotinnen, 415 Seiten, S/W Abbildungen
 Nr. P A1633 Gebunden 9,95 €

„Ein Steuerknüppel ist doch kein Rührlöffel!“ Mit solchen Kommentaren wurden nicht selten Frauen konfrontiert, die in der Frühzeit der Fliegerei „in die Luft gehen“ wollten. Dabei gab es fliegende Frauen schon vor dem Flugzeug! In Deutschland begann es mit der Ballonfahrerin Käthe Paulus, die lang vor dem 1. Weltkrieg in mutigen Selbstversuchen Bahnbrechendes bei der Vervollkommnung des Fallschirms leistete und damit so manch späterem Flieger das Leben rettete! Ihre Nachfolgerin Melli Beese saß am Steuer „richtiger“ Flugzeuge. Wir treffen auf Elly Beinhorn, Hanna Reitsch, Amelia Earhart und Beate Uhse, die schnittige Jagdflugzeuge für die Luftwaffe einflieg. Lebensbilder, die zugleich die ganze Geschichte der Fliegerei widerspiegeln.



Anton G. Keller
Der verhandelte Jagdflieger
 Abenteuer eines Fluglehrers im 2. Weltkrieg
 280 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1652 9,95 €

Bei Kriegsbeginn war der Autor sechzehn Jahre alt, also noch Schüler. Im Alter von achtzehn Jahren wurde er Soldat, und wie viele in seinem Alter war er besonders begeistert von den Fliegern. Als er dann eingezogen wurde, war es sein großes Ziel, selbst Pilot zu werden. Der Weg zu seinem Ziel, von der Aufnahmeprüfung über die Ausbildung bis zu seinen Abenteuern als Fluglehrer schildert er in diesem Buch. Wie es ihm in den vier Jahren erging, vom Mai 1941 bis zum Mai 1945 wird hier geschildert, aufgelockert durch die humorvolle Beschreibung der Ereignisse um das Kasernenleben. Der Leser kann erfahren, wie ein einzelner kleiner Soldat der damaligen „Luftwaffe“ jene Zeit in Wirklichkeit erlebt hat. Wahrscheinlich wird er aus dem Staunen nicht herauskommen.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
 Telefon 09 31/ 45 26 50 35
 Telefax 09 31/ 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de
 Lieferung und Rechnung von VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

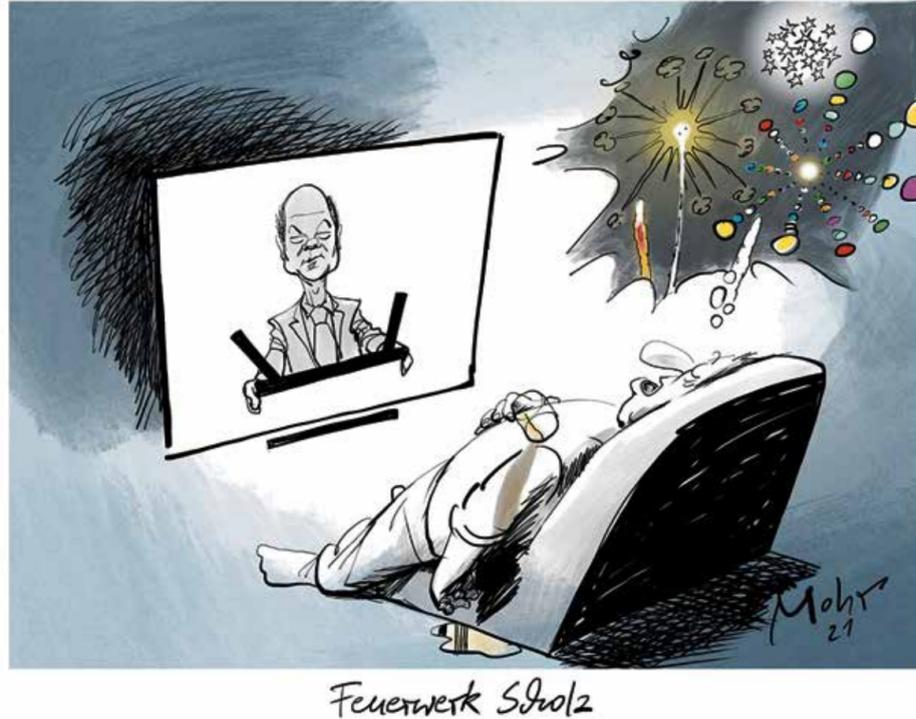
BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Im Zuge von Corona verschieben sich ethische Maßstäbe beträchtlich. So sandte der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) am 11. November ein Schreiben an seine Mitglieder. Thema: „Dürfen Vertragsärzte und Psychotherapeuten die Patientenbehandlung vom Vorliegen der 3G-Regel abhängig machen?“ Dort heißt es, man empfinde „Impfverweigerung als frech und inakzeptabel“. Bedauernd weist die KVBW darauf hin, „dass es derzeit keinerlei Rechtsgrundlage gibt, die die 2G/3G-Regeln als Voraussetzung für medizinische Behandlungen erlaubt“. Daher werde als „Lösungsansatz“ vorgeschlagen, „getrennte Sprechstunden“ einzurichten. „Zeitpunkt und Umfang“ dürften „vom Praxisinhaber festgelegt werden“. Die Idee der KVBW: „3G-Sprechstunde von 08.00 – 18.00 Uhr; non 3G-Sprechstunde von 07.00 – 07.10 Uhr“. Man kann zu Impfungen und Maßnahmen sicher geteilter Meinung sein, ein derartiger „Vorschlag“ von ärztlicher Seite ist weit mehr als Häme. Er ist einfach widerlich. *E.L.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Die Kabarettistin Monika Gruber hört auf, gibt ihre letzte Bühnenschau. Der „Bild“-Zeitung (9. November) hat die 50-Jährige erklärt, warum:

„Wenn ich morgens die Zeitung aufschlage und lese, dass es jetzt nicht mehr Muttermilch, sondern Menschenmilch heißen muss, dann frage ich mich immer: Wie soll ich das noch satirisch überhöhen? Das ist ja alles schon Realsatire. Medien und Politiker nehmen mir meinen Job weg.“

Der britische Historiker Niall Ferguson widerspricht gegenüber „t-online“ (3. November) den Lobreden auf die scheidende deutsche Bundeskanzlerin:

„Merkel wird völlig zu Unrecht als starke Führungsperson angesehen. Das ist eine Erfindung der Medien. Was soll denn bitte ihre große Leistung gewesen sein? ... Nehmen wir den Brexit: Merkel und Wolfgang Schäuble als Finanzminister haben die Situation bei der Abstimmung in Großbritannien 2016 vollkommen unterschätzt und nichts getan, um den britischen Pro-Europäern zu helfen. Merkel hat keine großen Leistungen vorzuweisen, dafür aber viele Fehlentscheidungen.“

Gerd Held bezweifelt stark, dass die Politik den Ernst der Lage erkannt hat, in der Deutschland schwebt. Bei „Tichys Einblick“ (14. November) kommt er daher zu dem Schluss:

„Das dünne Süppchen, das jetzt zur Regierungsbildung angerührt wird, (ist) einfach uninteressant: das Spielchen zwischen Grünen und FDP; die „Neuaufstellung“ der CDU/CSU, die sich wieder nur um Personalfragen dreht; das Zögern des Herrn Scholz, das so gar nicht zu seinen Kanzler-Plakaten passen will – nirgends ist ein Wille erkennbar, sich mit der Lage und den begrenzten Mitteln unserer Nation zu befassen. Nicht mit dem wirklichen Ernst der Lage, den doch so viele im Lande schon spüren.“

Roger Letsch äußert auf seinem Blog „unbesorgt.de“ (15. November) eine düstere Vermutung, warum die Politik nur immerzu den mal offenen, mal perfiden Druck auf Ungeimpfte erhöht, statt einen Impfwang einzuführen:

„Die guten Gründe der Politik, mit dem Schwert ‚Impfwang‘ nur zu drohen und durch allerlei Schikanen, ‚Freiwilligkeit‘ zu erzwingen, liegen auf der Hand: die Haftungsfrage. Man möchte nicht in die Letztverantwortung geraten, wenn doch etwas schiefgeht. Verständlich! Auch die Pharmaindustrie, die zwar Langzeitschäden ihrer Impfstoffe ausschließt, aber gleichzeitig keine Haftung für dieselben übernehmen will.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Da hilft nur Härte

Warum das „Corona-Regime“ entschlossen durchgreifen muss, und wieso Jürgen Trittin so sauer war

VON HANS HECKEL

Was soll das denn jetzt bedeuten? Jeder dritte „Corona-Tote“ in Bayern war doppelt geimpft, berichtet das Landesamt für Gesundheit im Freistaat.

Es ist ziemlich schwer, da noch hinterher zu kommen. Schützt uns die Impfung nun – oder nicht? Wenn sie es tut, wo kommen dann die vielen Toten her?

Ruhig Blut, eine rundum schlüssige Begründung ist schon gefunden: Die Geimpften „Corona-Toten“ seien gar keine „Corona-Toten“, weil sie nämlich entweder uralt oder schwer vorerkrankt oder beides gewesen seien. Das Virus sei in ihren letzten Stunden, die sie mit höchster Wahrscheinlichkeit ohnehin nicht überlebt hätten, nur noch dazugekommen. Die eigentliche Todesursache sei Corona nicht gewesen.

Eine schlüssige Argumentation. Noch plausibler klänge diese Botschaft allerdings, wenn sie uns nicht so verdammt bekannt vorkäme. Hatten so nicht auch immer die veruchten „Verharmloser“ gesprochen, die wir gern als „Corona-Leugner“ beschimpfen, als sie Zweifel streuten an der Art, wie die horrenden Zahlen der „Corona-Toten“ zusammengewürfelt werden? Um auf der sicheren Seite zu bleiben, hatte man zwar immer etwas vieldeutig von „im Zusammenhang mit Corona Verstorbenen“ geredet. Aber man hatte natürlich einkalkuliert, dass Nachrichten in den Köpfen der Konsumenten immer verkürzt und vergrößert ankommen, und wusste, dass die Leute daraus von selbst „Corona-Tote“ machen würde – ganz wie gewünscht.

Jetzt sind es ausgerechnet diejenigen, welchen die Zahl der vermeintlichen „Corona-Toten“ nicht hoch genug sein konnte, die beim Thema „Tot trotz Impfung“ genauso reden wie die von ihnen verdammten „Verharmloser“ bei den angeblichen Todesopfern des Virus insgesamt.

Und was ist mit denen, die nicht trotz, sondern wegen der Impfung krank werden oder gar sterben? Ach, das seien auch nur sehr, sehr wenige, antwortet man uns. Im Rahmen einer Abwägung, was gefährlicher sei, die Infektion oder die Impfung (wobei es, wie wir sehen, auch beides geben kann), sei die Infektion weitaus riskanter. Mag ja sein. Nur dass man den Leuten solche Abwägungen noch als „menschenverachtend“ um die Ohren gehauen hat, als sie diese beispielswei-

se bei Abwägung von Nutzen und Schaden eines Lockdowns vorzubringen wagten. „Schon ein Toter ist zuviel“, hieß es dann mit donnernder Stimme, weshalb jede freiheits-einschränkende Maßnahme gerechtfertigt sei.

Jeder durchtriebene Machtstrategie weiß, dass sich so viele Widersprüche nur mit harter Hand verkleistern lassen: Es gilt, den Druck zu erhöhen und die letzten Zweifler maximal einzuschüchtern, bis sie nicht mehr laut zu zweifeln wagen. Und wenn sie es doch tun: An den Pranger stellen und faules Obst an die johlende Masse verteilen.

Jeden Tag reiten ganze Regimenter von Volkserziehern scharfe Attacken gegen die letzten „Impfverweigerer“. Stets heißt es: Die Verweigerer gefährden ihre schuldlosen Mitmenschen. Wie kann das aber sein, wenn uns die Impfung schützt? In dem Falle gefährden diese düsteren Gesellen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur gegenseitig, und das kann uns doch herzlich egal sein?

Unwichtig: Die Jagd ist eröffnet, und wir staunen, was plötzlich alles wieder möglich ist. Wolfram Henn vom Deutschen Ethikrat will Ungeimpften die Ausreise in andere EU-Staaten verbieten lassen. Wie einst in der DDR sollen wir künftig wieder eine spezielle Qualifikation vorweisen müssen, um die Republik verlassen zu dürfen. Der „Reisekader“ ist zurück, nur dass er diesmal gegen Corona statt gegen die Verführungskünste des Klassenfeindes geimpft sein muss.

Der „Reisekader“ ist zurück!

Henn hatte auch schon gefordert, dass Leute, die „partout das Impfen verweigern wollen, bitte schön auch ständig ein Dokument bei sich tragen mit der Aufschrift: Ich will nicht geimpft werden! Ich will den Schutz vor der Krankheit anderen überlassen! Ich will, wenn ich krank werde, mein Intensivbett und mein Beatmungsgerät anderen überlassen.“ Bis zur äußerlichen Kennzeichnungspflicht für solche Aussätzigen ist es da nur noch ein Katzensprung.

In einem Land, in dem jeder missverständliche Piepser „Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte“ wachrufen und den Piependen in ernste Schwierigkeiten stürzen kann, sind solche steilen Forderungen schon eine beachtliche Leistung. Nur erinnert sich verblüffenderweise bei Henns Macht- und Strafphantasien niemand an irgendwelche „Kapitel“, und der forsche Mann darf auch unbehelligt weiter in

einem Gremium von höchsten Weihen sitzen bleiben, das sich Ethikrat nennt.

Aber noch mal zum Thema Reiseverbot: Soll das auch für ungeimpfte Ausländer gelten, die nach Deutschland wollen wie die Tausenden, die gerade über Weißrussland einzudringen versuchen? Ganz sicher nicht. Wolfram Henn war schließlich jahrelang Mitglied im Kuratorium der Evangelischen Akademie der Pfalz. Und in solchen Kreisen fände man das ganz sicherlich „menschenverachtend“. Aber das war in der DDR ja kaum anders: Als „Ausländer“ kam man relativ problemlos hinein und wieder heraus. Allein die Bewohner des Staates selbst durften nur unter Erfüllung bestimmter, von der Regierung geforderter Bedingungen über die Grenze gehen.

Verschwörungstheoretiker glauben, dass das „Corona-Regime“ nur der Probelauf ist für das kommende „Klima-Regime“. In dem Falle können wir uns auf einiges gefasst machen. Vor allem, was die Forscheit angeht, in der Politiker ihre heiligen Eide von gestern zugunsten ihrer Interessen von heute auf den Müll schmeißen.

Bei den Ampel-Verhandlungen kam es zu einem grotesken Eklat: Die Grünen, darunter Ex-Umweltminister Jürgen Trittin, haben „wutentbrannt“, wie berichtet wird, eine Arbeitsgruppe verlassen. Die FDP hatte sich geweigert, den Bau von Windkraftanlagen juristisch zum „öffentlichen Interesse“ zu erklären. Die Erhebung zum „öffentlichen Interesse“ hätte Einspruchsmöglichkeiten von Bürgern begrenzt und – vor allem – den Artenschutz ausgehebelt, der dem Bau oft genug im Wege steht.

Lassen Sie es sich langsam auf der Zunge zergehen: Die „Kapitalistenpartei“ FDP verteidigt den Artenschutz gegen die „Ökopartei“ der Grünen! Hätten die Liberalen still zugestimmt, wäre der Punkt kaum groß an die Öffentlichkeit gelangt. Da aber die FDP gemauert hat, mussten die Grünen die Sache zum großen Streit aufblasen und stehen nun nackt im Licht ihrer Heuchelei. Wir ahnen, wie diebisch die Verhandler von der gelben Partei diese bizarre Wendung genossen haben müssen. Da wundert es nicht, dass Trittin vor Wut schäumte. Wir wissen nun aber auch, dass ein „Klima-Regime“ alles, wirklich alles aus dem Weg schießen wird, um das Land unter seine Knute zu zwingen. Selbst die einstigen Kernversprechen der eigenen Partei landen auf der Halde, wenn es passt.

Die Jagd auf die Ungeimpften ist eröffnet. Und wir staunen, was plötzlich alles wieder möglich ist in dem Land mit den „dunklen Kapiteln“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● **WORT DER WOCHE**

„Wer diskutiert, muss lernen, Thema und Person zu trennen. Diese Distanz wird gerade auf unterschiedliche Weise eingerissen.“

Svenja Flaßpöhler, Philosophin, in der „Welt“ vom 15. November